Mittwoch, 23. Juli 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 168 - 30.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Bonn hofft jetzt auf einen Umwelt-Vertrag mit Moskau

Genscher kündigt Treffen der Ressortminister an / „Ein neues Fundament"

RMB/DW. Moskau

Die Bundesregierung gibt der Unterzeichnung des Rahmenabkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine Signalwirkung für ähnliche Vereinbarungen auch mit anderen Warschauer-Pakt-Staaten. Bundesaußenminister Genscher kündigte zum Abschluß seines Besuchs in der Sowjetunion an, demnächst würden auch die Umweltminister beider Seiten zusammentreffen. Genscher und sein sowjetischer Amtskollege Eduard Schewardnadse hatten im Gästehaus des Außenministeriums ihre Unterschriften unter die Vereinbarungen gesetzt. Als zweites Bonner Regierungsmitglied unterzeichnete Forschungsminister Heinz Riesenhuber, der am Montag nach Moskau gereist war.

Das Rahmenabkommen stellt die Einbeziehung Westberliner Institutionen in die wissenschaftliche Zusammenarbeit sicher. Es tritt mit der Unterzeichnung von drei Ressortabkommen für die Kernenergie, Landwirtschaft und Gesundheitswesen in Kraft, die gestern paraphiert wurden.

Nach einer Protokollnotiz werden beide Länder über ein Ressortabkommen für den Umweltschutz verhandeln, in dem ebenfalls die Einbeziehung Berliner Institutionen, darunter das Umweltbundesamt, über Personen gesichert sein wird. Zu den weiteren Gebieten, in denen Fachvereinbarungen angestrebt werden, gehören die Energieerzeugung, Biologie und Biotechnik, die Datenverarbeitung, das Verkehrswesen, Maschinenbau und Metallurgie.

SEITE 2: Was Brandt und Schmidt mißlang

Die Berücksichtigung des Umweltbundesamtes ist für Bonn von großer Bedeutung. Dem Amt, das nach der Unterzeichnung des Viermächteabkommens errichtet worden war, wurde von der Sowjetunion hartnäckig jegliche Legitimation abgesprochen. Als Vorteil der jetzt gefundenen Lösung wurde ferner die direkte Einbeziehung der Berliner Landesinstitutionen in die Zusammenarbeit bewertet. Diese Tatsache hat Gewicht, weil Moskau an seiner Drei-Staaten-Theorie festhält. 1977 hatte der Kreml schon einmal „Entgegenkommen" im Wege einer Protokollnotiz signalisiert. Im Unterschied zu heute bezog sich diese Offerte aber nicht auf die Bundesinstitutionen in der alten Reichshauptstadt und war daher für Bonn nicht annehmbar. Eine erste Nagelprobe der Verläßlichkeit der sowjetischen Zusagen wird das Umweltschutzabkommen zwischen Bonn und Moskau sein, bei dessen Verhandlungen die Experten des Umweltbundesamtes in Berlin einbezogen werden müssen. Offen ist jetzt noch ein Rechtshilfeabkommen, das allerdings kaum erreichbar scheint.

„Wir haben ein neues Blatt in den Beziehungen aufgeschlagen und ein neues Fundament für die Zusammenarbeit errichtet", resümierte gestern Außenminister Genscher. Er will sich in Zukunft häufiger mit Schewardnadse treffen. Allerdings konnte er nicht sagen, wann Kreml-Chef Gorbatschow oder der sowjetische Außenminister in die Bundesrepublik Deutschland kommen werden.

DER KOMMENTAR

Mutiger König

PETER M. RANKE

Im Krieg von 1973 kämpfte noch eine marokkanische Brigade auf Seiten der Syrer gegen Israel. Jetzt hat König Hassan den israelischen Ministerpräsidenten Peres zu Friedensgesprächen empfangen. Das erste Ergebnis steht leider schon fest: Die syrische Regierung nannte Hassan einen Verräter und brach die Beziehungen ab. Andere radikale Araberstaaten dürften folgen.

Praktisch hat König Hassan den Schritt unternommen, den man im Westen von König Hussein von Jordanien erwartet hatte: direkte Gespräche ohne die Arafat-PLO und ohne UNO-Palaver. Aber der jordanische Monarch muß Rücksichten auf die Syrer, Saudis und Iraker nehmen.

Vieles verbindet Israel und Marokko. Beide widersetzen sich künstlichen Staatsgründungen, einmal einem Palästinenser-Staat am Jordan, zum anderen einem Polisario-Staat in der Westsahara. Israel und Marokko gestatten auch ihren Bürgern, sich gegenseitig zu besuchen, denn Hunderttausende marokkanische Juden leben heute in Israel. Erst im letzten Jahr pflanzten die Israelis bei Jerusalem zehntausend Bäume in dankbarem Gedenken an König Mohammed V. von Marokko, den Vater Hassans. Er hatte im Zweiten Weltkrieg die Juden Marokkos vor Auslieferung an das französische Vichy-Regime und an die Deutschen geschützt.

Die Reise von Peres nach Marokko kann nur als erster Schritt gewertet werden. Schließlich wurde in Marokko bei arabischen Gipfeltreffen ja die PLO als „einzige Vertretung" der Palästinenser anerkannt und der Fes-Plan mit seinen unerfüllbaren Forderungen verabschiedet. Trotzdem: König Hassan ist offenbar gewillt, im Nahost-Konflikt einen offenen, direkten Meinungsaustausch mit Israel zu beginnen.

Für einen Frieden müssen aber, wie im Fall Ägypten, die Nachbarn Israels gewonnen werden. Und da ist kein Durchbruch zu erkennen.

„DDR": Mit Asylanten nichts zu tun

Vogel fordert Intervention Schäubles in Ost-Berlin / Heute tagt das Bundeskabinett

D. DOSE/DW. Bonn

Die „DDR" denkt derzeit offenbar nicht daran, den Zustrom von Asylbewerbern über den Flughafen Schönefeld nach West-Berlin einzudämmen. Das Außenministerium in Ost-Berlin erklärte gestern auf Anfrage von dpa: „Der Antwort, daß die DDR mit dem Zustrom von Asylanten nichts zu tun hat, ist nichts hinzuzufügen."

Einen Tag, bevor das Bundeskabinett unter Leitung von Kanzler Helmut Kohl das Asylantenproblem erörtert, hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Hans-Jochen Vogel, die Bundesregierung gestern aufgefordert, in Ost-Berlin vorstellig zu werden. Vogel sagte, die Regierung wäre gut beraten, wenn sie der „DDR" sehr bald und sehr hochrangig deutlich mache, daß die gegenwärtige Praxis das deutsch-deutsche Verhältnis belasten könnte. Dies sei ein Fall, in dem sich Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, der die Asylkommission leitet, in die „DDR" begeben sollte. Vogel sagte der Bundesregierung die Unterstützung der SPD für eine entsprechende Intervention in Ost-Berlin zu. Der „DDR" gehe es nicht um humanitäre Hilfe. Sonst würde sie, so Vogel, die Betroffenen selbst behalten. Ost-Berlin wolle vielmehr „uns mit Hilfe unserer eigenen Grundsätze ad absurdum führen". Dies sei „keine gutnachbarliche Verhaltensweise", sagte Vogel.

Grundlage der Beratung des Bundeskabinetts ist ein Bericht von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) über die aktuelle Lage. Mögliche gesetzliche Konsequenzen, wie sie beispielsweise der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß gefordert hat, sollen erst anhand eines Berichts der Asylkommission nach der Parlamentarischen Sommerpause erörtert werden.

Der Berliner Senat wird keine Grenzkontrollen an der Sektorengrenze zur Abwehr des Asylantenstromes einführen. Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) erklärte nach einer Senatssitzung, die Gesetzgebung schreibe vor, kontrollierten Asylbewerbern den Zugang nach West-Berlin zu gewähren.

Kewenig kündigte an, daß das Bearbeitungsverfahren der Antragsteller beschleunigt werde, um ihren Aufenthalt in Berlin (derzeit etwa sechs bis sieben Wochen) auf zwei bis drei Wochen zu verkürzen.

Rund 40 Mitarbeiter aus den verschiedenen Berliner Verwaltungen würden von sofort an zusätzlich eingesetzt, um die Ausländerbehörde zu verstärken. Damit soll vor allem erreicht werden, daß rund 1300 „Altfälle" von Antragstellern schneller erledigt werden. Weiter will der Senat sich dafür einsetzen, daß die Transporte von Asylbewerbern von Berlin in die Bundesländer häufiger als bisher stattfinden.

Sozialsenator Ulf Fink (CDU) erklärte, daß die derzeitigen Notunterkünfte, wie Turnhallen, Sporthallen und Zelte, bis Mitte August geräumt werden sollen. Man hoffe, andere Möglichkeiten zur Unterbringung der Asylanten zu finden.

Peres trifft König Hassan. Syrien bricht mit Marokko

Legt Israels Ministerpräsident neuen Friedensplan vor?

hav./DW. Jerusalem/Rabat

Israel will durch einen neuen Vorstoß offenbar Bewegung in die diplomatischen Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten bringen. Obwohl offiziell nichts über die Gespräche von Ministerpräsident Peres mit König Hassan II. bei seinem überraschenden Besuch in Marokko bekannt wurde, halten es Diplomaten in Rabat durchaus für möglich, daß Peres einen Friedensplan im Gepäck haben könnte.

Die Hoffnungen gründen sich auf die Aussagen des marokkanischen Königs nach dem letzten arabischen Gipfel im August 1985 in Casablanca. Damals hatte Hassan II. seine Bereitschaft zu einer Begegnung mit der israelischen Führung an die Bedingung geknüpft, daß diese „einen ernsthaften Friedensplan mit Anerkennung des palästinensischen Volkes auf sein Recht zur Selbstbestimmung und mit der Entscheidung, alle besetzten Gebiete zu räumen, besitzt".

Die überraschende Reise von Peres nach Marokko, selbst im israelischen Kabinett waren nur Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Rabin informiert, hat zu heftigen Reaktionen in arabischen Ländern geführt. Syrien gab im staatlichen Rundfunk gestern den Abbruch sämtlicher Beziehungen zu Marokko bekannt. In der Meldung hieß es weiter, alle Araber, einschließlich der Marokkaner würden „diesen schändlichen, verräterischen Akt in Verteidigung ihrer Würde und Ehre" bekämpfen. Libyen sieht in den Gesprächen einen Verstoß gegen die Libysch-Marokkanische Union von 1984.

Der ägyptische Präsident Mubarak dagegen begrüßte die Initiative des israelischen Regierungschefs. Auch die Regierung in Washington zeigte sich befriedigt über die Peres-Reise. „Wir begrüßen alle Kontakte zwischen Israel und einem arabischen Staat", erklärte ein Sprecher des Außenministeriums.

In Israel selbst wurde der erste öffentliche Empfang eines israelischen Ministerpräsidenten in Marokko fast ebenso sensationell aufgefaßt wie die historische Jerusalem-Reise des ägyptischen Präsidenten Sadat vor neun Jahren.

Aus Marokko verlautete gestern, das erste Gespräch zwischen dem König und Peres habe am Vormittag in Ifrane im mittleren Atlas-Gebirge stattgefunden. Offiziell wurde der Besuch des israelischen Regierungschefs von den marokkanischen Behörden bis gestern mittag nicht bekanntgegeben.

Gewinnen „Autonome" an Einfluß?

Rebmann warnt vor der wachsenden Rolle militanter Gruppen in der Anti-Kernkraft-Bewegung

WERNER KAHL, Karlsruhe

Die Generalbundesanwaltschaft hat den Verdacht geäußert, daß sich militante autonome Gruppen in die Anti-Atomkraft-Bewegung eingereiht haben. Die gewalttätigen Gruppen „propagieren und verüben insbesondere auch Anschläge gegen die von ihr so genannte ‚Atom-Mafia', also vor allem gegen Baufirmen, Strom-Trassen und Baugelände", sagte Rebmann bei der Vorstellung des Tätigkeitsberichts der Bundesanwaltschaft für das erste Halbjahr 1986. Die Bundesanwaltschaft untersuche, ob es sich bei den offenbar aus dem autonomen Lager stammenden Gruppen um organisierte Kriminelle oder gar terroristische Vereinigungen im Sinne der Paragraphen 129 und 129 a handelt. Für den Einsatz organisierter Gewaltkriminalität gerade bei den Ausschreitungen in Wackersdorf spricht nach Ansicht der obersten Strafverfolgungsbehörde, daß Erddepots entdeckt wurden, in denen sich Molotow-Cocktails, Krähenfüße und brennbare Chemikalien befanden.

Diese Verstecke ähnelten den 1983 in der Nähe von Autobahnausfahrten gefundenen Depots der „Rote Armee Fraktion" und entspreche der „Arbeitsweise krimineller bzw. terroristischer Vereinigungen". Rebmann erklärte, die Bundesanwaltschaft habe nach der Prüfung aller Berichte über die Ausschreitungen in Wackersdorf und Brokdorf Vorermittlungen mit dem Ziel eingeleitet, die Straftäter gegen Polizeibeamte dingfest zu machen.

Seite 2: Böcke und Schafe

Zur „Gefährdungslage durch Terrorismus von links" äußerte Rebmann die Sorge, daß nach dem Mord an dem Siemens-Vorstand Professor Karl Heinz Beckurts und seinem Fahrer Eckart Groppler mit weiteren „schweren Anschlägen der RAF-Kommandoebene" gerechnet werden müsse. Unverändert sei das Ziel der Terroristen der „militärisch-industrielle Komplex" (MIK) sowie der „Repressionsapparat". Stark gefährdet seien Unternehmen und Mitarbeiter, die in den Bereichen „SDI", „Eureka" und Kernenergie tätig seien. Prominente Repräsentanten dieser Unternehmensbereiche sollten deshalb „auf gepanzerte Fahrzeuge" nicht verzichten.

Als Gegenleistung für die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den in die „DDR" zurückgekehrten Ostberliner Professor Herbert Meißner würde Rebmann „eine Freilassung von in der ‚DDR' inhaftierten Personen begrüßen". Auf die „DDR"-Propaganda eingehend, bemerkte der Generalbundesanwalt, „wenn der Fall Meißner überhaupt eine Belastung für die deutsch-deutschen Beziehungen darstellte, dann nur deshalb, weil Meißner nach seinen Angaben mit Zustimmung der DDR-Regierung, nämlich des Ministeriums für Staatssicherheit, eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausgeübt hat".

Nakasone stellt neues Kabinett vor

DW. Tokio

Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone ist gestern mit großer Mehrheit vom Parlament als Regierungschef wiedergewählt worden.

Im Unterhaus stimmten von 512 Abgeordneten alle 304 der Liberaldemokratischen Partei (LDP) für den 68jährigen. Offen ist allerdings immer noch die Frage, wie lange Nakasone über den Ablauf seiner zweijährigen Amtszeit als Parteichef im Oktober hinaus sein Amt als Ministerpräsident behalten kann.

Unmittelbar nach seiner Bestätigung im Parlament stellte Nakasone sein Kabinett vor, das mit einer Ausnahme in allen Ressorts neue Gesichter zeigt. Nur Kanzleichef Masaharu Gotoda behielt seinen Posten.

Den bisherigen LDP-Generalsekretär Shin Kanemaru ernannte Nakasone zum stellvertretenden Regierungschef ohne Portefeuille. Neuer Finanzminister wird der bisherige Vorsitzende des Exekutivrates der regierenden Liberaldemokraten, Kiichi Miyazawa. Als Nachfolger von Shintaro Abe übernimmt Tadashi Kuranari das Außenministerium.

Wallmann contra Düsseldorf?

hy./DW. Düsseldorf

Die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Jochimsen (SPD), für den „Schnellen Brüter" in Kalkar auf absehbare Zeit keine Betriebsgenehmigung zu erteilen, ist auf scharfe Kritik der Opposition im Landtag gestoßen. Der nordrhein-westfälische CDU-Chef Biedenkopf und die FDP warfen dem Minister vor, eine „politische Entscheidung" anstelle von Recht und Gesetz gefällt zu haben. Biedenkopf schloß nicht aus, daß Bundesumweltminister Wallmann (CDU) die NRW-Landesregierung zur Betriebsgenehmigung für den „Schnellen Brüter" anweisen werde. Wallmann werde bei „ordentlicher Prüfung" die Bedenken in Düsseldorf ausräumen.

Als „angemessene Konsequenz" aus den Erkenntnissen über das Reaktormodell SNR 300 bezeichnete der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Farthmann, gegenüber dpa in Düsseldorf die Äußerungen Jochimsens. Wer Ja zu einem Versuch sage, der müsse auch den Mut haben zuzugeben, daß der Versuch gescheitert ist.

Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

Im Fall Meißner Panne mit Fernschreiben des BND

Wie es zur „Informationslücke" im Kanzleramt kam

ms. Bonn

Die Frage, ob es im Zusammenhang mit der Spionageaffäre um den „DDR"-Professor Meißner Informationslücken zwischen dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem dienstaufsichtsführenden Bundeskanzleramt in Bonn gegeben hat, richtet sich jetzt wieder an die BND-Führung. Sie hatte erklären lassen, daß sie am 11. Juli, also einen Tag, nachdem Meißner nach einem Kaufhausdiebstahl auf eigenen Wunsch von West-Berlin zur Anhörung beim BND nach Murnau gebracht worden war, das Kanzleramt über diesen Vorgang fernschriftlich unterrichtet hat. Tatsächlich aber ist dieses Telex der BND-Führung zwar unter dem Datum 11. Juli abgefaßt, aber erst einen Tag später, am 12. Juli, um 7.15 Uhr, im Kanzleramt eingegangen. Das war an einem Samstag. Das Fernschreiben trug keinen „Eilvermerk" oder einen anderen Hinweis, der den Beamten vom Dienst gemäß der Dienstanweisung veranlaßt hätte, den Adressaten des Fernschreibens am Wochenende telefonisch zu informieren. Der Beamte legte das BND-Telex zum anderen Posteingang.

So fand dann Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, der sich an diesem Wochenende zu politischen Gesprächen in Israel aufgehalten hatte, das BND-Telex mit Informationen zum Fall Meißner erst bei Dienstbeginn am Montag, dem 14. Juli, bei seiner Post vor.

Unabhängig von diesem Informationsstrang hatte allerdings die Berliner Staatsanwaltschaft von sich aus Generalbundesanwalt Kurt Rebmann über die Vorgänge um Professor Meißner unterrichtet.

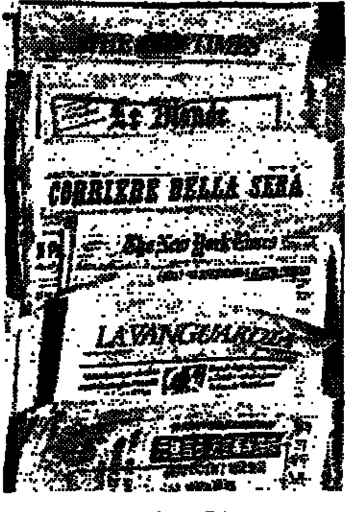
Dollar: Niedrigster Stand seit 1981

DW. Frankfurt/Bonn

Der amerikanische Dollar fiel gestern an den europäischen Devisenmärkten auf den niedrigsten Stand seit mehr als fünf Jahren. In Frankfurt lag der amtliche Mittelkurs mit 2,1252 Mark fast einen halben Pfennig unter dem Vortagsfixing von 2,1299 Mark. Die Deutsche Bundesbank griff nach Angaben von Händlern nicht in das Marktgeschehen ein. Der Dollar hatte zuletzt am 8. April 1981 mit 2,1233 Mark niedriger notiert als gestern.

Die Bundesregierung hat sich zur Aufwertung der Mark, vor allem gegenüber dem US-Dollar, seit Anfang 1985 positiv geäußert. In einer Analyse des Presse- und Informationsamtes heißt es, die deutschen Importpreise seien kräftig gesunken, während die Exportpreise nur wenig zurückgegangen seien. Außerdem habe die Aufwertung auch die Inflation gedämpft und weitere Zinssenkungen ermöglicht.

Heute in der WELT



Wie das Ausland Deutschland sieht

Für André Fontaine, Herausgeber der Pariser Tageszeitung „Le Monde", ist es vor allem das Gewicht Europas in der Welt, das heute das Verhältnis von Franzosen und Deutschen bestimmt. Ohne die Einheit des alten Kontinents drohe das Protektorat einer fremden Macht. Der Kern dieser Einheit sei die Vernunftehe der ehemaligen Erbfeinde. Diese Ehe ist solide, meint Fontaine im letzten Teil unserer Serie. Seite 5

Asylanten in Skandinavien

Der Asylanten-Strom in viele europäische Länder hat bedrohliche Formen angenommen. In einer losen Artikelfolge schildert die WELT die Probleme unserer Nachbarn. Heute: Schweden und Dänemark. Auch die Skandinavier haben von ihrer liberalen Haltung Abschied genommen und kanalisieren ihre „Gastfreundschaft" sehr gezielt. Seite 5

POLITIK

Krisenbewältigung: In Italien hat nach dem gescheiterten Versuch des Christdemokraten Andreotti Staatspräsident Cossiga den amtierenden Ministerpräsidenten Craxi mit der Regierungsbildung beauftragt. Craxi war am 27. Juni zurückgetreten, nachdem 70 Abgeordnete gegen die eigene Regierung votiert hatten. (S. 5)

„DDR"-Agenten: Die Spionageabwehr hat in Kaiserslautern ein Ehepaar und einen pensionierten Major der „DDR"-Armee unter dem Verdacht der Agententätigkeit festgenommen. Die mutmaßlichen Spione sollen Geheimpapiere über die US-Streitkräfte in der Pfalz verraten haben.

Boykott: Zwei Tage vor Beginn der Commonwealth-Spiele in Edinburgh ist die Zahl der Länder, die die Sportveranstaltung boykottieren, auf 29 gestiegen. Damit hat sich genau die Hälfte der ursprünglich angemeldeten Mannschaften dem Südafrika-Boykott angeschlossen. (S. 5)

Fluchthelfer verurteilt: Ein 30jähriger Westberliner ist im Ostteil der Stadt wegen Fluchthilfe zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das „DDR"-Gericht warf dem Mann vor, sich mehrfach an „bandenmäßig subversiven Verbrechen gegen die DDR" beteiligt zu haben.

Abgesichert? Im September will Niedersachsens CDU entscheiden, ob der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Landsmannschaft der Schlesier, Hupka, auf der CDU-Landesliste abgesichert wird. Die Bundespartei hat Interesse an einer solchen Entscheidung signalisiert.

Atomminister: In der Sowjetunion ist der 58jährige Nikolai Lukonin zum Minister für Atomenergie ernannt worden. Lukonin hatte bisher die Kernkraftwerke von Leningrad und Ignalina geleitet. Die Schaffung des neuen Atomenergie-Ministeriums ist eine Konsequenz der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

WIRTSCHAFT

Informationsmangel: Die Sozialwahlen zur Selbstverwaltung bei Versicherungsträgern wurden durch den Mangel an Informationen gehemmt. Die Wähler hätten über die Wahlziele der kandidierenden Organisationen zu wenig gewußt, erklärte der Bundesbeauftragte für die Sozialwahlen, Eugen Glombig. Die Sozialwahlen finden in der Bundesrepublik nur alle sechs Jahre statt. (S. 7)

Börse: An den Aktienmärkten blieb die Tendenz uneinheitlich. Auf der ermäßigten Kursbasis kam es zu Meinungskäufen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 241,64 (243,50). BHF Rentenindex 106,958 (106,909). BHF Performance Index 105,732 (105,655). Dollarmittelkurs 2,1252 (2,1299) Mark. Goldpreis pro Feinunze 353,50 (353,95) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
260
250
240
DIE WELT

KULTUR

Amadeus '86: Mit einem Großprojekt wird im Schloß Brühl bei Köln des 200. Todesjahres von Mozart gedacht. In einer Festwoche werden die 1786 entstandenen Werke aufgeführt. Bis 1991 sollen weitere Kompositionen gespielt werden. (S. 13)

Seerosen: Das Basler Kunstmuseum zeigt 64 Gemälde von Claude Monet. Die Ausstellung beschränkt sich jedoch auf zwei Themen: die Seerose und eine „japanische Brücke". Monet hatte von beiden Motiven etwa 200 Bilder gemalt. (S. 13)

SPORT

Tennis: Das deutsche Team erreichte beim Federation Cup in Prag gegen Belgien die zweite Runde. Claudia Kohde-Kilsch besiegte Sandra Wassermann 4:6, 6:1, 6:1. Steffi Graf schlug Anne de Vries 6:3, 6:1. (S. 12)

Fußball: Mit einem Novum startet die Bundesliga in die Saison 1986/87: Mindestens alle zwei Wochen soll das „Spiel der Woche" live und in voller Länge im Wechsel vom Fernsehen übertragen werden. (S. 12)

AUS ALLER WELT



Miß Universum: Die 22jährige Venezolanerin Barbara Palacios (Foto) ist in Panama-Stadt zur schönsten Frau der Welt gekürt worden. Die 1,72 Meter große Schönheitskönigin arbeitet in einer Werbeagentur. (S. 14)

Anti-Drogen-Test: Für 24,95 Dollar können besorgte Eltern in den USA jetzt feststellen, ob ihre Kinder rauschgiftabhängig sind. Besonderheit des Verfahrens: Die Untersuchung ist zu Hause möglich. (S. 14)

Giftbombe: Der holländischen Nordseeküste droht eine Umweltkatastrophe. An Bord eines gesunkenen britischen Frachters befinden sich große Mengen von Blei, Cadmium und Arsen. (S. 14)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Theaterdonner

Von Arnulf Gosch

Wieder hat der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen gewaltig auf die Pauke gehauen: Gestern war es der Hochtemperaturreaktor in Uentrop, heute ist es der Schnelle Brüter in Kalkar, dem Jochimsen die Betriebsgenehmigung verweigern will. Will er es wirklich, oder geht es ihm nur um Zeitgewinn bis zur Bundestagswahl 1987?

Ein lohnendes Geschäft für Kaffeesatzleser. Denn bisher ist nur eins sicher: Jochimsens Zungenschlag ist keineswegs identisch mit seinem Federstrich. Seine Düsseldorfer Presseerklärungen – von den elektronischen Medien gewaltig ins Bild gesetzt – entsprechen überhaupt nicht den Schreiben, die der Minister praktisch gleichzeitig an seine Bonner Kollegen Riesenhuber und Wallmann und an die Bosse von RWE und KWU, Spalthoff und Barthelt, verschickte. In diesen Briefen jedenfalls bot Jochimsen weitere Gespräche über Kalkar an, und die wären ja wohl überflüssig, wenn er sich bereits definitiv gegen den Schnellen Brüter festgelegt hätte.

Insofern zeigt Bonn zu Recht Gelassenheit, ganz abgesehen davon, daß bei einer endgültigen Negativentscheidung Nordrhein-Westfalens dem Bundesumweltminister immer noch die Möglichkeit gegeben wäre, im Rahmen der Auftragsverwaltung laut Artikel 85 Grundgesetz die Weisung zu erteilen, den Brüter in Gang zu setzen.

Die Meinungen über die Schnellbrut-Reaktortechnologie gehen nach wie vor weit auseinander. Es gibt sicher gute Argumente für wie auch gegen sie. Richtig ist auch, daß der SNR 300 eigentlich kein echter Brüter mehr ist, nachdem man sich bereits 1973 aus Kostengründen für eine Brutrate von 0,7 entschied. Es würde also nicht mehr Brennstoff als eingesetzt produziert werden, sondern weniger.

Trotzdem würde die energetische Ausbeute des eingesetzten Natur-Urans um fast das Hundertfache über der bei den herkömmlichen Leichtwasserreaktoren liegen: eine gewaltige Rohstoffersparnis. Und außerdem würde sich eine Technologie weltweit schlecht verkaufen lassen, wenn sie zu Hause – aus welchen Gründen auch immer – eingemottet bliebe.

Böcke und Schafe

Von Werner Kahl

Nach den gewalttätigen Ausschreitungen vor allem in Wakkersdorf und Brokdorf hat die Generalbundesanwaltschaft Vor-Ermittlungen eingeleitet; sie prüft alle Berichte über die Vorgänge. Augenzeugen waren schon auf den Kundgebungen der Meinung, daß dort bis an die Zähne bewaffnete kleine Gruppen zusammenwirken. In diesen Gruppen kommen nun „Strukturen", wie sie in der Sprache der Gewalttäter bezeichnet werden, für neue Formen des Kampfes zum Ausdruck. Die Frage ist nun, ob es sich um organisierte oder gar um terroristische Vereinigungen im Sinne der Paragraphen 129 oder 129 a des Strafgesetzbuches handelt.

Dabei denken die Fachleute an „autonome Gruppen" oder sonstige „revolutionäre" Kleingruppen und Einzeltäter. Diese bilden um der größeren Beweglichkeit und Schlagkraft willen bewußt keine festgefügten Organisationen, sondern rotten sich von Fall zu Fall für Aktionen zusammen. Eine schwierige Aufgabe für die Justiz, die nach Paragraph 129 a erforderlichen Struktur-Elemente nachzuweisen, die eine Strafverfolgung dieser „Guerrilla diffusa" voraussetzt.

Symbolhaft für die organisierte Gewalt bei Massenkundgebungen erscheint die jüngste Parole: „Wir sind Chaoten. Wir wollen mit diesem Recht und Gesetz nichts zu tun haben, außer täglich dagegen anzukämpfen!" Diese Kräfte machten sich bisher den Zuständigkeits-Dschungel der Strafverfolger zunutze. Denn etwa achtzig Prozent der strafbaren Handlungen im Bereich politisch motivierter Brand- und Sprengstoffanschläge werden nicht vom Generalbundesanwalt, sondern dezentral von vielen Staatsanwaltschaften verfolgt. In dieser schwer überschaubaren juristischen Landschaft versucht die Bundesanwaltschaft jetzt klare Kompetenzen zu schaffen.

Für alle, die in dieser Gesellschaft mit Mißverständnissen Politik machen, stellte Generalbundesanwalt Rebmann klar, daß bei der Prüfung der Straftaten in Brokdorf und Wackersdorf das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit der friedlich Demonstrierenden, und bei diesen handelt es sich nach Auffassung Rebmanns um die „überwiegende Mehrheit", nicht angetastet wird. Die oberste Strafverfolgungsbehörde geht vielmehr daran, die Böcke von den Schafen zu trennen.

Was ans Herz geht

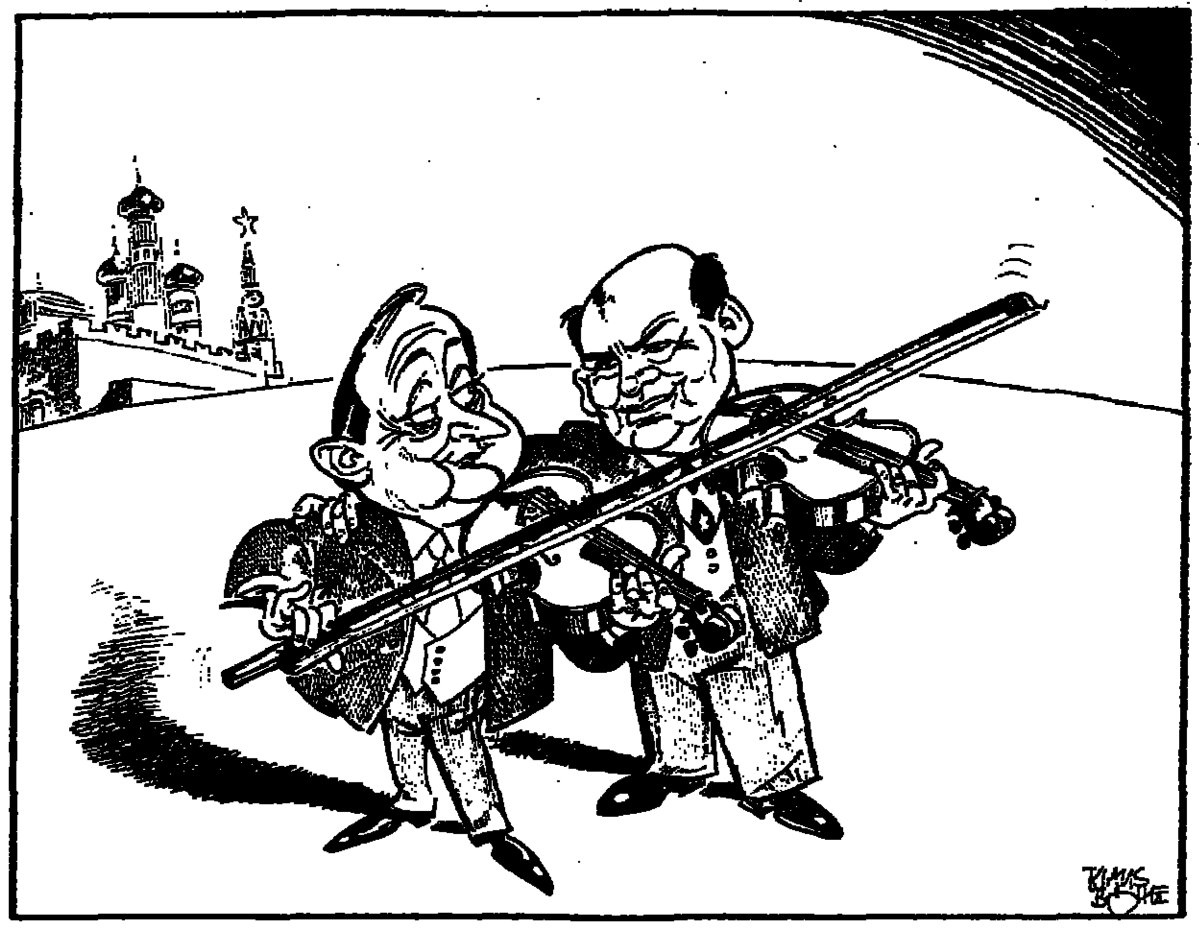
Von Peter Ruge

Dank Mitterrand ist seit dem Nationalfeiertag am 14. Juli das Wort „Etrangère" wieder ein Begriff im französischen politischen Vokabular. Bisher galt die Ausländerfeindlichkeit, die mit dem nahezu ungehinderten Zustrom afrikanischer Gastarbeiter anschwoll, als ein „natürliches Volksempfinden". Der französische Präsident hat dieses Gefühl nun zur Staatstheorie erhoben: Wer als Ausländer etwa die Absicht hat, eines von fündundsechzig ent-staatlichten Unternehmen in Frankreich zu kaufen, vergeht sich damit an der Nation.

Man faßt sich an den Kopf – nicht nur in der Umgebung von Jacques Chirac. Der Premierminister appellierte jetzt an die französische Wirtschaft, ihr Wachstum durch den Schritt nach Europa hinein anzustreben. Dieser Dynamismus müsse auf die EG ausgerichtet sein. Es habe keinen Sinn, vor dem Wettbewerb Schutz hinter einem nationalen Baum zu suchen. „Wir werden nur größer mit Europa", sagte Jacques Chirac. Dies aber müsse dann auch im umgekehrten Sinne für das Engagement der europäischen Partner in Frankreich gelten.

Welche Wende: Die Gaullisten verteidigen Europa, die Sozialisten, denen traditionell ihr Internationalismus bescheinigt wird, reden nun plötzlich vom Protektionismus. So also ist das: wenn Ausländer sich in eine französische Gruppe einkaufen, dann wird Frankreich die Haut abgezogen – wenn dagegen französische Manager ihre Expansion betreiben, dann ist das eine nationale Tat.

Nichts wird in Frankreich so heiß gegessen, wie es von den Oberköchen angerührt wird. Solange die Franzosen eher ihr Geld in der Etrangère, auf ausländischen Kapitalmärkten, investieren, als es in heimische Aktien zu stecken, kann es wohl mit der Europa-Feindlichkeit nicht so weit her sein. Das ändert wohl auch nicht der Ausspruch eines früheren Finanzministers: „Nicht den Franc zu lieben, heißt Frankreich nicht zu lieben". Der Appell, das nationale Erbe zu verteidigen, geht den Franzosen weniger zu Herzen als ihr Portefeuille – und Geld, wo immer es auch herkommt, kennt bekanntlich keine Hautfarbe.



KLAUS BÖHLE

Kein allgemeines Fluchtrecht

Von Rupert Scholz

Die über die Bundesrepublik hereinbrechende Asylantenschwemme fordert rasches Handeln. Es gilt vor allem, sich darauf zu besinnen, daß es in Wahrheit nur in sehr seltenen Fällen um wirkliche Asylrechtsfälle, also um wirklichen Schutz vor politischer Verfolgung, und nicht um allgemeine Fluchtbewegungen, namentlich vor wirtschaftlicher Not, geht.

Will die Bundesrepublik nicht zum allgemeinen Einwanderungsland werden, muß sie vor allem ihr Ausländerrecht entsprechend strikter fassen und im Bereich des Asylrechts dafür sorgen, daß mißbräuchliche Inanspruchnahmen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden. Auf internationaler Ebene müssen rasch die Grundlagen für ein gemeinsames europäisches Ausländer- und Asylrecht geschaffen werden, da die heutigen Probleme der Bundesrepublik schon morgen – diese Prophezeiung fällt leicht – die Probleme ganz Westeuropas sein werden.

Des weiteren bedarf es dringend der Eindämmung des Transitmißbrauchs, den die DDR zur Zeit in ebenso gröblicher wie der Bundesrepublik gegenüber unfreundlicher Weise begeht. Die DDR ist das einzige Land Europas, das entgegen allen internationalen Gepflogenheiten Transitvisa an Ausländer ausstellt, ohne daß diese über ein gültiges Einreisevisum der Bundesrepublik verfügen; gelegentlich werden Ausländer sogar mit gefälschten Transitvisa zum Ostberliner Flughafen Schönefeld transportiert und von dort nach West-Berlin weitergeschleust!

Gibt die DDR nicht bald diese Praxis auf, so wird die Frage zu stellen sein, ob entsprechende Flüchtlinge nicht an die DDR selbst zurückzuverweisen sind, ob die DDR nicht ihrerseits zur Asylgewährung verpflichtet ist bzw. ob in der uneingeschränkten und vorbehaltlosen Gewährung von Transitvisa nicht in Wahrheit eine verkappte Aufnahme bzw. ein verkappter Schutz vor der behaupteten politischen Verfolgung liegt, der die Bundesrepublik ihrerseits ermächtigt, die eigene Aufnahme solcher Flüchtlinge zu verweigern.

So vielfältig jetzt die Forderung auf Änderung des verfassungsrechtlichen Asylparagraphen Artikel 16 Grundgesetz erhoben wird, so sehr ist vor einer politischen Alibi-Debatte zu warnen. So zweckmäßig es wäre, in Artikel 16 Grundgesetz einen Gesetzesvorbehalt einzufügen, der die Abwehr von Mißbrauch leichter gestaltete, so eindeutig steht schon heute fest, daß auch Artikel 16 Grundgesetz – wie jedes andere Grundrecht – unter dem selbstverständlichen Mißbrauchsvorbehalt und damit auch vor der Möglichkeit entsprechender gesetzlicher Vorkehrungen gegenüber Mißbrauch steht. Solche Vorkehrungen müssen vor allem im Rahmen des Verfahrensrechts gesucht werden:

Mehrjährige Verfahren zur Prüfung eines Ayslbegehrens sind nicht länger hinnehmbar. Länger als durchschnittlich ein Jahr darf kein Verfahren dauern. Dies bedingt erhebliche Effektuierungen ebenso im zentralen Anerkennungsverfahren in Zirndorf wie in der Überwindung der nach wie vor bestehenden Zweispurigkeit von Asylrecht einerseits und (allgemeinem) Ausländerrecht andererseits. Bei offensichtlich unbegründeten Asylanträgen muß schon im unmittelbaren Grenzbereich selbst eine Entscheidung möglich sein, die zur direkten Zurückweisung oder umgehenden Abschiebung des Nicht-Asylberechtigten führt.

Daß das Grundgesetz auch dem Ausländer, wie jedem Menschen, das Recht auf gerichtlichen Rechtsschutz gibt, steht dem nicht entgegen. Voraussetzung ist allerdings, daß der verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz weiter gestrafft, gegebenenfalls auf eine Instanz und die unmittelbare Entscheidung durch den Einzelrichter konzentriert wird. Welche Möglichkeiten hier bestehen, lehrt seit kurzem das skandinavische Beispiel. Die grundgesetzliche Rechtsschutzgarantie fordert keinen mehrstufigen Gerichtsschutz. Von Ausnahmefällen abgesehen, kann der Verwaltungsrechtsschutz auf ein erst- und damit auch letztinstanzliches Verfahren beschränkt werden. Es geht auch nicht länger an, nach jahrelangen Prüfungs- und Gerichtsverfahren überhaupt auf die Abschiebung Nicht-Asylberechtigter faktisch zu verzichten.

Da die entsprechenden Flüchtlingsbewegungen häufig durch viele Länder gehen, das Zielland Bundesrepublik Deutschland häufig erst auf entsprechenden Umwegen erreicht oder angestrebt wird, muß künftig ebenso konsequent wie sorgfältig geprüft werden, ob ein Flüchtling nicht schon in einem anderen Land Aufnahme oder Schutz vor politischer Verfolgung gefunden hat. In diese Prüfung sind auch solche Länder einzubeziehen, die einem Flüchtling (zunächst) nur Transitberechtigungen eingeräumt haben – wie die DDR. Wer sich wie diese so gern als „freies Transitland" geriert, der hat auch die Frage zu beantworten, warum er nicht ein ebenso „freies Asylland" zu sein beabsichtigt. Die Bundesrepublik kann jedenfalls nicht der Endpunkt internationaler Flüchtlingsströme sein.

Solche Regelungen und solche Verbesserungen im materiellen Asyl- wie Ausländerrecht einerseits und im Verwaltungs- sowie Gerichtsverfahren andererseits lassen sich sämtlich ohne Änderung des verfassungsrechtlichen Asylrechtsparagraphen einführen. Der Bundesgesetzgeber ist hier nachdrücklich gefordert – nicht zuletzt, nachdem der Bundesrat wesentliche Verbesserungen vorgeschlagen hat. Des weiteren sind alle Bundesländer wie die zentrale Instanz in Zirndorf aufgefordert, ihre Verfahren zu konzentrieren und in der vorgenannten Richtung zu beschleunigen.

Alles dies ist nicht illiberal, wie mancher so gern reklamiert. Im Gegenteil, gerade angesichts einer Situation, in der mit zahllosen Menschen in fernen Ländern in gewissenloser Weise Mißbrauch getrieben wird, in der Menschen ein angebliches Paradies – verborgen unter der Zauberformel „Asyl" – in Deutschland vorgegaukelt wird, geht es auch darum, in wirklich verantwortlicher und humaner Weise solchen Tragödien rechtzeitig vorzubeugen. Dies fordert nicht zuletzt das Prinzip vom Schutz der Menschenwürde, das an der Spitze unserer verfassungsrechtlichen Wertordnung steht.

GAST-KOMMENTAR



Der Staatsrechtslehrer Professor Rupert Scholz ist Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten FOTO: HANS HÖFT

IM GESPRÄCH Siegfried Gehrke

Der Küstenschützer

Von Rolf Tophöven

Sein Tätigkeitsfeld liegt im Schnittpunkt von NATO und Warschauer Pakt. Denn in der Lübecker/Mecklenburger Bucht konzentriert sich der Einsatzschwerpunkt des BGS-See. Soeben hat der 50jährige Polizeioberrat im Bundesgrenzschutz, Siegfried Gehrke, im Heimathafen der seegehenden Verbände des BGS, in Neustadt/Holstein, das Kommando „auf der Brücke" übernommen.

Der Chef über 570 Beamte, zwei Einsatzflottillen (zusammen acht Patrouillenboote) sowie eine Küsteneinsatzhundertschaft überwacht mit seinen Männern die offene Seegrenze zur „DDR" in der Lübecker Bucht: „Seit 1. Januar 1985 haben sich hier die Verhältnisse grundlegend geändert. Die DDR hat ihre Seegrenzen auf nahezu zwölf Seemeilen erweitert. Dieses reduziert den freien Seeraum in der Lübecker Bucht um fast die Hälfte."

Doch Gehrke kennt das „Geschäft" zur See. Denn an der Ostsee, wo er mit seiner Frau und der zwanzigjährigen Tochter in Pelzerhaken wohnt, hat er die deutsch-deutsche Grenze täglich vor Augen. Siegfried Gehrke ist der geborene „Skipper". In Stettin geboren, floh er 1945 nach Schleswig-Holstein. Er wuchs in Ratzeburg auf. Nach der mittleren Reife heuerte er bei der christlichen Seefahrt an. 1963 erwarb er die Lizenz zum „Kapitän auf großer Fahrt" (A 6-Patent und Diplom). Dann wurde er zum Reserveoffizier an der Marineschule Mürwik ausgebildet.

Als Oberleutnant zur See kam Siegfried Gehrke 1965 zum BGS nach Neustadt. In den folgenden Jahren diente er als Kommandant eines Patrouillenbootes und als Flottillenchef (vier Boote). Von 1977 an büffelte Gehrke zwei Jahre an der Polizeiführungsakademie in Hiltrup. Nach bestandenem Lehrgang kam die Ernennung zum Polizeirat und zum stellvertretenden Kommandeur BGS-See.



Umweltsünder und Grenzverletzer beobachten: Neuer BGS-See-Chef Gehrke FOTO: DIE WELT

Gehrke legt Wert auf maritime Traditionen „auch beim BGS". Seine Flottillen stehen auf Tuchfühlung mit den Booten der Grenzbrigade Küste der „DDR". Sicherung der deutsch-deutschen Seegrenze lautet ihre Aufgabe. Vom neuen Kommandeur wird dabei viel Fingerspitzengefühl, aber auch Entscheidungsfreude und Durchsetzungsvermögen verlangt. Für etwas Entspannung und Ausgleich können da vielleicht die privaten Interessengebiete – Surfen, Jogging und Skilaufen – sorgen.

Die Aufgaben des BGS-See haben sich in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Siegfried Gehrke weiß um diese Bürde: „Besonders die Jagd auf Umweltsünder in Ost- und Nordsee erfordert zusätzliche Kraftanstrengungen. Was wir künftig brauchen, sind schnellere und bessere Boote." Ein berechtigter Wunsch des neuen ersten Mannes beim BGS-See. Doch vorerst bleibt dies Wunschdenken. Finanzminister Stoltenberg hat die Anschaffung neuer Boote für den Seegrenzschutz zurückgestellt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HEILBRONNER STIMME

Sie schreibt zum Dollar-Verfall:

(In Washington) läßt man dem Dollar freien Lauf nach unten, um die US-Exportposition zu verbessern, und hat den Leitzins auf sechs Prozent, das niedrigste Niveau seit achteinhalb Jahren, zurückgenommen, um Investitions-Anreize zu geben. Jetzt will die US-Regierung die stärksten Partnerländer Japan und Bundesrepublik in die Pflicht nehmen, fordert von ihnen ebenfalls Zinssenkungen und Maßnahmen zur stärkeren Belebung der Konjunktur, von der wiederum die USA zu profitieren hoffen. Doch in Tokio und Bonn will man die angetragene Rolle der Konjunktur-Lokomotive nicht übernehmen.

RHEINISCHER MERKUR

Die Düsseldorfer Zeitung bemerkt zu Kalkar:

In Annäherung an die Grünen, deren Partnerschaft der Kanzlerkandidat Rau immer ablehnt, verkündete Jochimsen das Aus für den Schnellen Brüter von Kalkar, obwohl der Minister dazu nicht das Recht hat. Nicht das Gesetz gilt, sondern es ist zu befürchten, daß die SPD über Kalkar nachdenkt unter der Fragestellung: Was könnte Wähler bringen? Es geht hier nicht darum, den Schnellen Brüter um jeden Preis zu verteidigen, sondern nur um die Frage, welche Geltung das Recht noch haben soll, wenn selbst eine Landesregierung sich nicht darum kümmert.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie meint zu Genschers Moskau-Besuch:

Unter Gorbatschow hat die Kremlführung von Anfang an außenpolitische Akzente durch Bevorzugung Frankreichs und Englands gesetzt. Die Bundesrepublik wurde ins zweite Glied verwiesen. Für die Abkühlung machte Gorbatschow erneut das konsequente Bonner Eintreten für die Nachrüstung sowie die Haltung in den Fragen SDI und chemische Waffen verantwortlich. Eine wesentliche Ursache für die sowjetische Zurückhaltung dürfte aber auch im deutsch-deutschen Verhältnis liegen ... Offenbar fürchtet der derzeitige Herr im Kreml eine gute deutsch-deutsche Nachbarschaft.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie kommentiert die Asylanten-Flut:

Die Proteste von Berliner Bürgern sollten als das genommen werden, was sie sind: als Flammenzeichen am Horizont, als möglicher Beginn einer innenpolitischen Auseinandersetzung über Asylanten insbesondere, aber Ausländer im allgemeinen. Unsere Politiker sind gefordert, genau dies zu vermeiden. Die Bundesrepublik ist es der Geschichte, aber auch der Zukunft unseres Volkes schuldig, eine zugleich humane und vernunftbezogene Lösung eines Problems zu finden, das uns in seiner heutigen Schärfe von außen aufgezwungen wird.

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung verabschiedet Meißner:

Es darf jedenfalls nicht die Regel werden, daß die DDR mit dunklen Drohungen gegen den innerdeutschen Reiseverkehr jeden ihrer Spione freipressen kann ... Die Bundesregierung hat mit dieser an sich begrüßenswerten schnellen Lösung hoffentlich keinen Musterfall geschaffen, auf den sich ertappte Spione künftig berufen können.

Erreicht, was den Kanzlern Brandt und Schmidt mißlang

Ein wichtiger Erfolg der Bundesregierung in Moskau / Von Bernt Conrad

Die Bundesregierung hat einen wichtigen Erfolg errungen. Mit der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ist es ihr zum ersten Mal gelungen, die Mitarbeiter von Berliner Bundesinstitutionen in den Austausch mit dem Ostblock einzubeziehen. Dies öffnet die Tür zu einer Kooperation auch in anderen Bereichen unter Einschluß von Angehörigen des Berliner Umweltbundesamtes, das bisher vom Osten konsequent boykottiert worden war.

Die Bedeutung des Vorgangs läßt sich daran ermessen, daß um die jetzt in Moskau abgeschlossene Vereinbarung dreizehn Jahre lang gerungen wurde. Als der damalige Bundeskanzler Brandt und sein sowjetischer Partner Breschnew 1973 den Weg für ein wissenschaftlich-technisches Abkommen unter Einbeziehung West-Berlins auf der Basis der seitdem vielfach verwendenten Frank-Falin-Formel freigegeben hatten, ahnte niemand, daß daraus weder unter Brandt noch unter seinem Nachfolger Schmidt etwas werden würde. Aber schon bald zeigte es sich sowohl bei der wissenschaftlichen Kooperation als auch beim Kulturaustausch und der ebenfalls anvisierten Rechtshilfe, daß nicht der Grundsatz, sondern die Details einer Berlin-Regelung die Einigung verhinderten.

Dabei spielten die in den Westsektoren errichteten Behörden und Institutionen des Bundes eine zentrale Rolle. Die Sowjets erkannten sie auch nach Abschluß des Viermächte-Abkommens nicht als statuskonform an und lehnten ihre Teilnahme an allen Austausch- und Kooperationsprogrammen mit osteuropäischen Staaten rigoros ab. Natürlich konnte Bonn seine eigenen Behörden nicht verleugnen. Deshalb unternahmen Kanzler Schmidt und sein Außenminister Genscher zwar in den siebziger Jahren mehrere Anläufe, gaben aber in der entscheidenden Frage nicht nach.

Nach dem Wechsel in Bonn erreichte Bundeskanzler Kohl 1983 bei einem Besuch im Kreml beim damaligen Parteichef Andropow neue Verhandlungen. Tatsächlich kamen die Dinge wieder in Fluß, und zwar durch die schon früher in Bonn ventilierte Idee, mit Hilfe einer pragmatischen, personenbezogenen Lösung die Differenzen über die Berücksichtigung der Berliner Bundesinstitutionen zu umschiffen. Genscher konnte seinem damaligen Amtskollegen Gromyko im Mai 1984 einen konkreten Entwurf vorlegen, den dieser auch diskutabel fand. Doch dann führte die inzwischen abgekühlte politische Großwetterlage dazu, daß die Materie wieder auf Eis gelegt wurde.

Doch Kohl gab nicht auf. Als sich vor einigen Wochen durch einen Briefwechsel mit Gorbatschow die Möglichkeit eines neuen deutsch-sowjetischen Dialogs abzeichnete, kam er auf das vielbesprochene Projekt zurück. Die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen und reiften nach einigem taktischen Hin und Her des Kreml im Vorfeld des Genscher-Besuches zur Unterzeichnung heran. Was dabei herauskam, mag keine ideale Lösung sein. Aber wie könnte es die auch geben, solange zentrale Rechtsfragen des Berlin-Status ungeachtet des Viermächte-Abkommens von Ost und West höchst unterschiedlich bewertet werden?

In dieser Lage konnte und kann es nur darum gehen, praktische Regelungen zu erreichen, die den Interessen Berlins gerecht werden, ohne prinzipielle Statusfragen aufzuwerfen. Das ist nicht nur bei der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, sondern auch mit dem Blick auf künftige Vereinbarungen über Umweltschutz und andere wichtige Themen wie Datenverarbeitung, Weltraumforschung, Biotechnik und technologische Entwicklung im Verkehrswesen gelungen.

Die Einzelheiten der Vereinbarung, besonders das verwirrende Netz von Protokollnotizen, Ressortabkommen und Projektprogrammen sowie die bewußt unscharf formulierten Hinweise auf den betroffenen Personenkreis mögen manchen irritieren. Tatsächlich ist jedoch das, worum es geht, nämlich die Einbeziehung von Mitarbeitern der Berliner Bundesbehören, mit den Sowjets exakt abgesprochen und im Text abgesichert. Schwierigkeiten sind dabei auch für die Zukunft gewiß nicht auszuschließen. Aber das zur Zeit Mögliche ist erreicht worden – und wird sich auch auf die im Gang befindlichen oder demnächst anstehenden Verhandlungen mit der „DDR" positiv auswirken.

Daß sie Sowjets sich dazu bereit gefunden haben, daß Gorbatschow darüber hinaus im Gespräch mit Genscher ein neues Kapitel im deutsch-sowjetischen Verhältnis vorausgesagt hat, zeugt von politischem Realismus. Offensichtlich steht dahinter – das ist in Moskau deutlich spürbar – der sich verdichtende Eindruck, daß ein Sieg der CDU/CSU-FDP-Koalition bei der kommenden Bundestagswahl immer wahrscheinlicher wird. Die Ostpolitik jedenfalls kann nach dem Ergebnis der letzten Moskauer Tage nicht länger als innenpolitischer Schlagstock gegen die Bundesregierung benutzt werden.

Chiracs politischer Handel mit Butter und Agenten

Am 1. August sollte der „Butter-Krieg" ausbrechen. So hatte Paris der Regierung in Wellington für den Fall gedroht, daß seine Agenten, die das „Greenpeace"-Schiff „Rainbow Warrior" versenkten, nicht aus der Haft entlassen würden. Ein Kompromiß, den viele Neuseeländer für einen schlimmen „Kuhhandel" halten, scheint diesen Krieg zu verhindern.

Von PETER RUGE

Die Nachrichten überstürzten sich in Paris: Während aus Neuseeland gemeldet wurde, ein Richter habe die beiden französischen Geheimdienstagenten, die vor zehn Monaten zu zehn Jahren Haft verurteilt wurden, unter neuer Anklage für den 12. September vorgeladen, hieß es von der Südpazifikinsel Wallis, dort sei der Militärflughafen für den zivilen Luftverkehr geschlossen worden – ein Anzeichen mehr dafür, daß dort die Übergabe der beiden Agenten stattfinden werde.

Damit wäre die Affäre um das falsche Geheimdienst-Ehepaar Turenge aber noch nicht abgeschlossen: Major Alain Mafart (35) und seine angebliche Ehefrau, Hauptmann Dominique Prieur (37), wechseln nur ihre Zellen, um als Verbannte auf ein französisches Atoll gebracht zu werden, das Eiland Hao, eine kahle Militärbasis in der Nähe von Mururoa.

Diese Pazifik-Insel ist das Symbol für die Atommacht Frankreichs: Mururoa mit seinen unterirdischen Versuchsanlagen galt eine Protestaktion von „Greenpeace" im letzten Sommer. Im neuseeländischen Hafen von Auckland lag ihr Schiff „Rainbow Warrior" zum Auslaufen bereit, da zerrissen Explosionen den Rumpf. Ein „Greenpeace"-Fotograf starb, den französischen Geheimdienstchef und den Verteidigungsminister kostete es den Posten und den sozialistischen Regierungschef die Reputation. Dieses Erbe übernahm Jacques Chirac am 16. März.

Neuseelands Premier Lange erklärte danach, seine beiden Gefangenen stünden nicht „zum Verkauf". Die öffentliche Meinung ließ Wellington kaum eine andere Wahl: Die meisten Neuseeländer standen auf der Seite von „Greenpeace".

In Frankreich hatte das Ansehen der Staatsführung nicht etwa gelitten, weil Agenten in einem fremden Land einen Anschlag ausführten, sondern dadurch, daß sie sich nicht nur vom kleinen Neuseeland, sondern auch von den „Greenpeace"-Leuten an den Pranger stellen lassen mußte.

Kaum im Amt, begann die bürgerliche Regierung unter Jacques Chirac auf Importe aus Neuseeland den Zoll anzusetzen: Tiefgefrorene Hammelkeulen wurden für den Fleischbeschauer an der Grenze aufgetaut; in Ballen gepreßte Schafswolle wurde geöffnet, so daß sich der nötige Transportraum vervielfachte. Trotz dieser Warnsignale, die Regierung in Wellington blieb dabei: Die Agenten sollten die Haft voll verbüßen.

Paris zog die Handelsschraube an: Da war der Butterberg, den Neuseeland durch Exporte nach Europa nur noch vergrößerte. Anstatt den Überschuß in der EG an die UdSSR zu verschleudern, sollte die Einfuhr der Butter aus Neuseeland gestoppt werden. Immerhin zahlen die zwölf EG-Länder pro eingeführte Tonne 2000 Dollar, pro Jahr also 160 Millionen Dollar an Wellington für 80 000 Tonnen Butter. Frankreich sondierte in der Europäischen Gemeinschaft, das Echo war positiv.

Die Aktion startete Mitte Mai: Ein neues Gesicht betrat die Szene, Ruud Lubbers, der holländische Regierungschef, der zu dieser Zeit im EG-Ministerrat präsidierte. Vom Hotel Matignon, dem Amtssitz des französischen Premiers, wurde es so eingerichtet, daß Lubbers mit in der Präsidentenmaschine zum Weltwirtschaftsgipfel nach Tokio reiste. Mitterrand hatte während des Flugs sieben Stunden Zeit, seinen Gast für den „Butter-Krieg" zu gewinnen.

Als wenig später der neuseeländische Premier in Den Haag Station machte, erklärte Lubbers, die Gemeinschaft werde dem Butter-Veto Frankreichs nicht entgegentreten. Der Kontrakt, sonst alle zwei Jahre fällig, laufe somit Ende Juli aus. Plötzlich zeigte sich Wellington an Verhandlungen interessiert. Jetzt ging es nur noch darum, möglichst ehrenhaft aus der Affäre herauszukommen: Mittler zwischen Paris und Wellington wurde UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar. Drei von vier Problemen wurden sofort gelöst.

Der Entschuldigungs-Brief: Chirac erfüllte diese Bedingung, die sein Vorgänger Fabius abgelehnt hatte, ohne zu zögern.

Die Wiedergutmachung: Neun Millionen Dollar wollten die Neuseeländer, vier boten die Franzosen. Der Pérez-Vorschlag von sieben Millionen Dollar wurde schließlich akzeptiert.

Der „Butter-Krieg": Frankreich war bereit, auf ein Veto zu verzichten, allerdings nur bei Erfüllung von Punkt 4.

Der „Fall Turenge": David Lange sperrte sich gegen eine Freilassung. So bot Paris die Atoll-Lösung an, auf drei Jahre.

Vor Journalisten in Wellington verteidigte der neuseeländische Premier seine Zustimmung mit den Worten: „Hao ist nicht der Broadway, es gibt dort keine Touristen, keine Bars, keine Restaurants. Mururoa ist nicht weit, so können die Geheimagenten die radioaktive Strahlung hautnah erleben." 63 Prozent der Neuseeländer wollen dennoch von diesem „Kuhhandel" nichts wissen.

In Frankreich dagegen herrscht Erleichterung. Und Chirac hat mit sofortiger Wirkung den wirklichen Ehemann der Agentin Dominique Prieur abkommandieren lassen – nach Hao, auf das Atoll im Südpazifik.

Sie versenkten die „Rainbow Warrior": Alain Mafart, Dominique Prieur FOTOS: AP

Der Michel in kleiner Münze

Der Hamburger Michel, das Wahrzeichen der Hansestadt, wird 200 Jahre alt. Turm und Gotteshaus werden zum Jubiläum renoviert. Die Kosten soll teilweise der Erlös von 200 000 Gedenkmünzen decken, die im August aus dem Kupferdach des Turmes geprägt werden.

Von HERBERT SCHÜTTE

Als Ernst Georg Sonnin, der Baumeister von St. Michaelis, 1786 sein „Lebenswerk" vollendete, wurde der Turm wegen seiner 132 Meter Höhe, seiner Massivität und Schönheit sofort in ganz Europa bewundert – er war fortan das Wahrzeichen der Stadt. Hunderttausende von Besuchern kommen jedes Jahr in das riesige evangelische Barock-Gotteshaus oder fahren zum Turm hinauf. Viele Touristen – so erfuhr Hauptpastor Hans-Jürgen Quest – wundern sich, daß die Kirche „noch arbeitet", daß „der Michel eine wirkliche Kirche ist", nicht eine „Konzert-Kirche", in der höchstens bei besonders festlichen Anlässen auch Gottesdienste gehalten werden. Quest diagnostiziert bei den Hamburgern so etwas wie eine „Rückkehr zu den Kathedralen".

Nach dem Aderlaß durch zahlreiche neue Gemeinde-Gründungen in den Außenbezirken hat nach seiner Meinung eine Rückbesinnung eingesetzt. St. Michaelis ist heute die Kirche, in der man sich gern trauen oder sein Kind taufen läßt. Der Turm verhüllt zur Zeit sein Haupt – das Kupferdach und die Säulen der Aussichtsplattform werden erneuert. Die Kirche hat zudem Risse im Schiff, die so groß sind, daß Quest nach eigenen Worten seine „Hand durch die Mauern stecken kann".

Den Finanzbedarf für die Renovierung von Turm und Kirche schätzt Quest bis Ende der neunziger Jahre auf zehn Millionen Mark. Die ganze Offenlegung der Schäden und das vollständige Renovierungs-Programm wäre ohne den Eingriff eines fernen Helfers nicht zustande gekommen. Er ist der große Unbekannte, den bisher nur ein Mitglied des Kirchenamtes, der Leiter der Bauabteilung, Cornelius Nissle, gesehen hat.

Quest hat die Existenz dieses ehemaligen Hamburger Bürgers nur auf dem Kirchenkonto festgestellt: Vier Millionen Mark gingen dort ein. Die Dankesgabe eines Menschen, der den Wunsch geäußert hat, daß das Inkognito erst nach seinem Tode gelüftet werden soll. Er teilte lediglich mit, daß er in dieser Kirche eine „wegweisende Ausrichtung für sein Leben" erfahren habe. Quest hofft dennoch, daß der großzügige Geber den Schleier der Anonymität noch freiwillig zerreißt: Er hat den Millionen-Spender zum Turm-Jubiläum am 31. Oktober eingeladen. „Ich vermute, er ist ein Mann von Ende sechzig", meint der Hauptpastor.

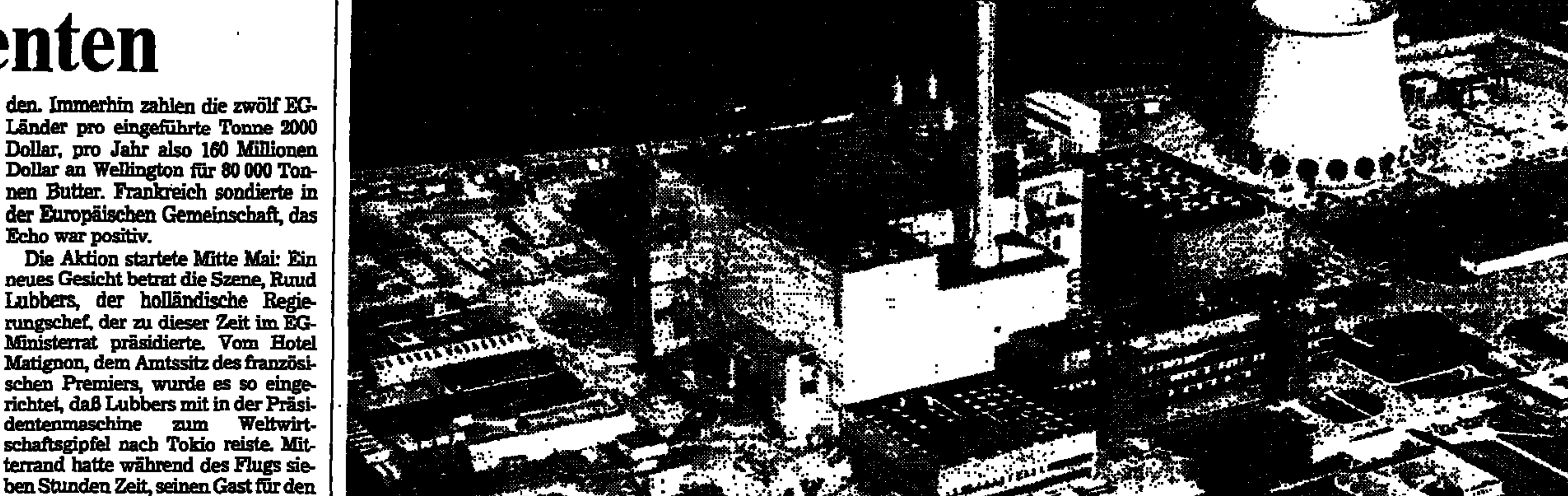
Bei dem Jubiläums-Festakt werden Bischof Peter Krusche und Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) über ein Thema sprechen, das im letzten Jahr intensiv von der EKD-Synode beraten worden war: „Das Verhältnis von Staat und Kirche in der Demokratie". Einen Tag später verkünden europäische Türmer Gottes Lob vom Balkon des Rathauses: Zum „Tag der Türmer" kommen Bläser aus ganz Europa, von Basel bis Krakau und von Dresden bis Straßburg, um mit Chorälen diesen Festtag zu begehen.

Geblasen wird noch heute. Zweimal täglich richtet der Türmer Hans-Heinrich Fiedler seine Trompete in alle vier Himmelsrichtungen. Inzwischen ist dieser Choral sogar ein Termin für Touristenbusse geworden, die sich um den Michel postieren. Die Hauptkirche – zu der vor hundert Jahren 60 000 Gemeinde-Mitglieder gehörten, heute sind es nur noch 7000 – hat nach Quests Worten eine „Wächter-Funktion" in der Hansestadt; es gibt einen „Michel-Mythos", der sich volkstümlich in Seemannsliedern und Schlagern ausdrückt.

Jeden Sonntag kommen im Schnitt 500 Besucher zum Gottesdienst, an Festtagen sind es zwischen 1200 und 2000. Nirgendwo sonst in der „heidnischen Hochburg" Hamburg lauschen so viele Menschen der Botschaft. Über 18 Jahre predigte hier Helmut Thielicke, jedesmal war St. Michaelis voll besetzt.



Zwanzig Mark wird die Michel-Kupfermünze kosten, die den Baumeister Sonnin und sein Werk zeigt FOTO: DIE WELT



Der „Schnelle Brüter" bei Kalkar: Rund tausend Menschen arbeiten hier zur Zeit und fürchten, daß die Anlage zu einer gigantischen Ruine wird FOTO: BERND KRUG, Freigabe RP Karlsruhe Nr 216/784

„Das gibt hier eine Katastrophe"

Der „Schnelle Brüter" in Kalkar ist so gut wie fertig. Doch die Landesregierung in Düsseldorf hält ihn nicht für sicher genug und will das Projekt zu den Akten legen. Daß dreizehn Jahre Arbeit und Investitionen von fast sieben Milliarden Mark umsonst gewesen sein sollen – das will man in Kalkar nicht glauben.

Von WALTER H. RUEB

Auf einer Kommode neben dem Schreibtisch des Stadtdirektors steht eine Steinplastik, darunter eine Inschrift: „Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen." Kalkars Verwaltungschef Rainer Jürgenliemk kann eine Aufmunterung durchaus gebrauchen.

„Wenn der Brüter nicht in Betrieb geht, gibt es hier eine Katastrophe", befürchtet er. „Schon jetzt spüren wir wirtschaftliche Auswirkungen. Der Personalabbau drüben belastet den Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt, Einzelhandel sowie Hotels und Gaststätten melden Umsatzeinbußen. Wenn das Aus kommt, verliert Kalkar seinen größten Gewerbesteuerzahler und den zweitgrößten Arbeitgeber. Dann fehlen uns 1,2 Millionen Mark Gewerbesteuern und 15 Millionen Mark gehen an Kaufkraft verloren."

Das niederrheinische Städtchen – 11 000 Einwohner, Zuckerrübenfabrik, Versandschlachthof, Landwirtschaft, ein bißchen Mittelstand und rund 1000 Mann von Bundeswehr und US-Army – knüpft seine Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse an den Schnellen Brüter. „Wir schleppen in unserem Gemeindehaushalt Jahr für Jahr ein Defizit mit. Zur Zeit beträgt es vier Millionen", sagt der Stadtdirektor.

Wassergräben, Betonmauern, Metallzäune und Stacheldraht mußten jahrelang den Koloß von Kalkar vor Demonstranten schützen, Hundertschaften der Polizei verwandelten die niederrheinische Idylle in ein Heerlager. Die Abwendung der SPD-Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag von der Technologie des Schnellen Brüters und die drohende Verweigerung der Genehmigung zum Einlagern der Brennelemente sowie zum Beladen des Reaktors haben die Situation völlig verändert: Jetzt sind jene empört, verunsichert, haben Zukunftsangst, die in 13jähriger Arbeit den Schnellen Brüter fast betriebsbereit erstellt haben.

Oberbauleiter Harald Burchardt (47) von der Internationalen Natrium Brutreaktor-Baugesellschaft (INB) grollt: „Eine technisch motivierte Nicht-Inbetriebnahme wäre ja noch akzeptabel, eine politische jedoch nicht." Er verbrachte sein ganzes Berufsleben auf Baustellen von Kernenergie-Anlagen, baute das Atomkraftwerk Neckarwestheim bei Heilbronn und ein holländisches in Borssele/Zeeland. Seit neun Jahren lebt er mit Familie unweit der Mammut-Baustelle von Kalkar. „Der Generalunternehmer INB baut die Anlage schlüsselfertig und übergibt sie dem Betreiber", sagt Burchardt. „1983 standen auf unseren Lohn- und Gehaltslisten über 3000 Leute, Ende 1985 war mit 1100 Beschäftigten der Tiefstand erreicht. Im Frühjahr dieses Jahres nahm die Beschäftigtenzahl wieder auf 1700 zu, in den vergangenen zwei Monaten sank diese schlagartig ab. Zur Zeit liegt sie bei 500. Zusammen mit den Beschäftigten der Betreiber-Gesellschaft sowie einiger Privatfirmen verdienen hier rund 1000 Menschen ihr Brot."

Die Abnahme der Zahl der Kraftwerksbauer hat indessen nicht allein politische Gründe. „Es hängt auch mit dem fortgeschrittenen Stand der Bauarbeiten zusammen", erklärt der Oberbauleiter. „Vor Tschernobyl glaubten wir noch, Mitte 1986 eine Betriebsgenehmigung zu bekommen ... Als sich diese Hoffnung nach der Katastrophe als unrealistisch erwies, verminderte sich der Termindruck bei den Restarbeiten und damit die Zahl der eingesetzten Beschäftigten."

Was diese Mitarbeiter über sich, ihre Arbeit und ihr Werk täglich in Radio und Fernsehen hören und in Zeitungen lesen müßten, sei frustrierend und raube vielen jegliche Motivation, sagt Burchardt. „Es ist ungerecht, wie hervorragende Fachleute abqualifiziert werden. Viele sind total verunsichert. Am schlimmsten tönt es aus dem WDR. Er wird hier nur westdeutscher Rotfunk genannt ... Trotz allem aber geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die Beschlüsse des Landtages von Düsseldorf im Papierkorb landen – schließlich ist das Atomgesetz Bundesgesetz."

Ähnlich äußert sich der 32jährige Johannes Truttmann. „Die Landesregierung treibt mit uns ein Katz- und Maus-Spiel, kommt stets mit neuen Forderungen und Auflagen in Sachen Sicherheit ... Doch ich hoffe auf einen Sieg der Bonner Regierungskoalition bei den Wahlen im Januar – obwohl ich SPD-Mitglied bin."

Der blonde Diplomingenieur der Informatik glaubte an berufliches Glück, als er vor dreieinhalb Jahren an den Niederrhein zog, ein Haus kaufte und in Kalkar bei der INB anheuerte. Er lächelt gequält und verrät: „Wir haben ein Kind, im August kommt das zweite. Doch unsere Zukunft ist ungewiß. Aber ich bin zum Kampf entschlossen. Deshalb trat ich vor kurzer Zeit in die SPD ein. Man kann doch nicht alles widerspruchslos hinnehmen und akzeptieren, daß Lehrer und Sozialarbeiter in der Partei die Weichen stellen für Gesetze, die die technische Welt betreffen."

Nicht Zukunftsangst, sondern Verärgerung bestimmt die Einstellung von Ingenieur Herbert Franke. Der Vierzigjährige wechselte 1985 vom stillgelegten Versuch-Atomkraftwerk Kahl bei Hanau nach Kalkar, überredete seine Schwiegereltern, aus Bremerhaven wegzuziehen und mit ihm zusammen am Niederrhein ein Haus zu kaufen. „Die Ungewißheit ist groß", stellt der bärtige Mann, Vater von zwei Kindern, fest. „Bis jetzt aber bereitet mir die gegenwärtige Situation keine schlaflosen Nächte. Doch selbst als SPD-Wähler vermag ich der Energiepolitik der Partei nicht zu folgen." Angst um den Arbeitsplatz habe er nicht. „Aber ich will nicht ständig meinen Standort wechseln – sonst hätte ich mir ja gleich einen Wohnwagen kaufen können."

Franke gehört der Schnell-Brüter-Kernkraftwerks-Gesellschaft mbH (SBK) an. „Wir beschäftigen hier knapp 300 Personen", gibt Kraftwerksdirektor Werner Koop Auskunft. „Es ist bedrückend, daß wir den Mitarbeitern nicht sagen können, wie es weitergeht ... Fest steht im Moment nur dies: Düsseldorf will uns aushungern ... Doch wir zählen auf Bonn. Zuschüsse sind bereits zugesagt. Wir hoffen zu überleben."

Der 50jährige Diplomingenieur ist guten Mutes. „Ich habe mein ganzes Leben auf diese Technik aufgebaut", erzählt er. „1955 machte ich Abitur – zu der Zeit, als Amerikas Präsident Eisenhower die Losung ‚Atom for Peace' ausgab ... Ende der 60er Jahre arbeitete ich im Kernforschungszentrum Karlsruhe, ein paar Türen vom jetzt ermordeten Siemens-Manager Beckurts entfernt ... Seit 1978 bin ich Bürger von Kalkar. Niemals erlebte ich Anfeindungen. Die Kinder haben hier Abitur gemacht, ich gehe mit dem Stadtdirektor, Apotheker, Schulleiter kegeln. Im Herbst 1985 habe ich ein Grundstück gekauft. Darauf will ich bauen. Ich vertraue darauf, daß wir im Januar 1987 gut über die Wahlhürde kommen."

So optimistisch wie sein Chef ist der 41jährige Maschinenbaumeister und stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Karl Haskes nicht. „Niemand weiß, wie es ausgeht", sagt Haskes. „Von der Belegschaft sind nur 14 Mann in der ÖTV. Wir fühlen uns durch die Gewerkschaft nicht gut vertreten. Die meisten Mitarbeiter können nur auf die Inbetriebnahme des Brüters hoffen. Wir leben seit Jahren in großer Ungewißheit – von Wahl zu Wahl. Oft ist es fast unerträglich."

Freudlos stapft Haskes, Hausbesitzer im nahen Goch, Vater von drei Kindern und überzeugter Gewerkschafter, über das weite Gelände des Atomkraftwerks. Auf Schritt und Tritt begegnet man Maurern, Malern, Elektrikern, Installateuren. Sie legen in der „Festung" letzte Hand an. Aus dem 90 Meter hohen Schornstein aber steigt kein Rauch. Am meisten Betrieb herrscht in der Werkschutzabteilung am Eingang, denn der Andrang ist in diesen Tagen groß.

Einsatzbereit ist auch die Werkfeuerwehr. Leo Kösters (40) ist ihr Chef. Er ist in der Gegend geboren und aufgewachsen. Er schimpft: „Die heftigsten Gegner der Kernenergie sind jene, die von weit her kommen." Sein Stellvertreter Michael Kleineberg (36) wechselte aus dem nahen Rees nach Kalkar. „Vorher war ich Kfz-Meister", sagt der Vater von vier Kindern. „Ich kam in der Hoffnung hierher, die Zukunft meiner Familie sichern zu können. Jetzt bekomme ich vielleicht Probleme bei der Abzahlung meines Hauses. Es empört mich, wie die Politiker mit uns umspringen."

André Arntz (24) ist der Benjamin der Werkfeuerwehr. Er ist ledig und will es vorerst auch bleiben. „Man weiß ja nicht, was kommt", sagt der gelernte Kfz-Mechaniker. „Ich würde mir gerne ein Haus kaufen und heiraten. Die gegenwärtige Lage aber hält mich davon ab, dies zu tun. Ich will noch etwas warten."

Am heftigsten kritisieren zwei Männer in weißen Kitteln den Sinneswandel der SPD in Düsseldorf. Maschinenbau-Ingenieur Ernst Grolle (42) empört sich: „Alles ist fertig, da kommt eine Partei daher und verweigert einer Anlage die Betriebsgenehmigung, die sicher ist wie keine andere." Sein 39jähriger Kollege Rainer Strauch, Bauleiter in der Starkstromtechnik, äußert seinen Unmut über die „fadenscheinige Begründung". Selbst wenn die Anlage am Ende doch noch in Betrieb gehe, sei der Kostenschub „durch die Verzögerung im Augenblick, wo nur noch das i-Tüpfelchen fehle, eine Sauerei".



Warten auf den Reaktorkern: Die Ingenieure Ernst Grolle (li.) und Rainer Strauch gewähren einen Blick in das Herz des Brüters. In dieses Reaktorgehäuse kommt – oder auch nicht – der atomare Brennstoff FOTO: RUEB

Das Engagement der beiden Techniker wird bei einem Rundgang durch das 40 Meter hohe, gegen Erdbeben und Flugzeugabstürze gesicherte Hauptgebäude spürbar. Sie kennen jeden Winkel, bewegen sich durch die Treppenhäuser, Räume, Schleusen und schließlich rund um den Rand des noch nicht beschickten Reaktors wie Gläubige in einer Kathedrale. Ihre Mienen sind ernst und scheinen die Sorge auszudrücken, daß das Werk als teuerste Bauruine oder als kostspieligstes Museum einer ungeliebten Technik in die Geschichte eingehen könnte.

Das befürchtet Kalkars Stadtdirektor Rainer Jürgenliemk nicht. „Ich glaube, daß nach den Bundestagswahlen 1987 eine für den Schnellen Brüter positive Entscheidung getroffen wird", sagt der Verwaltungschef. „Ich bin optimistisch, daß in Bonn die jetzigen Mehrheitsverhältnisse bestehen bleiben und daß von dort die Betriebsgenehmigung kommen wird."

Hochbegabte deutsche „Olympioniken“

P.F.R. Bonn

Bei den „Internationalen Schülerolympiaden“ schnitten die Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland gut ab. Im Fach Mathematik, an dem sich 210 Oberschüler aus 37 Ländern beteiligten, errang die deutsche Mannschaft mit zwei Gold- und vier Silbermedaillen in der Gesamtwertung Platz drei, hinter den USA und der UdSSR, die sich den ersten Platz punktgleich teilten. Sie verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um vier Ränge. In der „Chemieolympiade“ waren die Teilnehmer aus der Bundesrepublik mit einer Gold-, zwei Silber- und einer Bronzemedaille erfolgreich. Auch hier belegten sie Platz drei in der Mannschaftswertung, hinter Polen und den Niederlanden. Bei der „Physikolympiade“ gab es für die Deutschen drei Bronzemedaillen; das reichte in der Gesamtwertung für Platz fünf. Der Mathematik-Wettbewerb fand in Warschau statt, der Chemiewettstreit in Leiden/Niederlande, der Physik-Wettbewerb in Harrow/Großbritannien. Auf einem Empfang für die „Olympioniken“ im Bundesbildungsministerium betonte Ministerin Dorothee Wilms, die Gesellschaft könne es sich nicht leisten, über der Breitenbildung die Hochbegabten zu vernachlässigen. Man müsse „auf diesem Weg weiter konsequent fortschreiten“.

Bevölkerungszahl der „DDR“ sinkt

dpa, Berlin

Die Zahl der „DDR“-Bürger ist auch im vergangenen Jahr trotz verstärkter staatlicher sozialpolitischer Vergünstigungen weiter gesunken. Sie hat sich im Vergleich zu 1984 um knapp 20 000 auf 16,64 Millionen Menschen verringert. Ein Grund für diese Entwicklung ist die Ausreisebewegung in den Westen. Die gestern vom Informationsbüro West (IWE) in Berlin veröffentlichten Zahlen beruhen auf offiziellen statistischen Angaben aus Ost-Berlin.

1985 beantragten fast 25 000 „DDR“-Bürger die Aufnahme in der Bundesrepublik, im Jahr zuvor sogar 41 000. Insgesamt wurden 1985 in der „DDR“ 227 648 Geburten und 225 362 Sterbefälle registriert.

„DDR“-Bevölkerungswissenschaftler rechnen nach Angaben von IWE trotz staatlicher Maßnahmen wie finanzieller Vergünstigungen für Mütter und Familien mit einem weiteren Rückgang der Einwohnerzahl in den kommenden Jahren. Vergleichsweise niedrigen Geburtenraten stehe eine steigende Überalterung entgegen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Stuttgart will gegen Schlepper von Asylbewerbern hart durchgreifen

Polizei bildet Ermittlungsgruppen / Innenminister Schlee fordert schärfere Gesetze

HARALD GÜNTER, Stuttgart

In der Tätigkeit professioneller Schlepperorganisationen sieht Baden-Württembergs Innenminister Dietmar Schlee (CDU) „eine der Hauptursachen für den vermehrten Mißbrauch des Asylrechts“. Gegenüber der WELT forderte Schlee daher gestern ein „konsequenteres Vorgehen“ gegen das Schlepperunwesen. Baden-Württemberg habe inzwischen an verschiedenen Brennpunkten im Großraum Stuttgart sowie in den Gebieten um Manheim und Karlsruhe spezielle Ermittlungsgruppen der Polizei gebildet. Außerdem sollen im grenznahen Bereich Schwerpunktkontrollen in Zusammenarbeit mit dem Zoll, dem Bundesgrenzschutz und den zuständigen Ausländerbehörden vorgenommen werden, um professionellen Schleppern das Handwerk zu legen.

Kontrollen auf Baustellen und bei Erntearbeitern

Das polizeiliche Interesse gilt dabei nicht nur dem Grenzverkehr von Asylbewerbern. Auch der Einschleusung illegaler Arbeitskräfte will Schlee auf diesem Weg begegnen. So sollen die Ermittlungsgruppen, deren Zahl und Standort geheim gehalten werden, systematisch Baustellen, Erntebetriebe und Transportunternehmen kontrollieren. In einem Fall wurden sie inzwischen fündig. So hatte eine Schlepperorganisation einem Unternehmen im Kreis Schwäbisch Hall elf Jugoslawen als Erntehelfer vermittelt, die gegen einen Stundenlohn von 3,50 Mark als Schwarzarbeiter beschäftigt wurden. Später kamen noch 13 Polen dazu. Streitigkeiten zwischen den Arbeitertrupps begünstigten die Aufdeckung dieser Art von Menschenhandel, der laut Schlee „unserer Volkswirtschaft großen Schaden zufügt“.

Ein Hindernis bei der Bekämpfung des Schleuser- und Schlepperunwesens sieht Baden-Württembergs Innenminister in den „unzureichenden Strafbestimmungen“. So scheitere die Beweisführung häufig, weil nicht zu belegen sei, daß der Schlepper für seine Dienste bezahlt wurde. Schlee begrüßte ausdrücklich Pläne der Bonner Koalitionsfraktionen, wonach die Einschleusung von Asylbewerbern oder illegalen Arbeitskräften unabhängig von etwaigen Vermögensvorteilen unter Strafe gestellt werden sollten.

Unterdessen spitzt sich auch in Baden-Württemberg das Asylantenproblem zu. Konsequenz: Alle Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern werden zwischen September und Dezember per Zwangszuweisung noch einmal rund 5000 Asylbewerber aufnehmen müssen. Somit erhöht sich deren Aufnahmequote von bisher 2,9 auf 3,7 Asylbewerber pro tausend Einwohner. Im Jahr darauf trifft es dann auch die kleineren Orte. So will die Landesregierung unmittelbar nach der Sommerpause eine Änderung des bisherigen Zuweisungsgesetzes beschließen, die darauf hinausläuft, vom 1. Januar 1987 an, grundsätzlich alle Gemeinden zur Aufnahme von Asylbewerbern zu verpflichten.

Insgesamt sind in den letzten zehn bis zwölf Monaten rund 11 000 Asylbewerber auf die Kommunen verteilt worden. Viele, darunter auch Großstädte wie Stuttgart, sind an der Grenze ihrer Möglichkeiten angelangt.

66 Millionen Mark im Jahr 1985 für Asylanten

Deshalb bemüht sich die Landesregierung neuerdings wieder um einen Ausbau ihres Netzes staatlicher Sammelunterkünfte. Bisher unterhält das Land 22 Heime mit rund 4400 Wohnplätzen. Drei weitere Sammellager mit zusammen 190 Plätzen stehen unter der Obhut der Caritas.

Alles in allem beherbergt Baden-Württemberg derzeit über 100 000 politische Flüchtlinge oder Asylbewerber. 6510 Neuzugänge verzeichnete das Stuttgarter Innenministerium allein in der ersten Hälfte 1986. Das sind 40 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die damit verbundenen Kosten sind enorm: 1985 mußte das Land für Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber insgesamt gut 66 Millionen Mark aufbringen. Dieser Ausgabenposten wird im laufenden Jahr deutlich ansteigen, nachdem das Kabinett Späth im März beschlossen hatte, den Städten und Gemeinden weitere Soziallasten bei der Versorgung der ihnen zugewiesenen Asylbewerber abzunehmen.

Kohl-Plädoyer für Zeitungs-Vielfalt

dpa, Bonn

Die Vielfalt der deutschen Zeitungslandschaft zu erhalten, ist nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl vorrangiges medienpolitisches Ziel der Bundesregierung. In einem Gespräch mit dem Präsidium des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger betonte der Kanzler die besondere Bedeutung der mittleren und kleinen Presseunternehmen. Einigkeit bestand darin, daß es den Zeitungsverlagen ermöglicht werden müsse, sich im Hörfunk und Fernsehen zu betätigen. Dies sei angesichts der immer größeren Bedeutung der Funkmedien unerläßlich, denn nur so könnten die wirtschaftliche Grundlage und somit die publizistische Unabhängigkeit der Verlage gewahrt werden. Dieser Grundsatz müsse auch für die notwendigen europäischen Regelungen gelten.

„Haltung zu Hupka wirkt auf die Wahl“

dpa, Bonn

Mit „Bestürzung und Empörung“ hat die Landsmannschaft Schlesien darauf reagiert, daß ihrem Vorsitzenden Herbert Hupka von der nordrhein-westfälischen CDU kein sicherer Listenplatz für die Bundestagswahl im Januar 1987 gegeben wurde. Die „Verbitterung“ unter den Schlesiern und unter Mitbürgern, die sich um die Zukunft ganz Deutschlands sorgten, werde sich im Wahlverhalten niederschlagen. Die CDU müsse wissen, ob sie die Wahl verlieren, oder für alle Gruppen des Volkes und zugleich in nationaler Verantwortung für ganz Deutschland handeln wolle. Trotz Fürsprache des Bundeskanzlers war Hupka in der NRW-Landesliste nur der aussichtslose Platz 44 zugesprochen worden. Den lehnte er ab. Nun wird versucht, ihn über die niedersächsische Landesliste abzusichern.

„DDR“: Kurznotiz zum Fall Meißner

AP, Berlin

Ohne jegliche Hinweise auf die Hintergründe der Affäre Meißner haben die Zeitungen der „DDR“ in einer nur wenige Zeilen umfassenden Notiz über die Rückkehr des Wirtschaftsprofessors berichtet. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlichte auf der zweiten Seite eine knappe Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur ADN, wonach Meinßner „entsprechend dem Ersuchen der DDR auf ungehinderte Rückkehr seit Montag nachmittag wieder in der Deutschen Demokratischen Republik“ ist. Meißner war nach sechstägigem Aufenthalt in der Bonner Vertretung der „DDR“ nach Ost-Berlin zurückgekehrt. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hatte aus „öffentlichem Interesse“ auf die weitere Strafverfolgung des mutmaßlichen Spions verzichtet.

Frau Wilms lobt Hamburger ABM-Modell

hs. Hamburg

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms, in ihrer Freizeit Hochgebirgswanderin, begab sich in Hamburg auf den schwankenden Boden eines Wohnschiffs: Ein neuartiges Projekt des Vereins „Jugend in Arbeit“ kombiniert Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf einer kleinen Werft und die Vermittlung von Bildung. Die zwanzig bisher arbeitslosen Jugendlichen, die 24 Stunden in der Woche das ehemalige und bereits unter Denkmalschutz stehende Fahrgastschiff „Stadt Kiel“ so weit herrichten, daß es im nächsten Jahr als Museumsschiff Richtung Kieler Förde auslaufen kann, erhalten zusätzlich 16 Wochenstunden als Bildungsangebot auf dem Wohnschiff. Die Löhne zahlt die Bundesanstalt für Arbeit.

Arbeitstugenden als Ziel

Frau Wilms befand sich bei der Begutachtung dieses Modells trotz leicht schaukelnder Schiffsplanken auf dem festen Boden der bildungspolitischen Grundsätze der Bundesregierung. Und die lauten: „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen machen nur Sinn, wenn sie zur Qualifikation führen.“ Für sie sei es „ganz wichtig“, so betonte die CDU-Politikerin bei ihrem Hafen-Ausflug, „wenn die jungen Leute ohne Arbeit auf diesem Wege wieder ein paar Arbeitstugenden lernen.“ Die in Hamburg demonstrierte Koppelung von ABM und Qualifizierung sei bundesweit vorbildlich. Hamburgs CDU-Fraktionsvorsitzender Hartmut Perschau assistierte: „Diese Initiative ist auch sozialtherapeutisch von Bedeutung, weil sie jungen Menschen, die nach Jahren ohne Arbeit sozial abzurutschen drohen, eine Perspektive bietet“.

In Hamburg hat die Jugendarbeitslosigkeit die Marke von 16 Prozent erreicht – gegenüber sechs Prozent im Bundesdurchschnitt. 70 Prozent dieser Jugendlichen ohne Beschäftigung haben nach Perschaus Ermittlungen keinen Hauptschulabschluß. Die Bonner Bildungsministerin nahm den Ortstermin bei arbeitslosen jungen Menschen zum Anlaß, mehr Flexibilität und Mobilität zu fordern. So gäbe es zahlreiche Berufe mit freien Ausbildungsplätzen, so etwa auf dem Bausektor, bei Fleischern, Konditoren und Bäckern. Vor allem junge Mädchen nutzen in der Praxis noch zu wenig die Ausbildungsmöglichkeiten. Frau Wilms betonte: „Von den rund 430 anerkannten Ausbildungsberufen sind lediglich 30 aufgrund gesetzlicher Bestimmungen für Frauen nicht zugänglich.“

Bonn: Aussagen von Jochimsen sind unklar

„Diskrepanzen“ bei Erklärungen zum Schnellen Brüter

ARNULF GOSCH, Bonn

Die öffentlichen Presseerklärungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Reimut Jochimsen (SPD) vom Montag, wonach er keine Betriebsgenehmigung für das 6,5 Milliarden Mark teure Projekt des Schnellen Brüters SNR 300 in Kalkar erteilen kann, sind von den zuständigen Bonner Ressorts gelassen aufgenommen worden. Sowohl das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als auch das Bundesforschungsministerium betonten gegenüber der WELT, daß Jochimsen im Gegensatz zu seinen öffentlichen Äußerungen keineswegs eine definitive Entscheidung gegen Kalkar getroffen habe. Daher bestehe auch kein Grund, in formalrechtliche Überlegungen einzutreten.

Besonders verwundert zeigte sich das Bundesforschungsministerium über die „deutliche Diskrepanz“ zwischen Jochimsens mündlichen Erklärungen vor der Presse und einem Schreiben an Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU). Danach hält es Jochimsen „in Übereinstimmung mit dem Antragsteller ... für geboten, daß alsbald in einem Grundsatzgespräch beim nordrhein-westfälischen Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie über die Folgerungen aus diesem Sachstand (des Genehmigungsverfahrens) gesprochen wird, dem sich ein Gespräch zwischen uns anschließen sollte“.

Schreiben an Wallmann

Gleichlautende Schreiben sind im übrigen an Bundesumweltminister Walter Wallmann, an RWE-Chef Franz Josef Spalthoff und an KWU-Chef Klaus Barthelt gegangen.

Zur Unterrichtung legte Jochimsen ein umfangreiches Schreiben an den Antragsteller (Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH in Essen) bei, das den Stand des Genehmigungsverfahrens wiedergibt. Dieses Schreiben, so ein Sprecher des BMFT, bedürfe der sorgfältigen Prüfung. Erst danach lasse sich sagen, ob Jochimsens Presseerklärungen lediglich als Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen zu werten oder ob in der Tat sachlich begründete Sicherheitsrisiken zu befürchten seien. Zu Gesprächen sei das Bundesforschungsministerium grundsätzlich immer bereit.

Gespräche erwünscht

Anläßlich der Erläuterung des SPD-Energiebeiratsbeschlusses zur Novellierung des Atomgesetzes wiederholte Jochimsen gestern vor der Presse in Bonn seine Einschätzungen zum Schnellen Brüter. Gleichwohl räumte der Minister ein, daß das förmliche Genehmigungsverfahren mit der von ihm gezogenen „Zwischenbilanz“ noch nicht beendet sei, sondern ordnungsgemäß abgewickelt werde. Es müsse also noch ein Grundsatzgespräch folgen. Trotzdem blieb Jochimsen dabei, daß eine Betriebsgenehmigung derzeit und auf absehbare Zeit mit Sicherheit nicht erreichbar sei. Im übrigen sei auch den Bonner Ressorts der „deplorable Zustand“ des Kalkarer Projekts seit langem bekannt.

Der Energiebeirat beim SPD-Parteivorstand hat am 18. Juli eine Novellierung des Atomgesetzes beschlossen, wonach sein Förderzweck künftig entfallen müsse. Energiewirtschaftlich genutzte atomtechnische Anlagen sollen nur noch für eine „unabänderlich notwendige“ Übergangszeit betrieben werden. Bau- und Betriebsgenehmigungen für weitere Atomkraftwerke soll es nicht mehr geben. Die Wiederaufarbeitung wird untersagt und auf eine wirtschaftliche Nutzung des Plutoniums verzichtet. Die Haftung der Atomkraftwerksbetreiber soll künftig unbegrenzt sein und die Deckungsvorsorge von einer Milliarde auf zehn Milliarden Mark angehoben werden.

Biedenkopf attackiert Rau: SPD schiebt Recht beiseite

Entscheidung über Neue Heimat nennt er „Skandal“

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Professor Kurt Biedenkopf, hat gestern in Düsseldorf die SPD bezichtigt, sie schiebe „Recht und Gesetz beiseite, wenn es ihr in den politischen Kram paßt.“ Er begründete seinen Vorwurf unter anderem mit der Entscheidung des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf, Hermann Strich, der Regionalgesellschaft Neue Heimat NRW ihre Gemeinnützigkeit nicht abzuerkennen.

Einen entsprechenden Antrag hatte die Oberfinanzdirektion gestellt. Die CDU erwarte nun, so erklärte Biedenkopf, daß die Behörde gegen diesen Bescheid klage. Den Vorgang nannte er einen „Skandal“.

Kritik an Jochimsen

In diese Kategorie falle auch die Entscheidung des Wirtschaftsministers Reimut Jochimsen, keine Teilerrichtungsgenehmigung für den Schnellen Brüter in Kalkar zu geben. Dies sei ein vordergründiges Manöver, der Bonner Bundesregierung den Schwarzen Peter zuzuschieben. Er begrüßte die Ankündigung des für Reaktorsicherheit zuständigen Bundesministers Walter Wallmann, die Vorlagen von Jochimsen sachlich zu prüfen. Er könne Wallmann nach einer positiven Prüfung nur empfehlen, von seinem Weisungsrecht Gebrauch zu machen. Es könne nicht angehen, daß die Wirtschaft im Vertrauen auf die Politik mehr als sechs Milliarden Mark umsonst investiert, zudem dürfe sich das Land nicht aus der Forschung zurückziehen. Bemerkenswert sei, daß der Ministerpräsident es vorziehe, eine politische Sommerreise durch die Bundesrepublik zu Wahlkampfzwecken zu machen, statt bei solchen Prioritätsentscheidungen dabei zu sein. Es verstärke sich sein Eindruck, daß Johannes Rau immer mehr zum Grüß-Gott-August werde.

Die CDU werde in dem kommenden Wahlkampf deutlich machen, daß Johannes Rau und seine SPD-Regierung nicht imstande sind, die Kräfte und Leistungen der Bürger zu aktivieren. Das Konzept der SPD, Rau gegen Bundeskanzler Helmut Kohl in eine personalisierte Auseinandersetzung zu stellen, sei schon jetzt gescheitert. Die Sozialdemokraten ließen sich nicht – wie es Helmut Schmidt noch 1980 geschafft habe – disziplinieren, weil ih. Spitzenkandidat keine politischen Positionen beziehe. „Wir können von Rau nicht erfahren, was er will, also fragen wir die SPD,“ sagte Biedenkopf.

„Zweifel der SPD am Sieg“

Es sei bezeichnend, daß die SPD es nötig habe, so kurz vor einer entscheidenden Wahl ihr eigenes Grundsatzprogramm neu definieren zu wollen. Dies zeuge davon, daß die Sozialdemokraten selbst nicht an einen Sieg mit absoluter Mehrheit glaubten.

Bayerns Polizei befürchtet einen „heißen Sommer“

Bereits 24 Brandanschläge gegen Banken und Firmen / An Wackersdorf beteiligte Firmen auf „schwarzer Liste“

PETER SCHMALZ, München

Bayerische Sicherheitsbehörden sind besorgt über die zunehmende Zahl von Brandanschlägen, die meist in einem erkennbaren oder unmittelbaren Zusammenhang mit dem Bau der Wiederaufarbeitungsanlage stehen. „Wir müssen befürchten, daß militante Atomgegner einen heißen Sommer entfachen wollen“, meinte Innenstaatssekretär Heinz Rosenbauer gestern gegenüber der WELT. Allein auf Firmen, die am Bau der WAA beteiligt sind, wurden in den vergangenen zwei Monaten 24 Anschläge mit Brandsätzen oder Molotow-Cocktails verübt. Beim schwersten auf ein Schwandorfer Betonlieferwerk in der Nacht zum Montag wurde ein Schaden von drei Millionen Mark verursacht.

Noch ist nicht geklärt, ob auch die beiden Anschläge in der gestrigen Nacht politisch motiviert sind. „Wir ermitteln aber auch in dieser Richtung“, erklärte ein Polizeisprecher gestern. Unbekannte Täter hatten gegen 2.25 Uhr in Bayreuth ein Nebengebäude des Festspielhauses angegriffen: Sie schleuderten einen Molotow-Cocktail zum geöffneten Fenster der Damengarderobe im ersten Stock, der Brandsatz zersplitterte jedoch am Fenstersims und setzte lediglich einen Teil der Fassade in Brand. Wachmänner erstickten die Flammen mit Handfeuerlöschern, die Täter entkamen unerkannt. Der Schaden wird auf 3000 Mark geschätzt.

Ein weit höherer Schaden von rund 100 000 Mark entstand beim zweiten Anschlag in dieser Nacht: Unbekannte schlugen kurz nach Mitternacht im Münchner Nordosten mehrere Scheiben einer Filiale der Deutschen Bank ein und warfen drei Plastikkanister mit brennbarer Flüssigkeit in die Räume.

Politische Bekenntnisse der Täter liegen nicht vor, doch zumindest beim Anschlag auf das Schwandorfer Unternehmen Transport-Beton GmbH, bei dem an sieben Stellen Feuer gelegt wurde, ist der polit-radikale Hintergrund erkennbar. Die Firma steht mit weiteren 25 Unternehmen, die Aufträge zum Bau der WAA erhalten haben, auf einer von Kernkraftgegnern erstellten „schwarzen Liste“, die als Handzettel verteilt wird und in Nummer sieben der Anti-Atom-Postille „Radi Aktiv“ abgedruckt ist.

Dieses Heft, herausgegeben von der Landeskonferenz der Bürgerinitiativen, die sich für gewaltsamen Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage ausspricht, veröffentlichte neben dieser Liste einen Beitrag, in dem es heißt: „Sämtlichen Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn.“

Als die Zeitschrift daraufhin wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten“ beschlagnahmt wurde, fand „Radi Aktiv“ einen bemerkenswerten Fürsprecher: Der „Bayernanzeiger“, das Organ der „Jungen Presse Bayern“, die als Untermieter beim Bayerischen Jugendring, dem Dachverband aller Jugendorganisationen, sitzt, entschuldigte die Textpassage und schrieb: „Unter den ‚verschiedensten Mitteln‘ verstand die Autorin Boykottaufrufe, Rundbriefe an Firmen und ähnliches, nicht jedoch Brand- und Sprengstoffanschläge, wie es der Staatsanwalt vermutet.“

Schweden und Dänemark nahmen schon Abschied von liberalen Asyl-Gesetzen

Geheimabkommen mit der „DDR“ / Es gilt die Faustregel: Zurück in das erste sichere Land

G. MEHNER, Kopenhagen

Die Flucht vor Umstürzen, Unruhen, Kriegen spülte im vergangenen Jahr eine Rekordwelle von Asylbewerbern nach Skandinavien: Schweden zählte 14 000 Flüchtlinge, Dänemark 6600. Im Vergleich zu Anfang der 80er Jahre war dies eine Verdoppelung. Doch so wie Aufnahme- und Integrationsfähigkeit von den Bewerberfluten überstiegen wurden, haben beide Länder von ihren äußerst liberalen Haltungen Abschied genommen und kanalisieren ihre Gastfreundschaft jetzt sehr gezielt.

In dem Maße, wie die Beschäftigungsmöglichkeiten im eigenen Land sich verschlechterten, hat Schweden seine Flüchtlingspolitik internationalisiert: 1985 wurde etwa das UNO-Flüchtlingskommissariat mit 450 Millionen Kronen unterstützt. Spenden gingen auch an andere in diesem Bereich tätige Organisationen. Außerdem verpflichteten sich die Nordländer, jährlich 1250 „Quotenflüchtlinge“, also solche aus den Lagern der UNO aufzunehmen. Diese Quote ist nicht zementiert. 1980 bot Schweden über 4000 „Boat People“ eine neue Heimat.

Fluchtpunkt Trelleborg

Schwierigkeiten hat Schweden vor allem mit den sogenannten „Spontanflüchtlingen“: das sind solche, die sich mit Sack und Pack entschieden selbst um politisches Asyl bemühen. Deren Zahl hat sich in den 80er Jahren verfünffacht. Ihr Zug gen Norden führte fast ausschließlich über Ost-Berlin nach Saßnitz und von dort mit der Fähre nach Trelleborg. Die Mehrzahl dieser Flüchtlinge stammt aus dem Nahen Osten. Der Fluchtpunkt Trelleborg war bei den Flüchtlingen ausgesprochen „in“.

„Viele Flüchtlinge haben bei ihrer Ankunft keine Papiere mehr bei sich, um zu verschleiern, woher sie kommen,“ berichtet Jonas Widgren, Unterstaatssekretär für Flüchtlingsfragen. Dies führe zu Spekulationen darüber, in wie vielen Ländern die Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Schweden eigentlich schon gewesen sind. „An sich muß ein Flüchtling im ersten sicheren Land um Asyl nachsuchen,“ betont Widgren. Eine Vielzahl von Iran-Flüchtlingen, so vermuten die Schweden, hatte bereits von der Türkei Asyl erhalten. Die Lebensbedingungen in der Türkei seien jedoch hart, die Unterbringungsmöglichkeiten bescheiden. Trotzdem werden Iran-Flüchtlinge mit einem Zwischenstopp in der Türkei von den Schweden nur noch als „wirtschaftliche Flüchtlinge“ angesehen. Inzwischen ist es die Regel, daß Flüchtlinge in das erste asylgewährende Land zurückgeschickt werden.

Unter härtestem diplomatischen Druck und unter Androhung wirtschaftlicher Sanktionen hat Schweden die „DDR“ inzwischen dazu gebracht, daß auf der Fährverbindung Saßnitz–Trelleborg nur noch Asylsuchende mit einem gültigen schwedischen Transitvisum übergesetzt werden. Der eigentliche Inhalt dieser Absprache, die der ehemalige schwedische Verteidigungsminister Anders Thunborg im Dezember in Ost-Berlin aushandelte, wird geheimgehalten. Aber seitdem hat sich die Zahl der Asylbewerber in Schweden halbiert. Während im Januar/Februar 1985 noch 1090 Iraner ins Land kamen, waren es ein Jahr später nur noch 456. Im Vorfeld des kürzlichen Honecker-Besuches hatte Bonn Stockholm gebeten, bei einem analogen Arrangement zugunsten West-Berlins tätig zu werden.

Menschenschmuggel

Hinter der unverändert hohen Zahl von Iran-Flüchtlingen – von 409 Asylbewerbungen im Juni wurden allein 295 von Iranern gestellt – vermutet die schwedische Polizei gewerbliche Asylhelfer, die für Beträge zwischen 5000 und 30 000 Kronen falsche Papiere und Einreise-Know-how zur Verfügung stellen. Um diesen Menschenschmuggel zu stoppen, möchten die Schweden gerne auch im Ausland – vorzugsweise in Kopenhagen und Frankfurt – diese Helferlogistik aufbrechen.

Dänemark hat im ersten Halbjahr 2700 Flüchtlinge aufgenommen. Vor 12 Monaten waren es noch 3300. Zuflucht suchten vor allem Tamilen aus Sri Lanka, während noch vor Jahresfrist die Iraner vorne lagen. Im Augenblick betreut die dänische Flüchtlingshilfe 9300 Flüchtlinge. Vor allem die Unterbringung verursacht Reibungen. In den kleineren Städten kam es angesichts Arbeitslosenquoten von 8,5 Prozent schon zum Aufflackern von Fremdenhaß.

USA: Besuch in Lettland ändert Haltung nicht

cgs. Wien

Zum ersten Mal in der Geschichte der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wird eine Delegation der USA an einer Veranstaltung in der Sowjetrepublik Lettland teilnehmen. Mitte September findet eine „Chataqua“-Konferenz des Eisenhower-Instituts über das amerikanisch-sowjetische Verhältnis in Lielupe in Lettland statt. An der Konferenz wird unter anderem die ehemalige amerikanische UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick teilnehmen.

Damit durchbricht die US-Administration das bisher geltende Prinzip, keinerlei offizielle Vertretungen oder Delegationen in die baltischen Sowjetrepubliken zu entsenden. Die USA haben ebenso wie andere westliche Staaten die Annektion der baltischen Republiken durch die Sowjetunion 1940 nicht anerkannt. Die „Weltföderation der freien Letten“, die ihre geflüchteten und ausgewanderten Landsleute vertritt, befürchtet, daß die Anwesenheit offizieller amerikanischer Vertreter auf lettischem Boden von Moskau als Anerkennung der Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR interpretiert werden könnte.

Der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whitehead hat jedoch inzwischen in einem Brief einem lettischen Exilvertreter in den USA erklärt, die Völker Lettlands, Litauens und Estlands könnten sicher sein, daß die offizielle amerikanische Beteiligung an der Konferenz in keiner Weise die Washingtoner Politik der Nichtanerkennung schwächen oder verändern werde.

Die Zeit der alten Klischees vom Erbfeind Deutschland ist vorbei. Andere Probleme beherrschen Ideenwelt und Gestaltungswillen in der Vernunftehe zwischen Deutschen und Franzosen. Für den Herausgeber der Pariser Tageszeitung „Le Monde“ ist es vor allem das gemeinsame Gewicht Europas in der Welt.

Freundschaft mit Deutschland ist für Frankreich Ehrensache

Von ANDRE FONTAINE

Es ist, bei fast jeder Reise über den Rhein, dasselbe Erlebnis. Der Franzose, der beruflich in der einen oder anderen Weise mit internationalen Beziehungen zu tun hat, stellt immer wieder erstaunt fest: sein Land soll wie besessen sein von einer Furcht vor Deutschland. Gewiß, nicht jeder Zeitgenosse geht so weit wie Willy Brandt, der im Januar 1982 glaubte sagen zu müssen, die „französische Presse neigt dazu, Deutschland zum Sündenbock zu stempeln,“ und die Franzosen hätten „endlich mal die Gelegenheit, den Deutschen eins auszuwischen“. Diese Äußerungen waren um so ärgerlicher, als derselbe uns ein paar Jahre zuvor noch freundlich als „schlafende Hunde“ bezeichnet hatte.

Man sollte solche Worte nicht überbewerten. Immerhin, sie legen nah, daß die gewöhnlich maßvolle Haltung der französischen Presse in ihrer Berichterstattung über Deutschland angeblich abgrundtiefe Vorurteile und unheilvolle Ahnungen verbirgt, allesamt freilich in höchstem Maße ungerechtfertigt.

Was nun sollen wir so sehr fürchten? Wenn es nach einem Kollegen geht, der mich einmal in Tübingen im Anschluß an einen Vortrag interviewte, leben wir Franzosen in der „Angst vor der Wiedervereinigung“. Ich sehe noch seine großen Augen der Überraschung angesichts meines Erstaunens und seine Ungläubigkeit, als ich ihm antwortete, daß die meisten meiner Landsleute von solchen Ängsten keine Ahnung haben. In der Tat, sie bekümmert viel mehr das Problem der Arbeitslosigkeit oder die Gefahr des Terrorismus oder, ganz allgemein gesprochen, das Thema Unsicherheit in all seinen Varianten.

Hier und da findet man unter den Politikern, rechts und links, Leute, die sich für schlauer als alle anderen halten und zu allen möglichen intellektuellen Verrenkungen bereit sind, nur um alte Dämonen zu bannen, die angeblich wieder ihr Haupt erheben, um jene zu neuen Eroberungsträumen mitzureißen, die Gerhard Kiersch so unübertrefflich die „Erben von Goethe und Auschwitz“ nannte. Gewiß, es ist nicht leicht, gerade die, die am eigenen Leib oder in ihrer Familie Verfolgung und Verschleppung erlitten haben, jetzt aufzufordern, doch endlich all das zu vergessen. Andererseits sind es so oft gerade die Widerstandskämpfer gewesen, die als erste engagiert für die Versöhnung eintraten. Womit sie nur dem ersten unter ihnen folgten, denn de Gaulle sagte schon am Tag der Befreiung von Paris, im August 1944 zu Maurice Schumann: „Wenn Europa sich nicht vereint, ist es verloren.“ Die deutsch-französische Entente, so präzisierte der General, sei die Grundlage für die Einheit Europas, und noch wenige Tage vor seinem Rücktritt wiederholte er im Gespräch, wieder mit Schumann: „Es wird für Frankreich nie mehr wieder eine sinnvolle Außenpolitik geben, wenn es nicht an der Unumkehrbarkeit der deutsch-französischen Aussöhnung festhält“.

Es gibt zweifellos nur wenig Punkte, über die die Franzosen in ihrer Gesamtheit so sehr einer Meinung sind; sämtliche Umfragen belegen es und eine stellt sogar fest, daß sie auch einen Deutschen als Regierungschef eines geeinten Europa akzeptieren würden. Desgleichen haben die verschiedenen französischen Regierungen der letzten 35 Jahre es als Ehrensache empfunden, in diesem Punkt eine Kontinuität zu zeigen, die durch die Streitereien zwischen den Anhängern einer Föderation und denen eines Staatenbunds nie ernsthaft beeinträchtigt wurden.

Dieser politische Wille bedeutet nicht Vergessen. Die Erinnerung an die Verbrechen des Nazi-Regimes muß wachbleiben, damit den Menschen heute bewußt bleibt, wozu er fähig ist, wenn die Mechanik des Totalitarismus ihn erst einmal erfaßt hat und damit er weiterhin wie eine Pest all das meidet, was dem Geist der Tyrannei, der Intoleranz und des Rassismus auch nur entfernt ähnelt. Freilich, es muß auch daran erinnert werden, daß es nicht nur einen Völkermord gab, und daß Deutschland vor der zwölfjährigen Ausartung des Nazi-Regimes eine europäische Macht wie jede andere war – vielleicht noch mit der besonderen Note, daß es erst spät zum Nationalismus kam, den es übrigens, wie jedermann weiß oder wissen sollte, ebenso sehr Napoleon wie Bismarck verdankt.

Man muß Renans „Brief an Strauß“ wieder lesen, um sich die Faszination vorzustellen, die die deutsche Kultur im vergangenen Jahrhundert auf die französische Intelligentsia ausübte und um die große Enttäuschung zu ermessen, die diese



André Fontaine (Jahrgang 1922) gehört zu den renommiertesten Publizisten Frankreichs. Seit anderthalb Jahren steht er an der Spitze des Weltblatts. Wichtige Botschafterposten schlug er aus. Bei „Le Monde“ ist er seit 1947 tätig.

Intellektuellen durchlebten, als Preußen 1870 Frankreich angriff. Erst ab diesem Zeitpunkt standen sich Ziel und Zukunft beider Länder scheinbar unversöhnlich einander im Weg, zwischen ihnen der Zankapfel Elsaß-Lothringen. In Frankreich war es die Geburtsstunde einer Furcht, die durch die Ereignisse der folgenden Jahrzehnte nur allzu sehr gerechtfertigt wurde. Erst spät, leider, begriff man auf beiden Seiten, daß eine Fortsetzung dieses Duells die Todesstunde beider Kontrahenten einläuten würde, und daß es Zeit war, das Schwert in der Scheide zu lassen.

Das macht die Kraft der Versöhnung aus: Frankreich und Deutschland waren letztendlich nur ein Dreiviertel Jahrhundert lang wirklich Erbfeinde, während wir, wie de Gaulle ohne Zögern sagte, „mit England immer im Krieg lagen, es sei denn, wir standen gerade mal in einer Allianz gegen einen gemeinsamen Feind“.

Vergeblich wird man bei diesem Paar, das unsere beiden Völker heute bilden, Gefühlsblitze oder Begeisterungsstürme füreinander suchen. Auch wenn es auf der persönlichen Ebene schon ziemlich oft „gefunkt“ hat, wie mittlerweile Zehntausende deutsch-französische Eheschließungen bezeugen. Und auch wenn die deutsche Musik von Bach bis Brahms und von Beethoven bis Wagner (um nicht von der österreichischen zu sprechen, die sich von der deutschen kaum unterscheidet) die Franzosen wie keine andere auf der Welt begeistert. Aber wir haben entdeckt, daß unser gemeinsames Schicksal eben heißt, zusammen leben oder zusammen sterben. Und schließlich weiß jeder, daß Vernunftehen oft die solidesten Verbindungen sind.

Nun, auch in einer Vernunftehe ist Streit unvermeidlich. Vor allem dann, wenn sie schon, wie das hier der Fall ist, bald 40 Jahre andauert. Eifersucht, Mißtrauen, Trotzreaktionen – es fehlt die große Leidenschaft, um solche Regungen hinwegzufegen. Man beäugt sich ohne viel Gefallen, der Blick ist kritisch. Egoismus, Materialismus, kleinbürgerlicher Alltag: Die Fehler des anderen sind längst kein Geheimnis mehr. Aber man schweigt gern, weil das bequemer ist. Kaum ein Wort über die Wiedervereinigung, die eines Tages doch kommen wird, über eine Verteidigungsgarantie Frankreichs für die Bundesrepublik, über den „Krieg der Sterne“.

Dennoch, was gestern noch Sorgen bereitete, ist heute nicht mehr unbedingt ein Grund zur Beunruhigung. Der Schreckensvorstellung von einem übermächtigen und zu selbstsicheren Deutschland folgte die Idee von einem Deutschland im Ausstieg. Oder: Nach der Sorge über eine zu geflissentlich betriebene Allianz mit Amerika kam die bange Frage, ob Deutschland nicht von den östlichen Sirenenklängen des Neutralismus verführt würde. Auch sie ist seit der Aufstellung der Pershing II zwar beantwortet. Aber die „Grünen“ sorgen immer noch für Unruhe im Publikum, das gleichzeitig die Überraschung darüber pflegt, daß die extreme Rechte heute in Frankreich ungleich viel stärker entwickelt ist als in Deutschland.

Noch einmal: Es wäre verfehlt, diesen kleinen Irritationen und Ärgernissen mehr Bedeutung beizumessen, als sie verdienen. Das um so mehr, als Cohabitation heute in Frankreich Mode ist. Und zwar nicht nur zwischen Rechten und Linken, was an sich schon eine Revolution bedeutet in einem Land, in dem man, wenigstens verbal, den Bürgerkrieg im Blut hat. Die Franzosen suchen auch ehrlich und ernsthaft eine tiefgehende Entspannung zwischen Ost und West – wissend, daß die Sowjets, die Amerikaner und sie selbst ganz offensichtlich im selben Boot sitzen. Diese Sicht der Dinge gilt freilich in noch höherem Maße für Europa, das, wie jeder fühlt, allein die Perspektive bietet, um dem kollektiven Niedergang zu entrinnen.

Wie dieses Europa allerdings aussehen soll, darüber gibt es in Frankreich nur konfuse Vorstellungen. Die Franzosen wissen, daß dieses Europa notfalls auf Großbritannien, nicht jedoch auf Frankreich oder die Bundesrepublik Deutschland verzichten könnte. Die größte Furcht gilt daher heute der Möglichkeit, daß man diese selbstverständliche Einsicht wegen all der Enttäuschungen und Zeichen von europäischer Ohnmacht verlieren könnte. Mit anderen Worten: Daß ein provinzielles Kleinkrämertum, wofür es viele Anzeichen gibt, sich ausbreiten und auf europäischer Ebene zu dem führen könnte, was der Westfälische Frieden für Deutschland bedeutete. Der Royalist und Historiker Jacques Bainville sah darin „den Triumph der französischen Diplomatie, eine Organisationsform für die deutsche Anarchie unter unserem Protektorat“. Niemand würde heute wagen, so weit zu denken. Die Lage ist eine andere. Das Protektorat einer anderen Macht außerhalb Westeuropas droht, sollte Europa in solch kleinstaatliche Anarchie versinken.

Deshalb: Unsere beiden Völker haben ein Recht darauf, aufgrund des gemeinsamen Erbes vom jeweils anderen Partner am Rhein zu verlangen, daß dieses Schicksal abgewendet wird. Mehr noch: Im täglichen Leben sollten unsere Bürger mittels ihrer Einflußmöglichkeiten auf ihre Regierungen darauf achten und hinwirken, daß die Identität Europas und der sie konstituierenden Nationen mit dem größtmöglichen Gewicht und der damit verbundenen Autorität auf die Waagschale der internationalen Politik gelegt wird.

ENDE

Rom: Verhärtete Fronten

Wenig Chancen für Craxi, die Regierungskrise zu beenden

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Italien ist zum Ausgangspunkt seiner vor fast vier Wochen ausgebrochenen Regierungskrise zurückgekehrt. Nach dem ergebnislosen Sondierungsversuch des christdemokratischen Senatspräsidenten Amintore Fanfani und dem Scheitern seines Parteifreundes Giulio Andreotti, der den Auftrag zur Kabinettsneubildung an Staatspräsident Cossiga zurückgeben mußte, steht der zurückgetretene sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi als von Cossiga designierter neuer Regierungschef wieder im Rampenlicht.

Substantiell und personell hat sich damit der Kreis geschlossen, den nicht wenige Beobachter für einen „Circulus vitiosus“ halten. Dieselben Politiker stehen vor demselben Problem, das Ende Juni den Ausbruch der Krise bewirkt hatte: Wer soll in den nächsten 20 Monaten bis zum regulären Ende der Legislaturperiode als Regierungschef die Hauptverantwortung für die Verwirklichung eines Programmes tragen, über das innerhalb der bisherigen Fünfer-Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen schon vor dieser Krise Grundkonsens bestand?

Ruf nach Rache

Die Christdemokraten als stärkste Partei haben diesen Führungsanspruch schon auf ihrem letzten Parteitag im April kategorisch angemeldet. Sie sind nur dann bereit, Craxi als Ministerpräsident noch maximal bis zum kommenden Frühjahr hinzunehmen, wenn er sich in aller Form verpflichtet, dann einem christdemokratischen Regierungschef Platz zu machen. Craxi lehnt eine solche formelle Zusage ab.

Die Positionen haben sich verhärtet. Weithin wird erwartet, daß vor allem die Democrazia Cristiana nach dem von den Sozialisten provozierten Scheitern ihres Spitzenpolitikers Andreotti bei den bevorstehenden Konsultationen noch unnachgiebiger auftreten wird als zuvor, um Craxi das heimzuzahlen, was dessen Partei Andreotti angetan hat.

Bei den Christdemokraten hätte man am liebsten gesehen, wenn es gar nicht erst zur Wiederbeauftragung Craxis gekommen wäre. Zuverlässigen Informationen zufolge versuchte die DC-Führung bis zum letzten Augenblick, diese von ihr als sinnlos angesehene Designierung zu verhindern.

Unter diesen Umständen gelten die Chancen Craxis als ziemlich gering – es sei denn, er zeige in der Frage seiner verbindlich zu programmierenden Ablösung durch einen christdemokratischen Ministerpräsidenten Kompromißbereitschaft.

Spadolini und die anderen

Da dafür bisher keinerlei Anzeichen zu erkennen sind, wird an der römischen Krisenbörse schon die nächste Aktie ins Gespräch gebracht: Diejenige des ehemaligen Ministerpräsidenten und republikanischen Parteisekretärs Giovanni Spadolini. Er gilt als Kandidat für ein „Kabinett der Waffenruhe“ für den Fall, daß nach Andreotti auch Craxi scheitern sollte.

Spadolini, so meinen manche Politiker, könne vielleicht mit einem Übergangskabinett den für eine „Descalation“ zwischen Christdemokraten und Sozialisten nötigen zeitlichen Spielraum schaffen. Er selbst hat schon seine Bereitschaft zur Bildung einer solchen Regierung auf Zeit zu erkennen gegeben.

Daneben wird in Rom aber auch über die Möglichkeit spekuliert, daß Cossiga am Ende eine Persönlichkeit mit der Regierungsneubildung beauftragt, die aufgrund ihrer jetzigen oder früheren institutionellen Position als über den Parteien stehend angesehen werden kann und deren Hauptaufgabe es dann wohl wäre, vorzeitige Neuwahlen vorzubereiten. In diesem Zusammenhang werden die Namen des christdemokratischen Senatspräsidenten Amintore Fanfani und des ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Elia, genannt.

London zeigt sich irritiert

Wer ist bei Sanktionen der Verlierer im Commonwealth?

REINER GATERMANN, London

Bei aller Abscheu gegenüber der Apartheidpolitik Südafrikas und dem Wunsch, diese „so schnell wie möglich“ abzuschaffen, wächst nun auch in gleichem Maße und vor allem in konservativen Regierungskreisen Londons, jedoch auch in der Bevölkerung der Unmut über die Arroganz gewisser Commonwealth-Länder, die „ohne selbst etwas zu verlieren“ für „umfassende und verbindliche“ Südafrika-Sanktionen plädieren.

Mit den Commonwealth-Spielen als Geisel und der Drohung, die Völkerfamilie zu verlassen, soll offenbar Frau Thatcher auf den harten Sanktionskurs gebracht werden. Ignoriert wird dabei, daß sie in ihrer Südafrika-Politik in Übereinstimmung sowohl mit dem Commonwealth (der Beschluß von Nassau im Herbst 1985 sieht zunächst die Beratung des Kommissionsberichts Anfang August vor) als auch mit der EG handelt und gemeinsam mit ihnen 13 „Maßnahmen“ gegen Pretoria eingeleitet hat.

Regierungsbeamte und Tory-Politiker irritiert, daß diejenigen, die am lautesten für eine Blockade plädieren, am wenigsten zu verlieren haben. Nur zu gern greift man im Londoner Foreign and Commonwealth Office in die Schublade, um diese Behauptung zu unterstreichen. Da sei Kanada, das neben Handelsrestriktionen auch die Einstellung des Luftverkehrs verlangt, gegebenenfalls im Alleingang. Der Handel Kanadas mit Pretoria ist jedoch ohne Belang und die Flugverbindungen beschränken sich auf drei Charterflüge pro Woche.

Hintergedanken

Die sozialistische Regierung in Australien will ebenfalls die Blockade, hat jedoch in Südafrika nur 24 Millionen Mark investiert, und zudem – so Frau Thatcher nicht ohne Sarkasmus, – erhoffe sie sich, als Kohlelieferant den Apartheid-Staat ersetzen zu können. Ähnlich sei es mit Neuseeland, das fast gar keine Wirtschaftsverbindungen mit Pretoria habe.

Demgegenüber fliegt British Airways nicht nur täglich nach Johannesburg, Großbritannien hat etwa 41 Milliarden Mark dort investiert, über 400 Aktiengesellschaften sind dort etabliert, Südafrika liegt in der Exportstatistik an zwölfter Stelle, und schließlich sind schätzungsweise 120 000 britische Arbeitsplätze direkt vom Handel mit Südafrika abhängig. Kein anderes Land hat so enge Bande. Selbst wenn man nun von Frau Thatcher erwarten und verlangen sollte, diese Fakten zu ignorieren und ihre Politik alleine an ihrer Abscheu der Apartheid auszurichten, einer ihrer engsten Mitarbeiter nannte dies „diplomatischen Masochismus“, kann sie zu Recht die Frage stellen: „Und was seid Ihr bereit, zu opfern?“

Mehr Handel mit Pretoria

Laut britischen Erhebungen hat Rest-Afrika im vergangenen Jahr seinen Außenhandel mit der so verachteten Pretoria-Republik verdoppelt. Niemand glaubt in London ernsthaft, daß sich bei einem offiziellen Sanktionsbeschluß daran etwas ändern würde. Wäre dies dennoch der Fall, wäre der Punkt erreicht, wo Frau Thatcher das „Unmoralische“ sieht: Da säßen dann die hohen Politiker in ihrem persönlichen Wohlstand und Luxus und würden mit einer Blockade Hunderttausenden Schwarzen in Südafrika und in den Randstaaten Arbeit und Brot nehmen.

Aus Tory-Kreisen ist jetzt zunehmend die Auffassung zu hören, daß sich – ungeachtet der Position der Königin – die Regierung gar nicht so sehr um die Austrittsdrohungen kümmern sollte, schließlich seien es die afro-asiatischen Mitglieder, die am meisten dabei zu verlieren hätten, Großbritannien könnte sich dagegen von einem Ballast befreien. Das Commonwealth bietet diesen Ländern dagegen ihre bedeutendste politische Plattform, von der aus sie mitunter auch Druck und Macht ausüben könnten. Würden sie den „Club“ verlassen, fügten sie sich selbst den größten Schaden zu.

Für Osteuropa ist Gorbatschow Segen und Fluch zugleich

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Sowjetunion befindet sich – hauptsächlich wegen der politisch-psychologischen und auch wirtschaftlichen Folgen von Tschernobyl – gegenwärtig in einer Schwächephase. Diese Schwäche ist natürlich nicht militärisch zu verstehen. Noch immer reicht die sowjetische Machtposition aus, um Osteuropa unter Kontrolle zu halten. Gorbatschow hat zuletzt auf dem polnischen Parteikongreß in Warschau betont, daß auch er an der Breschnew-Doktrin und damit an der totalen Beherrschung des kommunistischen Vorfelds von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer festhalten möchte.

Gerade weil der sowjetische Parteichef die „Schwachstellen“ des Sowjetsystems und auch die potentiellen Bruchstellen zwischen Moskau und den osteuropäischen Völkern besser kennt als seine Vorgänger, ist er im Augenblick an einer Atempause interessiert, die ihn dazu instandsetzen soll, seine innere Machtposition zu festigen und den sowjetischen Apparat auf Stromlinie zu bringen. Deshalb ist der Kreml-Chef dazu übergegangen, mit dem Westen eine Politik des Wechsels von Konfrontation und Kooperation zu betreiben. Schon in seiner Diktion wurde seit geraumer Zeit eine gewisse Präferenz für Europa erkennbar. Daher auch der Moskauer „Sommer“ gegenüber der Bundesrepublik und gegenüber anderen westeuropäischen Staaten.

Für die Osteuropäer ist Gorbatschow ein „Mixed blessing“: Teils ist es ein Segen für sie, daß ein ansprechbarer Parteichef in Moskau regiert, der überhaupt ein gewisses Problembewußtsein mitbringt. Zum anderen

DIE ● ANALYSE

aber ist man sich auch darüber im klaren, daß Gorbatschow verstärkte Disziplin und Integration fordert – also einen Verzicht auf osteuropäische Extratouren in Richtung Westen. Dennoch betrachten die nach Westen kontaktfreudigen und nach innen reformfreudigen ungarischen Kommunisten zum Beispiel die Situation offenbar mit gedämpftem Optimismus. Man glaubt in Budapest, daß Gorbatschow zu viele andere Sorgen hat, als daß er sich über die ungarischen Reformen viel Gedanken machen könnte – vorausgesetzt, man bleibt in Budapest auf dem Teppich der kommunistischen Machtrealitäten.

Sowohl für Ungarn wie für die „DDR“ bieten verbesserte Beziehungen Moskaus zu Bonn ein Alibi, selber mit intensivierten Kontakten zur Bundesrepublik hervorzutreten. Spionageaffären, wie etwa der Fall Meißner, werden dabei von den meisten Osteuropäern nur als vorübergehendes Geheimdienstgeplänkel angesehen, das den Lauf der Dinge nicht wesentlich zu stören vermag.

Generell haben alle oder fast alle osteuropäischen Staaten ein großes Interesse daran, daß es zwischen Moskau und Bonn besser geht – wenn es sich auch nur um die Atmosphäre handeln sollte. Alle Ost- und Südosteuropäer sind wirtschaftlich mit Bonn verbunden. Eine Verschlechterung des Klimas bietet den jeweiligen sowjetischen Führungen Vorwände, um die Kontakte der Osteuropäer nach Bonn wenn nicht faktisch einzudämmen, so doch mit ideologisch-moralischen Hypotheken zu belasten. Kennzeichnend dafür: Noch bevor er Generalsekretär wurde, verbot das damalige Mitglied des Politbüros Gorbatschow dem bereits auf seinen gepackten Koffern sitzenden bulgarischen Parteichef Schiwkow die Reise in die Bundesrepublik.

Allerdings – es gibt ein Land, das seine allzugroße Freundlichkeit zwischen Moskau und Bonn mit Argwohn und bösen Vorahnungen betrachtet: Die Volksrepublik Polen. Den polnischen Kommunisten sind weder allzugute Kontakte zwischen Bonn und Ost-Berlin, noch etwa eine Entspannung zwischen Bonn und Moskau angenehm. Irgendwie schwingt auch bei Jaruzelski die Furcht mit, es könne zu einer Wiederbelebung von Rapallo oder gar potentiell zu einer „Teilung“ kommen – wobei unter den heutigen Umständen klar wäre, daß nicht die Deutschen, sondern nur die Sowjets davon profitieren würden.

Das entscheidende Problem für Osteuropa bleibt auf absehbare Zeit unlösbar: Die Überwindung der sowjetischen Hegemonie. Hier muß nicht in Jahren, sondern in Generationen gedacht werden. Immerhin, die Entwicklung schreitet voran. Und wer in Budapest, Warschau oder Prag den Weg der Sowjetunion von Stalin im Jahre 1945 zu Gorbatschow im Jahre 1986 betrachtet, weiß: In weiteren 40 Jahren wird es auch in Osteuropa wieder ganz anders aussehen.

Verschärfen die USA den Druck auf Südafrika?

DW. Washington

Einen Tag vor dem Beginn seiner Vermittlungs-Mission in Südafrika sagte der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe, die Europäische Gemeinschaft habe „ernste Bedenken um die Zukunft Südafrikas, um all die Menschen". Howe nannte seine Reise „schwierig, aber nicht ohne Hoffnung". Es habe ihn „ermutigt", daß sich bei seinen zweitägigen Gesprächen in Brüssel die Amtskollegen aus den anderen Ländern der Gemeinschaft voll dahinter gestellt hätten. Der britische Außenminister bekräftigte seine Absicht, in Südafrika mit Vertretern der schwarzen Anti-Apartheidbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) zusammenzutreffen. Der ANC hat bislang Gespräche mit Howe abgelehnt.

Demgegenüber kündigte die United Democratic Front (UDF) an, Howe werde bei der Schwarzen-Führung keinen Gesprächspartner finden. Südafrikas bedeutendste Anti-Apartheid-Organisation protestierte bei der Europäischen Gemeinschaft gegen die bevorstehende Vermittlungsreise Howes. In einem Memorandum, das den EG-Botschaften in Pretoria zugeleitet wurde, kritisierte die UDF, die Howe von der Gemeinschaft aufgetragene Mission verfolge lediglich das Ziel, die Regierung in Pretoria zu „beruhigen". Die UDF werte den Besuch als indirekte Unterstützung des weißen Minderheitsregimes.

US-Präsident Ronald Reagan hält an seinem Widerstand gegen harte Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika fest. Er sei überzeugt, daß die Vereinigten Staaten mit solchen Maßnahmen genau die Menschen treffen würden, denen sie helfen wollten, nämlich die schwarze Bevölkerungsmehrheit, verlautete aus Regierungskreisen in Washington. Reagan werde allenfalls eine geringfügige Ausweitung der begrenzten Sanktionen ankündigen, die er im vergangenen Jahr verfügt habe.

Nach Ansicht des republikanischen Vorsitzenden des Außenpolitischen Senatsausschusses, Richard Lugar, ist es allerdings auch denkbar, daß der Präsident einen Sonderbotschafter nach Südafrika entsenden werde. Seine Aufgabe könnte es sein, auf innere Reformen in dem Apartheidstaat zu drängen, sagte Lugar nach einem Gespräch mit Reagan.

Saarbrücken nennt den Alarmplan für Cattenom „völlig unzureichend"

Entfacht SPD-Landesregierung neues „Störfeuer" gegen Bonner Energiepolitik?

ULRICH REITZ, Bonn

Die saarländische Landesregierung nutzt offenbar die Veröffentlichung des französischen Alarmplans für das Kernkraftwerk Cattenom zu einem neuen Angriff auf die Energiepolitik der Bundesregierung. „Völlig unzureichend", so kommentierten Regierungskreise in Saarbrücken gestern den Katastrophenschutzplan für das Atomkraftwerk, der die Maßnahmen, die auf französischer Seite in einem Störfall getroffen werden, beschreibt.

„Falsche Voraussetzungen"

Bonner Regierungskreise äußerten die Vermutung, Saarbrücken entfache nach dem Versuch, Bundesumweltminister Walter Wallmann vor dessen Reise nach Paris unter Druck zu setzen, mit seiner Kritik an dem Alarmplan für Cattenom jetzt ein neues „Störfeuer" gegen den Widerstand der Bundesregierung, aus der friedlichen Nutzung der Atomenergie auszusteigen.

Nach Ansicht der SPD-Landesregierung ist Paris jetzt mit seinem Alarmplan, wie auch schon zuvor mit der Betriebsgenehmigung, von der „falschen *Voraussetzung ausgegangen*, daß eine Katastrophe wie in Tschernobyl in Cattenom nicht passieren kann".

In der Einleitung des Plans, die am vergangenen Freitag in Metz veröffentlicht wurde, heißt es, die Wahrscheinlichkeit, daß in Cattenom ein Unfall passiert, bei dem die Bevölkerung zu Schaden kommt, sei „extrem schwach". Der Plan, der in einer *77seitigen Broschüre zusammengefaßt* ist und aus dem die „Saarbrücker *Zeitung" ausführlich zitierte, nimmt* auch zu den Sorgen in der Bevölkerung Stellung: „*Dank der hohen technologischen Sicherheit der Anlagen* in Cattenom wird dieser Plan vermutlich nie angewendet."

Besonderen Anstoß nimmt das Saarland an den vorgesehenen Maßnahmen zur Evakuierung. In der Saar-Regierung hieß es, bei einem ernsten Störfall würde in Frankreich nicht einmal ein Gebiet von zehn Kilometern evakuiert, wie es bei derartigen Unfällen in deutschen Kernkraftwerken *geplant sei. Die Katastrophe* von Tschernobyl habe aber gezeigt, daß man aus einem „wesentlich größeren Gebiet" die Menschen in Si*cherheit bringen müsse.*

Das Saarland will auf jeden Fall der französischen Vorgabe nicht folgen. „In vier Wochen", kündigte die Landesregierung gegenüber der WELT an, werde ein saarländischer Katastrophenschutzplan veröffentlicht. Bereits jetzt stehe fest, daß man die sogenannte innere Zone, in der bei größeren Störfällen evakuiert wird, auf saarländischer Seite auf mehr als zehn Kilometer ausdehnen und damit auch die in der Bundesrepublik üblichen Bestimmungen überschreiten werde. Das könnte bedeuten, daß je nach Unfall in Cattenom auch im Saarland evakuiert werden müßte.

Gespräche mit Mainz

Mit Rheinland-Pfalz, das in der Cattenom-Debatte im Bundesrat trotz erheblicher Bedenken gegen das französische Kraftwerk die kompromißlose saarländische Linie nicht mitvollzogen hatte, verhandle die Landesregierung in Saarbrücken gegenwärtig über die Begrenzung der „Außenzone", *innerhalb der das Gebiet* um das Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich bei einem Störfall evakuiert werden müßte. Saarbrücken: „*Eine Einigung ist möglich.*"

Ost-Berlin und der Schwarzmarkt für Schnaps

AP, Hamburg

Zwischen Mai und Dezember 1985 hat ein internationaler Schmuggler-Ring mit Hilfe von „DDR"-Firmen und -ministerien nach Angaben des Fernsehmagazins „Panorama" Alkohol durch halb Europa geschleust. Mehr als 230 000 in der Bundesrepublik Deutschland abgefüllte Flaschen mit Whisky, Wodka, Rum und Korn seien über Holland, die „DDR" und West-Berlin wieder zurückgebracht und hier auf dem schwarzen Markt verkauft worden, hieß es in einem Beitrag für die gestrige Sendung. Dem Fiskus seien mehr als zwei Millionen Mark an Branntwein- und Mehrwertsteuer entgangen.

In der Sendung gab ein ehemaliger Komplize und späterer „V-Mann" des Zolls genaue Auskünfte über die Tricks der Schmuggler und die Verstrickung von „DDR"-Firmen und -ministerien in die Affäre. „Panorama" will herausgefunden haben, daß die politische Verantwortung für die krummen Geschäfte in der „DDR" bis zum Mitglied des Zentralkomitees der SED und Staatssekretär im Außenhandelsministerium, Schalck-Golodkoswsky, reiche.

Als Scheinkäufer für den Schmugglerring im Westen sei die „DDR"-Firma „Delta" in Ost-Berlin, eine Organisation des Ministeriums für Außenhandel, aufgetreten. Nach „Panorama" vorliegenden Telexen, Frachtbriefen und Rechnungen habe sie den Alkohol für die Versorgung von „Diplomaten und Sonderbedarfsträgern" in der „DDR" gekauft. Für ihre Schmuggeldienste habe „Delta" von den Schnapsschiebern acht Prozent Provision kassiert, behauptet „Panorama".

Für die Vermittlung der Ost-West-Schmuggelkontakte habe ein ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der „DDR" und heutiger Repräsentant mehrerer Stasi-Unternehmen, dessen Name mit Günther Forgber angegeben wurde, zwei Prozent Provision bekommen. Die schwarze Ware sei nachts ungehindert über den Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße/Prinzenstraße nach West-Berlin und dann über den Transitweg zurück in die Bundesrepublik gebracht worden.

Fazit des Filmes: „DDR-Firmen und -ministerien haben einem internationalen Schmugglerring geholfen, den bundesdeutschen Steuerzahler zu prellen. Dafür haben sie auch noch Provision kassiert – in Westdevisen."

Moskauer „Manifest" gibt dem Westen Rätsel auf

Ruf nach politischen Reformen in der Sowjetunion

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Ein in den Westen durchgesickertes „*Manifest*", dessen Autoren aus den höchsten Rängen des sowjetischen Parteiapparats – es heißt sogar aus dem Mitarbeiterstab Generalsekretär Gorbatschows – stammen sollen, hat bei westlichen Sowjetologen Rätselraten ausgelöst. In dem 17 Seiten umfassenden Dokument, aus dem gestern die britische Tageszeitung „Guardian" zitierte, werden grundlegende politische und wirtschaftliche *Reformen in der Sowjetunion gefordert*, die weit über das bisherige Pro*gramm Gorbatschows hinausgehen* und in ihrer Konsequenz ein Ende *der Ein-Parteien-Diktatur bedeuten* müssen.

Dem „Manifest", das an die „Bürger der UdSSR" gerichtet ist und den höchsten *Parteigremien zugeleitet* worden sein soll, wird die Zulassung „unterschiedlicher politischer Organisationen" in der Sowjetunion ver*langt. Diese Organisationen sollten* alle das gemeinsame Ziel haben, eine *sozialistische Gesellschaft aufzubauen*, sollten aber untereinander um das beste *Aktionsprogramm* in Wettbewerb treten – zum Wohl der „herrschenden Klasse", *nämlich der Arbeiter*, Bauern und der werktätigen Intelligenz. Die Organisationen sollten, offenbar anstelle der jetzigen monolithischen KPdSU, die Interessen des Volkes in den höchsten Exekutivorganen vertreten und *sollten dem Volk* voll verantwortlich sein sowie vom Volk kontrolliert werden.

Düsteres Bild der Lage

Solche Ideen eines qualifizierten Pluralismus auf sozialistischer Grundlage erinnern an Forderungen, die erstmals Titos enger Mitarbeiter Milovan Djilas 1953 in Jugoslawien vertreten hat – und wofür er dann mit langer Gefängnishaft und Ausschluß aus der Partei büßen mußte. Sie kommen auch Ideen des „Prager Frühlings" 1968 und Reformdiskussionen in der SED der späten 70er Jahre nahe.

Das Moskauer „Manifest" zeigt, daß die Verfasser Zugang zu Informationen haben, die in der Sowjetunion nur hochrangigen Mitgliedern zentraler Partei- und Staatsgremien offenstehen. So wird ein düsteres Bild der gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände in der UdSSR gezeichnet.

„Die Ergebnisse dieser Analyse", so heißt es in dem Papier, „zeigen, *daß unser* Land (die Sowjetunion) eine Grenze erreicht hat, jenseits derer sich eine *unüberbrückbare* Kluft in der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen *Entwicklung* gegenüber den fortgeschrittenen Industrienationen auftut." *Die Sowjetunion*, so heißt es weiter, bleibe gegenwärtig um 10 bis 15 Jahre in ihrer wirtschaftlichen Entwickung hinter den kapitalistischen Staaten zurück. Der Abstand aber vergrößere sich immer mehr. Wörtlich: „Die Sowjetunion ist jetzt auf dem Weg, eine der unterentwickeltsten Nationen zu werden."

„Polnische Entwicklung"

Die Autoren erklären, die Sowjetunion habe 1983 gegenüber dem Westen *Auslandsschulden in* Höhe von 30 Milliarden Dollar gehabt. Bei einer *Projektion* der gegenwärtigen Tendenzen in die Zukunft werde sich der *Schuldenstand* bis zur Jahrtausendwende um 600 Prozent erhöhen. Im Jahre 2005 würden 75 Prozent der sowjetischen Exporterlöse nach Westen vom Schuldendienst aufgezehrt werden. Damit wird für die UdSSR eine „polnische Entwicklung" vorausgesagt.

Eine andere Aussage: *Die* permanente Lebensmittelknappheit in der *Sowjetunion führe zu einem* bedenklichen Anwachsen der Kindersterb*lichkeit. Die „ewige* Jagd" der Sowjetmenschen nach den grundlegen*den Gütern und kleinen alltäglichen* Dingen lasse den Menschen weder *Zeit noch Kraft zur Befriedigung* geistiger und kultureller Bedürfnisse.

Die Tatsache, daß das brisante Papier in den Westen gelangen konnte, ist für die Kreml-Führung ohne Zweifel mit Problemen verbunden. Denn westliche Rundfunksender werden diese Thesen in kürzester Zeit in russischsprachigen Diensten in die Sowjetunion zurücksenden. Ob das „Manifest" eine Unterstützung Gorbatschows oder aber einen versuchten Dolchstoß gegen den Parteichef darstellt – möglicherweise sogar eine Provokation –, bleibt einstweilen ungewiß.

Einem amerikanischen Fernsehkorrespondenten wurde der Text des „Manifests" auf dem Moskauer Flughafen abgenommen.

„2000 reisende Gewalttäter"

AP, Düsseldorf

Die deutschen Polizisten werden nach Ansicht des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Günter Schröder, nach wie vor „zur Lösung politischer Streitfragen eingesetzt". Schröder warf den verantwortlichen Politikern vor, bei der Reaktion auf gewalttätige Ausschreitungen bei Demonstrationen „mehr als einen Offenbarungseid geleistet" zu haben.

Gerade die Erfahrungen der vergangenen Monate in Wackersdorf und Brokdorf hätten gezeigt, daß das polizeiliche Ziel, Straftäter zu fassen und Solidarisierung zu vermeiden, teilweise unerreichbar geworden sei. Die Politiker hätten nicht begriffen, „wie rasant infolge von Tschernobyl das aktive Protestpotential in der Bevölkerung angewachsen ist", sagte Schröder. Nach seinen Angaben gibt es derzeit bundesweit etwa 2000 reisende Gewalttäter, die Demonstrationen umzufunktionieren versuchten.

Alkem soll Antrag zurücknehmen

dpa, Wiesbaden

Der Staatssekretär im hessischen Umweltministerium, Karl Kerschgens (Die Grünen), hat die Hanauer Plutoniumfirma Alkem aufgefordert, ihren Antrag auf endgültige Genehmigung der Produktion von Brennelementen für Reaktoren des Typs Schneller Brüter zurückzunehmen. Da für den Schnellen Brüter in Kalkar keine Betriebserlaubnis erteilt würde, so Kerschgens, sei auch der Betriebszweck von Alkem entfallen. Alkem und andere Hanauer Nuklearbetriebe arbeiten seit 1975 mit vorläufigen Bewilligungen.

Die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für diese Unternehmen werden im Auftrag des Bundes vom hessischen Wirtschaftsministerium geführt. Die Staatsanwaltschaft Hanau ermittelt seit Monaten gegen Alkem, Nukem und die Reaktor-Brennelement-Union (RBU) wegen des Verdachtes des illegalen Betreibens von Anlagen.

Sitzblockade nicht immer Nötigung

dpa, Köln

Die Sitzblockade, bei der Atomwaffengegner am 13. Oktober 1983 die Zufahrt zu einer Luftabwehrbatterie der Bundeswehr bei Waldbröl versperrten, war nach Auffassung des Oberlandesgerichts (OLG) Köln strafrechtlich keine Nötigung. Mit einem entsprechenden Urteil des 1. Senats hat das OLG gestern ein Revisionsbegehren der Staatsanwaltschaft gegen ein gleichlautendes Urteil des Bonner Landgerichts verworfen. Die Vorsitzende Richterin, Wehnert-Heinen, betonte, mit diesem Spruch sei nicht die Frage beantwortet worden, ob Sitzstreiks gegen die Nachrüstung generell strafbar seien oder nicht. Das vorliegende Urteil sei eine „Einzelfallabwägung" (AZ S s 376/85 - 359). Prozeßbeobachter wiesen darauf hin, daß das Urteil von der bisherigen Spruchpraxis abgewichen sei, nach der Sitzstreiks immer „Gewalt", stets „verwerflich" und deshalb als Nötigung zu ahnden seien.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zankapfel Cattenom

„Wallmann zeigt Verständnis für die französische Haltung zu Cattenom"; WELT vom 17. Juli

In dem Beitrag wird zu Unrecht der Eindruck erweckt, das Thema Cattenom würde seitens der saarländischen Landesregierung aus wahlkampftaktischen Gründen problematisiert. Diese Unterstellung übersieht, daß

- Cattenom schon seit den 70er Jahren Zankapfel in der Saar-Lor-Lux-Region und daß selbst der frühere Vorsitzende der französischen Reaktorsicherheitskommission frühzeitig ernste Bedenken gegen den Standort im bevölkerungsreichen Dreiländereck erhoben hatte,
- aus der Bevölkerung schon gegen die Planung von Cattenom seinerzeit über 50 000 Einsprüche eingegangen waren,
- die *saarländische Landesregierung* bereits zu Zeiten des früheren Mini*sterpräsidenten Röder (CDU)* wiederholt gegen Cattenom Stellung genommen hat,
- die CDU-Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland kürzlich bei der Bundesregierung interveniert hat,
- die saarländische Klage auch von CDU-regierten Kommunen und Verbänden in Rheinland-Pfalz unterstützt wird,
- die luxemburgische Regierung sich ebenfalls entschieden gegen Cattenom wendet und sogar die Abnahme des Stroms von dort verweigert.

Zu befürchten ist, daß die deutsch-luxemburgische Position gegenüber Frankreich erheblich geschwächt würde, wenn Cattenom schlicht zum Wahlkampfthema abgewertet wird.

Dr. Ottokar Hahn, SPD

Dr. Ottokar Hahn,
Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben des Saarlandes

Treibhaushypothese

„Experten warnen vor Kohle und Öl als Brennstoff"; WELT vom 12. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Bericht über die Anhörung zum Verzicht auf die Kernenergie in der *Münchner Staatskanzlei* wird der Eindruck erweckt, als sei *nach dem einhelligen Urteil* aller 21 Experten das Hauptproblem nicht die Sicherheit der Kernkraftwerke, sondern – wegen des Einflusses von Kohlendioxid *auf das Klima* – der energiewirtschaftliche Einsatz fossiler Brennstoffe, *also von Öl, Kohle* und Erdgas.

Dazu sind drei Feststellungen zu treffen:

- Unter den an der Anhörung beteiligten Wissenschaftlern war nicht ein einziger, der durch eigene Forschungsarbeiten auf dem Gebiet von CO_2 und Klima ausgewiesen ist. Ihr wissenschaftliches Ansehen ist auf anderen Wissensgebieten erworben.
- *Die* einem Wissenschaftler in den Mund gelegte Aussage, die CO_2-Belastung sei *das größte* Problem der Menschheit, war in Wirklichkeit die Wiedergabe einer Äußerung eines Vertreters der Weltorganisation für Meteorologie vor der Weltenergiekonferenz 1980. Das *Zitat diente zur* Kennzeichnung einer extremen Be*wertung der CO_2-Frage, der entgegen*gesetzte Auffassungen im wissenschaftlichen *Raum* gegenübergestellt wurden. Die *Substanz* jenes wörtlichen *Zitats* besteht *übrigens* nicht aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern aus Rhetorik.
- In dem sehr gründlichen Sondergutachten „Energie und Umwelt" des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen, 1981, heißt es abschließend zu diesem Thema: „Der Rat mißt nach Abwägung aller bekanntgewordenen Fakten der CO_2-Belastung aus dem Verbrauch fossiler Brennstoffe keine wesentliche Bedeutung für das globale Klima zu. Der vielschichtige Problemkreis sollte aber weiterhin aufmerksam verfolgt werden."

Es stünde schlecht um die energiewirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, wenn bei der *politischen Abwägung* von pro und contra Kernenergie ausgerechnet der unsichersten aller gegen den Einsatz von Öl, Kohle und Erdgas vorgebrachten Hypothesen, der *Treibhaushypothese*, ausschlaggebende Bedeutung beigemessen würde. *Die nächste Glaubwürdigkeitskrise* wäre dann vorprogrammiert.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jochen Seeliger,
Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen 1

Nur ein Wort

„Golo Mann: Deutschland-Lied ist ‚zarteste Lyrik'"; WELT vom 16. Juli

Golo Mann hat recht. Hätte Hoffmann von Fallersleben statt „Deutschland, Deutschland über alles" „Deutschland lieb' ich über alles" gedichtet – so, wie er es fühlte und meinte – wären alle häßlichen Unterstellungen unterblieben.

Dr. Paulsen,
Mölln

UNO-Charta

„Genscher würdigt UNO-Charta"; WELT vom 5. Juli

Genscher hebt die *UNO-Charta* als das zweifellos wichtigste Dokument des modernen universellen Völkerrechts hervor. Die vielen Verstöße seien kein Mangel der Norm, sondern ein Mangel der Verwirklichung. Leider *gibt es aber noch die zwei die* Deutschen diskriminierenden Artikel *53 und 107, die nicht hinfällig*, sondern noch immer geltendes Recht *sind und von der* UdSSR jederzeit herangezogen werden können.

Gewiß ist vieles getan worden zur Herrschaft des Rechts, wie es zum Beispiel die Deklaration Nr. 2625 vom 10. Oktober 1970 über die Grundprinzipien des Völkerrechts und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten getan hat, unter deren sieben Punkten auch von der Forderung nach Selbstbestimmung der Völker und der Erfüllung nach Treu und Glauben die Rede ist. Die Schwäche von alldem liegt noch immer darin, daß Deklarationen und Resolutionen nur Empfehlungen sind und keine bindende Rechtskraft haben.

Eine Schwäche des Völkerrechts ist auch, daß die Urteile des höchsten Rechtsorgans der UNO, des Internationalen Gerichtshofs von Den Haag, auf dem Papier stehenbleiben, weil es keine internationale Vollstreckung gibt, wie wir das beim Urteil des Teheraner Geiseldramas und jetzt im Fall mit Nicaragua erlebt haben.

Seit *Tschernobyl ist Europa gefordert*, zum Überleben den vielen Wor*ten nun Taten folgen zu lassen. Die* Zeit dazu ist überreif. Hier liegt die Chance, *die Teilung Europas und die* Spaltung Deutschlands im Geist der *Selbstbestimmung der Völker und* der Menschenrechte zu überwinden. Hier geht es um die „Implementierung" eines besseren, mit Vorrängen, Prioritäten und Schwerpunkten ausgestatteten neuen Völkerrechts. Gen*scher hat ein weites Betätigungsfeld.*

Dr. Herbert Kutschera,
Hürth-Mitte

Wort des Tages

„Der *Kampf der* Vernunft besteht darin, dasjenige, was der Verstand fixiert hat, zu überwinden."

Georg Friedrich Wilhelm Hegel, deutscher Philosoph (1770–1831)

Peinlichkeiten

„Deutschland bleibt ein Schlüsselland"; WELT vom 14. Juli

Das Deutschlandbild des Italieners Piero Ostellini leidet unter einer notorischen Verzerrung und Eintrübung der Optik, die europäische Intellektuelle ohne Tuchfühlung mit den schweigenden Mehrheiten so leicht befällt und die man nicht ignorieren sollte. Die verwegene These, der Tod Bölls hätte ein Vakuum in unserer kulturellen Szene hinterlassen, zielt dann eben doch meilenweit an den Realitäten vorbei. Über die Tatsache, daß unser jüngster Nobelpreisträger je länger je mehr uns mit lauter literarischen Peinlichkeiten und kaum noch zumutbaren ideologischen Ausrutschern versorgte, scheint selbst unter seinen Freunden hierzulande, die sich in ein beredtes Schweigen hüllen, ein unausgesprochener Konsens zu bestehen.

Die naive Trotzreaktion des literarischen Versagers und schlechten Verlierers Grass, der eben erst mit seiner anämischen „Rättin" so etwas wie einen künstlerischen und moralischen Offenbarungseid abgelegt hat und dessen *literarischen Potenzschwierigkeiten* auch nicht mit seinem barocken Untergangsgeschwafel zu kaschieren sind, stellt nun ganz gewiß alles andere als eine markante Zäsur in unserem Kulturleben dar, dessen Funktionäre im roten Plüsch unserer Funkhäuser oder in den Subventions- und Regisseurtheatern nicht einmal mehr fähig oder willens sind, unsere große kulturelle Tradition würdig zu verwalten.

Im übrigen dürften mit einiger Sicherheit Böll wie Grass eines Tages als Paradebeispiel in eine Geschichte literarischer Überbewertungen eingehen, die noch zu schreiben wäre.

Dr. Gustav Sichelschmidt,
Hude

Personen

EHRUNGEN

Mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist in Düsseldorf der Mitbegründer der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. **Heinrich Barth** (71), ausgezeichnet worden. Barth, ehedem persönlicher Referent von Bundeskanzler Konrad Adenauer, war von 1963 bis 1969 Staatssekretär im Bonner Familienministerium. Der promovierte Rechtsanwalt, der seit 1964 Vorsitzender des Bundesparteigerichts der CDU ist, zählte auch zu den Mitbegründern des „Instituts für Begabtenförderung", das er bis 1980 leitete. Der CDU-Politiker erhielt die hohe Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde aus der Hand des nordrhein-westfälischen Innenministers **Herbert Schnoor** (SPD).

*

Dombaumeister Dr. **Arnold Wolff** ist von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zum Professor ernannt worden. Mit dieser Ehrung werden vor allem die Bemühungen des Kölner Dombaumeisters um die Entwicklung von Restaurierungsverfahren für die mittelalterlichen Domfenster und gefährdeten Glasmalereien des 19. Jahrhunderts gewürdigt. Mit seinem Verfahren zur Steinkonservierung gegen die zerstörerischen Umwelteinflüsse hat Wolff maßgeblich zum Denkmalschutz in Nordrhein-Westfalen beigetragen.

GEBURTSTAGE

Der aus Kiew stammende französische *Archäologe und Kunsthistoriker* **Andre Grabar** begeht am *Samstag in Paris seinen 90. Geburtstag.* Der Wissenschaftler wurde mit Arbeiten über den „Bilderstreit" von Byzanz international bekannt. Sein Hauptwerk „*L'Inconoclasme byzantin*" erschien 1958 und 1985 in Neuauflage. Das 400 Seiten starke, reich illustrierte Buch beleuchtet die archäologische Seite des Streites zwischen Befürwortern und Gegnern der bildlichen Darstellungen der Heiligen Schrift, die die westliche Welt des Mittelalters prägen sollte.

*

Giuseppe Di Stefano, in den 50er Jahren als Partner von Maria Callas einer der begehrtesten Tenöre der Welt, wird morgen 65 Jahre alt. Schon seit Jahren tritt er *nicht mehr* auf. Nach zahllosen, nie verwirklich*ten Ankündigungen eines sängeri*schen Comebacks will er jetzt Thea*ter-Impresario werden. Dem Mailän*der „Corriere della Sera" sagte er in einem Gespräch, er *stelle gerade* eine Besetzungsliste für die Lehar-Operette „Das Land des Lächelns" zusammen, die in Mexiko aufgeführt werde. Das Unternehmen starte von West-Berlin aus. Berlins Theater des Westens und Franz Lehars „Land des Lächelns" im Jahre 1966 waren einer der letzten Schauplätze und Rollen. Zwischen 1948 und 1961, als die Mailänder Scala sich von ihm trennte, rissen sich Opernhäuser in aller Welt um Giuseppe Di Stefano. Daß er auch in dieser Glanzzeit nie „der Größte" war, gehört zur Tragik des aus einer armen sizilianischen Familie stammenden Künstlers und ist sicher nicht seine Schuld.



Giuseppe Di Stefano

VERANSTALTUNGEN

Bundesarbeitsminister Dr. **Norbert Blüm** wird am 1. September im *Kongreßzentrum Hamburg den* 7. Weltkongreß der Internationalen Gesellschaft *für Arbeitsbeziehungen* (International Industrial Relation *Association/IIRA) eröffnen.* Zum ersten Mal hält die IIRA, die *ihren Sitz in Genf hat, einen Welt*kongreß in der Bundesrepublik Deutschland ab. *Der Kongreß steht* unter der Leitung von Professor Dr. **Hans-Wilhelm Hetzler** vom Institut für Soziologie der Universität Hamburg. An dem Kongreß werden etwa 500 Wissenschaftler teilnehmen. Themenschwerpunkte der bis zum 4. September andauernden Tagung sind unter anderem „Technologischer Wandel und Arbeitgeber–Arbeitnehmer-Beziehungen" und „Neue Trends bei der Arbeitszeitregelung".

*

Nobelpreisträger Professor **Klaus von Klitzing** hat in der Ostberliner Humboldt-Universität im Rahmen des Max-von-Laue-Kolloquiums über den von ihm entdeckten Quan*ten-Hall-Effekt und Möglichkeiten* seiner Anwendung referiert. Der Physiker *vom Stuttgarter Max*-Planck-Institut für Festkörperphysik hat während *seines zweitägigen* Aufenthalts, zu dem ihn die Humboldt-Universität eingeladen hatte, vor allem Fachdiskussionen mit Wissenschaftlern geführt.

ABSCHIED

Der Vorsitzende des Kuratoriums der in Hannover ansässigen Stiftung Volkswagenwerk, Dr. **Werner Remmers**, hat mitgeteilt, daß der Ständige Vertreter des Generalsekretärs der Stiftung, **Werner Seifart**, zum 31. Dezember 1986 die Stiftung verläßt, um sich nach 18 Jahren erfolgreicher Tätigkeit für diese größte private Stiftung Europas anderen Aufgaben auf dem Gebiet des Stiftungsrechts, der Wissenschaftsorganisation und der Forschungsfinanzierung zu widmen.

MEDIEN

Professor **Albert Scharf**, *stellvertretender* Intendant und Justitiar *des Bayerischen Rundfunks*, ist erneut zum Präsidenten der Europä*ischen Rundfunk-Union (UER)* gewählt worden.

WAHL

Neuer Präsident des Internationalen Verbandes der Pflanzenzüchter (Assinsel) mit seinem Sitz bei Genf in der Schweiz ist der Engländer **T. Martin Clucas**. Clucas, Vorsitzender und ausführender Direktor der Asmer Seeds Ltd. Leicester, ist Nachfolger des ausscheidenden **Cornelius Mastenbroek** aus Holland. Neuer Generalsekretär wurde der Schweizer Jurist **Michel Besson**.

GESTORBEN

Der Mitherausgeber und Verleger der zweiten in der amerikanischen *Zone lizenzierten* Tageszeitung nach dem Zusammenbruch, der im September 1945 erschienenen „Marburger Presse", **Hermann Bauer**, ist in Marburg im *Alter* von *89* Jahren gestorben. Der als Sohn eines Marburger *Druckereibesitzers* geborene Journalist, der während der Weimarer Republik das 1933 von den Nationalsozialisten verbotene „Hessische Tageblatt" in Marburg verlegt hatte, gehörte zu den besten Kennern der Marburger Gegenwart und Vergangenheit.

*

Der frühere Landrat des Kreises Gießen und hessische Landesvorsitzende im Deutschen Jugendherbergswerk, **Ernst Türk**, ist in Gießen im Alter von 63 Jahren gestorben. Der den Sozialdemokraten angehörende *Kommunalpolitiker* hatte die Geschicke des Kreises Gießen von 1967 bis 1977 geleitet.



Unter den 20 reichsten Nationen der Welt steht die Bundesrepublik mit 11 090 Dollar Sozialprodukt je Kopf und Jahr im Mittelfeld. An der Spitze liegen die Vereinigten Arabischen Emirate, es folgen Qatar als weiteres Erdöl-Land, die Schweiz und USA. Die Spitzenstellung der Ölscheichs steht angesichts sinkender Öl-Nachfrage bei fallenden Preisen auf tönernen Füßen. QUELLE: GLOBUS

WELTWIRTSCHAFT

Assoziationsrat: Trotz griechischer Bedenken wird der Rat, der sich mit dem EG-Beitritt der Türkei befaßt, erstmals nach mehrjähriger Unterbrechung am 16. September in Brüssel tagen.

Exportkontrollen: Der US-Senat hat dem Gesetz zugestimmt, mit dem die Ausfuhr von High-Tech-Produkten an Ostblockländer blockiert werden kann, wenn diese für Rüstungszwecke verwendet werden können.

Japan: Stabiles Wachstum zwischen 4 und 5 Prozent bis 1996 sagt das Tokioter Institut für Wirtschaftsforschung voraus. Bis 1995 soll der Dollar einen Wert von nur noch 120 bis 130 (heute rund 155) Yen erreichen.

FÜR DEN ANLEGER

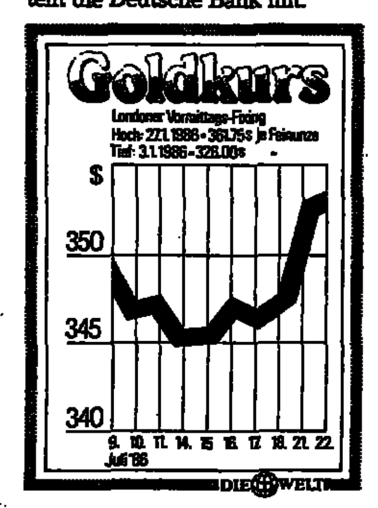
Wertpapierpensionen: Die Bundesbank hat 4,9 Mrd. DM zum Festzins von 4,35 Prozent für die Laufzeit von 28 Tagen zugeteilt.

Vermögensanlagen: Für Schäden, die aus seinem fahrlässigen und eigenmächtigen Handeln entstehen, haftet der Berater eines an der Börse tätigen Unternehmens. Dies entschied der 3. Senat des Bundesarbeitsgerichts in Kassel. (Az.: 3 AZR 477/83)

Währungen: Auf einen neuen historischen Tiefstand ist das Pfund zur D-Mark mit 3,1766 (3,1821) DM in London gefallen. Auch gegenüber dem schwachen Dollar gab die englische Währung mit 1,4945 (1,5010) Dollar noch nach. Die Rohölpreise für englische Sorten lagen um 10 Pfund.

Floating-Rate-Notes: Eine 200-Mill.-Dollar-Anleihe begibt die Commerzbank Overseas Finance. Die siebenjährige Anleihe wird mit 6-Monats-Limean verzinst, zu pari begeben und von der Commerzbank AG garantiert.

Electricité de France: Eine Anleihe über 300 Mill. DM mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Jahreszinssatz von 6,125 Prozent wird von der Republik Frankreich garantiert. Der Verkaufspreis beträgt 99,75 Prozent, teilt die Deutsche Bank mit.



WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 241,64 (243,50); Chemie: 142,55 (143,67); Elektro: 282,72 (283,97); Auto: 639,48 (647,61); Maschinenbau: 135,82 (137,05); Versorgung: 137,38 (138,51); Banken: 368,10 (371,40); Warenhäuser: 139,87 (140,12); Bauwirtschaft: 464,97 (463,33); Konsumgüter: 163,85 (164,06); Versicherung: 1249,69 (1255,42); Stahl: 141,55 (142,49).

Nachbörse: Behauptet.

MÄRKTE & POLITIK

Kohle: Um die Hälfte auf mehr als 7 Mrd. DM werden die Subventionen für den deutschen Steinkohlenbergbau 1986 steigen, schätzt der Verein Deutscher Kohlenimporteure. Pro Beschäftigten ergibt das 44 000 DM. (S. 9)

Agrarpolitik: Für eine Abstimmung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, damit „Fortschritte in der EG erzielt" würden, haben sich die Landwirtschaftsminister Kiechle und Guillaume ausgesprochen. 1987 sollen die Preise weiter erhöht werden, erklärten beide nach einem Treffen in Nancy.

Stahl: In der ersten Jahreshälfte sank die Produktion in der westlichen Welt um 2,2 Prozent auf auf 215,6 Mill. Tonnen Rohstahl.

Westfalen-AG: An den Gesetzgeber wird appelliert, verbleites Normalbenzin schnellstens aus dem Verkehr zu ziehen. Es habe keine Zukunft mehr und belaste kleinere Tankstellen sehr stark, weil sie in der Übergangszeit zwei Tanks vorhalten müßten.

Tourismus: Das Gastgewerbe beurteilt das Sommergeschäft positiv, hat der Arbeitskreis Fremdenverkehr im DIHT ermittelt. Die Investitionsbereitschaft sei „nach wie vor hoch". Viele Betriebe wollen mehr Mitarbeiter einstellen.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

MBB: Eine klare Absage an eine Werft-Beteiligung hat der Vorsitzende der Geschäftsführung, Vogels, abgegeben. Spekulationen, die sich um die Werften-Gruppe Harmstorf rankten, hätten keinerlei Grundlage. (S. 8)

Miele: Das Thema Umweltschutz beschäftigt auch die Hersteller von „weißer Ware". Schonende Waschmaschinen waren neben Mikrowellenherden der Renner beim ostwestfälischen Hausgeräteheresteller. (S. 8)

Bertelsmann: Die Druck- und Industriebetriebe expandieren weiter. Besondere Erfolge erzielen die ausländischen Töchter, die 45 Prozent zum Umsatz beitragen. (S. 9)

NAMEN



Ruhestand: Dr. Jürgen Stech, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft und Vorstandsvorsitzender der Technischen Werke der Stadt Stuttgart AG (TWS), wird am 26. Juli 65 Jahre alt. Er tritt am 31. Dezember in den Ruhestand. Sein Nachfolger bei TWS wird Vorstandsmitglied Prof. Dr. Heinz Brüderlin.

Versicherer: Als Nachfolger des verstorbenen Dr. Heinz Bach ist Dr. Hans Karl Jäkel, Vorstandsvorsitzender der Vereinigte Krankenversicherung AG, München, in den Vorstand des Verbandes der privaten Krankenversicherungen, Köln, gewählt worden.

Das Spiel ist das einzige, was Männer wirklich ernst nehmen. Deshalb sind Spielregeln älter als alle Gesetze der Welt.
Peter Bamm, Schriftsteller

Das Vermögensbildungsgesetz stößt in der Wirtschaft auf harte Kritik

DIHT: Überaus komplizierte Regelungen bringen unzumutbaren Verwaltungsaufwand

HEINZ STÜWE, Bonn

Die vermögenspolitischen Pläne der Bundesregierung finden in der Wirtschaft ein sehr kritisches Echo. Während der DGB sich gegen die Bevorzugung von Beteiligungswerten gegenüber der Sparförderung wendet, halten die Spitzenverbände der Wirtschaft viele Regelungen der geplanten zweiten Stufe der Vermögensbildung für zu kompliziert und wenig praktikabel.

Nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages laufen die Bestimmungen des Entwurfs, den das Kabinett Anfang August beschließen will, „der Forderung nach Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung diametral zuwider." Als Beispiel greift die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern die Neufassung des Paragraphen 19a Einkommensteuergesetz heraus. Danach sind künftig, wenn der Arbeitgeber seinen Beschäftigten Beteiligungswerte verbilligt überläßt, bis zu 500 (bisher 300) Mark jährlich einkommensteuer- und sozialabgabenfrei.

Die Anhebung des Freibetrags entspreche einer alten Forderung der Wirtschaft, gesteht der DIHT zu, fragt aber, ob es nötig sei, die bisher schon sehr komplizierte Vorschrift noch auf dann zehn Absätze mit über 20 Unterabsätzen zu verlängern. „Die Anwendung des vorgesehenen Paragraphen 19a EStG würde zu einer unzumutbaren Belastung der Lohnbüros, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, führen. Es muß nämlich in jedem Einzelfall überprüft werden, ob Lohnsteuer und Arbeitnehmer-Sparzulage zutreffend einbehalten und abgeführt beziehungsweise ausgezahlt werden", heißt es in der DIHT-Stellungnahme. Daß Prüfungspflicht und Haftung des Arbeitgebers nicht geklärt seien, bemängelt auch die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA).

Für den DIHT stellt sich die grundsätzliche Frage, ob eine staatliche Förderung der Vermögensbildung notwendig ist. Denn bei einer allgemeinen steuerlichen Entlastung könnten sich vermögenswirksame Leistungen des Staates erübrigen.

Ähnlich grundsätzlich fällt die Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) aus. „Die Beschäftigungspolitik hat für uns absoluten Vorrang", betont Wilfried Höhnen, Vermögensbildungsexperte des DGB. Die Erhöhung des Lohnsteuerfreibetrags aber enge den Finanzierungsspielraum für eine beschäftigungssichernde Fiskalpolitik weiter ein. Mit der Steuervergünstigung und der Einbeziehung von GmbH-Anteilen in den Anlagekatalog werde die Förderung betrieblicher Beteiligungsmodelle weiter ausgedehnt. Die aber lehnt der DGB kategorisch ab, weil sie, wie Höhnen betont, dem Arbeitnehmer „mehr Nachteile als Vorteile" bescherten. Der DGB fordert für alle betrieblichen Beteiligungen eine Insolvenzsicherung.

Die Beteiligungs-Sondervermögen, von denen sich Bonn einen Durchbruch bei der überbetrieblichen Mitarbeiterbeteiligung verspricht, sind für den DGB kein Ersatz für Tariffonds. Aber auch die Bundesvereinigung sieht darin keine praxistaugliche Lösung, da die Probleme der Bewertung und der Liquiditätssicherung dieser speziellen Form von Investmentfonds, die bis zu 30 Prozent ihres Vermögens in stillen Beteiligungen anlegen können, nicht ausgeräumt seien.

Kein Mieterschutz für kleine Läden

Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der SPD – Neue bürokratische Hemmnisse

ARNULF GOSCH, Bonn

Eine Verstärkung des Mieterschutzes für kleine und mittlere Gewerbetreibende in den Innenstädten hält die Bundesregierung nicht für erforderlich. In seiner jetzt veröffentlichten Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Martin Grüner, daß eine Verstärkung des Mieterschutzes speziell für diese Gruppierung zu einer Spaltung des Mietrechts für Geschäftsräume führen würde. Je nach Betriebsgröße, Betriebsart und Standort würde entweder Mietrecht mit einfachem oder mit „verstärktem" Mieterschutz gelten. Schon deshalb könne eine solche Maßnahme nicht in Betracht kommen.

Vor allem aber wäre nach Grüners Worten zu befürchten, daß ein Sonderrecht mit verstärkten Mieterschutzbestimmungen für Klein- und Mittelbetriebe deren Mitbewerbschancen bei der Anmietung attraktiver Geschäftsräume nicht unerheblich verschlechtern würde.

Der Vermieter würde sich regelmäßig die zusätzliche Einschränkung seiner Rechte durch einen Mietzuschlag abgelten lassen oder aber von vornherein an einen Bewerber vermieten, für den die Schutzvorschriften nicht gelten. Erst recht wäre es widersprüchlich, wenn gleichzeitig mit der ansatzweisen Herstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse im Wohnungsbereich die Vertragsfreiheit im Geschäftsraumbereich durch Ausdehnung des gesetzlichen Mieterschutzes eingeschränkt würde.

Auch eine Verlängerung der gesetzlichen Kündigungsfrist bei Geschäftsraummieten wird von der Bundesregierung nicht in Erwägung gezogen. Grüner verweist in diesem Zusammenhang auf die Antwort des Staatssekretärs Kinkel vom 21. 10. 1983.

An anderer Stelle erinnert Grüner an die verstärkten Anstrengungen der Bundesregierung zur Deregulierung und zum Abbau übermäßiger und überfälliger bürokratischer Hemmnisse, die den Unternehmen mehr Freiheits- und Handlungsspielräume brächten und so zu deren Existenzsicherung beitragen könnten.

In diesem Sinne könnte auch die angestrebte Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten nicht nur den Verbrauchern, sondern auch vielen mittelständischen Gewerbetreibenden, insbesondere kleineren unabhängigen Einzelhandelsgeschäften in den Stadtzentren, neue Chancen eröffnen.

Im übrigen geht die Bundesregierung davon aus, daß der anhaltende konjunkturelle Aufschwung – insbesondere auch die zunehmend verbesserte Binnenkonjunktur und der in diesem und im nächsten Jahr zu erwartende Kaufkraftzuwachs – zu einer weiteren nachhaltigen Belebung der Geschäftstätigkeit im Einzelhandel führen werde.

US-Sozialprodukt um 1,1 Prozent angestiegen

VWD, Washington

Um real 1,1 Prozent hat sich das Bruttosozialprodukt in den USA im zweiten Quartal erhöht. Diese Wachstumsrate liegt am unteren Ende der Prognosen. Gleichzeitig wurde die Wachstumsrate für das erste Quartal auf 3,8 Prozent gegenüber den zunächst gemeldeten 2,9 Prozent nach oben revidiert, teilt das US-Handelsministerium mit. Die Inflationsrate im Rahmen der Sozialproduktsberechnung wird für das zweite Quartal mit 2,1 Prozent angegeben. Sie liegt damit am oberen Ende der Prognosen.

Die saisonbereinigte Jahresrate für das Bruttosozialprodukt von real 1,1 Prozent im zweiten Quartal ist nach Angaben des Handelsministeriums die niedrigste seit dem vierten Quartal 1982 (0,6). Für das erste Halbjahr wird das reale Wachstum mit 2,4 Prozent angegeben. Um das von der Regierung vorgegebene Wachstumsziel von vier Prozent zu erreichen, müßte sich das Bruttosozialprodukt im zweiten Halbjahr nach Angaben des Ministeriums um real 5,6 Prozent erhöhen. Die Inflationsrate von 2,1 Prozent im zweiten Quartal ist die niedrigste seit dem zweiten Quartal 1967, als kein Preisanstieg zu verzeichnen war. Für das erste Quartal ergibt sich eine revidierte Rate von 2,5 (2,9) Prozent.

AUF EIN WORT



„Während wir unsere Subventionen zurückzahlen sollen, dürfen unsere EG-Konkurrenten ihre gigantischen Subventionen natürlich behalten. Die Bundesregierung mißt hier mit zweierlei Maß: nachsichtiges Verständnis für unsere Konkurrenten – drakonische Härte und bürokratische Pingeligkeit gegenüber der bedürftigen eigenen Stahlindustrie."

Dr. Detlev Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG, Dortmund.
FOTO: DPA

Sozialwahlen 86: „Sonstige" legten um acht Sitze zu

tl. Bonn

„Bemerkenswert ist vor allem das gute Abschneiden der sonstigen Arbeitnehmervereinigungen bei den Angestellten-Ersatzkassen." Diese Feststellung traf der Bundesbeauftragte für die Sozialwahlen 1986, der SPD-Bundestagsabgeordnete, Eugen Glombig, gestern vor der Presse. Diese Gemeinschaften, die meistens den Namen des Versicherungsträgers benutzen, erreichten in den Wahlen des Jahres 1980 bei den sechs Ersatzkassen, bei denen auch jetzt wieder gewählt wurde, 138 Sitze. Das Ergebnis der diesjährigen Wahlen erhöhte diese Zahl auf 146 von 230 verfügbaren Sitzen. Glombig teilte mit, daß nur noch bei 35 Versicherungsträgern im Vergleich zu 49 im Jahr 1980 wirkliche Wahlhandlungen stattfanden. Die Zahl der Wähler sei dennoch wegen der größeren Zahl der Versicherten vor allem bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und den Ersatzkassen auf fast 35,3 Mill. gegenüber rund 32,8 Mill. vor sechs Jahren gewachsen. Die Zahl der abgegebenen Stimmen sei 1986 mit über 15,46 Mill. höher gewesen als die fast 14,37 Mill. bei der letzten Sozialwahl. Die Wahlbeteiligung habe 43,85 Prozent betragen und sei damit gegenüber den 43,78 Prozent vor sechs Jahren so gut wie unverändert geblieben.

Mexiko erhält neuen Milliardenkredit

Abkommen mit dem Währungsfonds unterschriftsreif – Banken-Verhandlungen gehen weiter

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Unterzeichnung eines Beistandsabkommens zwischen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und Mexiko steht unmittelbar bevor, nachdem eine Regierungsdelegation des mittelamerikanischen Landes ihre Ankunft in Washington avisiert hat. Nach dem Programm wird sie eine Absichtserklärung mit den Einzelheiten der geplanten Wirtschaftsreform vorlegen. Im Gegenzug stimmt der IWF einem Kredit über rund 1,5 Mrd. Dollar zu, der in den kommenden 18 Monaten in Etappen gezogen werden kann.

Gerechnet wird damit, daß die Verhandlungen mit den Geschäftsbanken im September zu einem Ergebnis führen. US-Finanzminister Baker und der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Volcker, haben die führenden Gläubigerinstitute in einem Gespräch bereits darauf hingewiesen, daß Mexiko von ihnen 5 bis 6 Mrd. Dollar an „frischem" Geld fordern wird. Davon sollen 2,5 Mrd. Dollar 1986 und der Rest 1987 ausbezahlt werden, wobei die Entwicklung des Ölpreises berücksichtigt wird.

Aus der Sicht der Reagan-Administration wird Mexiko zum Testfall. In den nächsten Wochen muß sich erweisen, ob die Baker-Initiative wirklich faßt. Sie sieht tiefgreifende Reformen der Schuldnerländer vor, während als Belohnung der IWF, die Weltbank und andere Entwicklungsorganisationen sowie die Privatbanken harte Valuten bereitstellen. Falls die Banken den Ölpreis-Mechanismus akzeptieren, müßten sie bei einer weiteren Ölverbilligung ihre Ausleihungen auf 7 Mrd. Dollar erhöhen. In Bankkreisen werden deshalb schon skeptische Stimmen laut.

Noch keine Einigung ist zwischen den USA und Mexiko über einen Überbrückungskredit erzielt worden. Genannt werden 1,5 Mrd. Dollar, die von den Vereinigten Staaten, multilateralen Entwicklungsinstitutionen und den Privatbanken kommen sollen. Eine solche Aktion wäre nicht nötig, wenn das Gesamtpaket bis spätestens Ende September geschnürt ist. Denn dann könnte der IWF die erste Rate auszahlen.

Die mexikanische Regierung ist insofern in einer schwierigen Position, als sie das Haushaltsdefizit um gut ein Zehntel kappen muß, wenn das Reformprogramm bei den Gläubigern Anklang finden soll. Zur Zeit macht es mehr als 13 Prozent des Bruttosozialprodukts aus.

Etikettenschwindel

Von THOMAS LINKE

Im Grunde hat sich bei den diesjährigen Sozialwahlen wieder die alte Konstellation ergeben. Die Interessen- und Mitgliedergemeinschaften gingen meistens als Sieger aus dem Rennen um die Sitze in den Parlamenten der Sozialversicherungsträger hervor – die Gewerkschaften werden wieder das alte Lied von der gesetzlich erlaubten Wählertäuschung, dem unlauteren Wettbewerb und dem Etikettenschwindel singen, so wie sie es lautstark schon vor den Wahlen getan haben. Nur, es hat auch dieses Mal nichts genützt.

Ist denn nun der Wahlberechtigte so dumm, daß er die Warnungen nicht richtig verstanden hat? Oder will der Angestellte – dem Arbeiter haben die Gewerkschaften die Entscheidung über seine Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen meistens schon abgenommen – bewußt sein Kreuzchen an eine Stelle setzen, wo nicht unbedingt DGB, ÖTV oder DAG steht? Es trifft wohl von beidem etwas zu.

Bei den diesjährigen Sozialwahlen hat sich wieder die alte Konstellation ergeben. Das Ergebnis läßt sich als Votum gegen die Allmacht der Gewerkschaften interpretieren.

Bei den Sozialwahlen 1974 erlebten die Gewerkschaften ihren ersten deftigen Erdrutsch. Und das Bundesverfassungsgericht hatte daran nicht unerheblichen Anteil. Es hob 1971 einen Erlaß auf, der es den Listen verbot, den Namen des Versicherungsträgers in der eigenen Listenauszeichnung für die Wahl zu führen.

Bei den Wahlen 1968 galt dieses Verbot, und das Ergebnis dient dem DGB heute noch als Beweis für seine Attacken: Die Listen waren praktisch zur Bedeutungslosigkeit verdammt, sie erreichten nur zwischen vier und fünf Prozent der Stimmen – heute haben sie beispielsweise bei der Barmer Ersatzkasse über 55 Prozent der Stimmen und mit 34 Sitzen die Mehrheit im Parlament. Bei der Hamburg-Münchener Ersatzkasse sind es sogar 68 Prozent. In den seltenen Fällen, wo im Arbeiterbereich, sprich Ortskrankenkassen oder auch in der gesetzlichen Unfallversicherung, gewählt wurde, ist der DGB oder die IG Metall allein ähnlich dominierend.

Diese zweigleisige Tendenz bestätigte sich seit 1974 alle sechs Jahre. Neben der Erlaubnis aus Karlsruhe, mit dem Namen des Versicherungsträgers auf Stimmenfang zu gehen, trug allerdings noch eine andere Entscheidung zu den Erfolgen der freien Listen bei. Erstmals bei der Abstimmung 1974 wurde die Briefwahl eingeführt. Die Wahlbeteiligung verdoppelte sich auf konstante 40 bis 50 Prozent. Nun stimmten nicht mehr nur Funktionäre und Organisierte ab, die damals wohl allein wußten, was Sozialwahlen überhaupt sind. Auch der unorganisierte Arbeitnehmer konnte in Verbindung mit einer intensivierten Öffentlichkeitsarbeit an die Wahlurne, sprich den Briefkasten, gelockt werden.

Doch die Gewerkschaften sollten es sich nicht zu leicht machen, die Ergebnisse allein diesen für sie sicher unvorteilhaften Veränderungen in die Schuhe zu schieben. Die Ergebnisse bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte oder bei den Ersatzkassen lassen sich auch anders deuten. Obwohl viele Wähler mit Namen wie Techniker-Krankenkasse-Interessengemeinschaft oder DAK Mitgliedergemeinschaft ja nun überhaupt nichts anfangen können, haben sie genau an der Stelle ihr Kreuzchen gemacht. Und das wird ja einen Grund haben.

War es das kleinere Übel? Denn gegen den vom DGB proklamierten Alleinvertretungsanspruch half eben nur die Stimme für Kandidaten, die keiner kennt und die aus finanziellen Gründen auch keinen Wahlkampf führen konnten. Insofern läßt sich das Ergebnis auch als Votum gegen die Allmacht der Gewerkschaften interpretieren. Immerhin ist in dieser Republik nur jeder dritte abhängig Beschäftigte in einer Gewerkschaft. Bei den Angestellten sind es noch weniger. Hier ist eine der ganz wenigen Möglichkeiten, zu zeigen, was man vom Alleinvertretungsanspruch der Gewerkschaften hält.

Unglaubwürdig wird das ganze Gezeter der Gewerkschaften um ein neues Wahlrecht, wenn der verblüffte Wähler auf einmal feststellen muß, daß die Gewerkschaften nun selber Etikettenschwindel betreiben und mit einer der sonst so gescholtenen freien Listen koalieren, wie etwa die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft bei der BfA.

Bei den nächsten Sozialwahlen 1992 müssen dann auch diese „Gewerkschaftstarnlisten" Farbe bekennen. Dann reicht der Name des Versicherungsträgers allein nicht mehr aus. Es müssen aussagefähige Programme vorgelegt werden und der Anteil der Bediensteten des Versicherungsträgers darf nicht über 25 Prozent liegen. Man darf auf die Ergebnisse gespannt sein – auch wenn die stark beschnittenen Kompetenzen die Selbstverwaltung an sich auch weiter in Frage stellen. Daran wird die auch diesmal wieder sehr ansehnliche Wahlbeteiligung nichts ändern.

Verbal mutig

hg – In Sachen Ladenschluß zeigt die FDP gelegentlich Mut – jedenfalls verbal. Jüngster Beweis ist die Aussage von Staatssekretär Martin Grüner, daß die von der Bundesregierung angestrebte Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten nicht nur dem Verbraucher nützen werde, sondern auch dem mittelständischen Einzelhandel.

Der wird die Botschaft hören und bestimmt nicht daran glauben. Nicht umsonst haben einschlägige Verbandsfunktionäre und Politiker – vor allem jene, die sich gern mit dem Etikett „Mittelstand" schmükken – jahrelang an der Basis Seelen massiert. So daß heute kein Einzelhändler und schon gar kein mittelständischer Gefallen daran fände, etwa im Sommer nachmittags schwimmen zu gehen und dafür seinen Laden am Abend länger offenzuhalten. Lieber wartet er schwitzend auf Kundschaft – die ist natürlich im Schwimmbad – und erquickt sich an der Erkenntnis, daß in diesem Staate alles seine Ordnung haben muß. Und darum macht er um halb sieben seinen Laden zu.

Es ist verdienstvoll, wenn die FDP an dieser Ordnung rüttelt. Gleichwohl ist es kühn, zu behaupten, daß die Bundesregierung eine Flexibilisierung des Gesetzes anstrebe: Die CDU strebt mitnichten. Ihre vor zwei Jahren eingesetzte Ladenschlußkommission ist nämlich zu der Überzeugung gekommen, daß man derlei nicht wolle. So daß sich der kleine Koalitionspartner, wenn er hier wirklich etwas in Bewegung bringen möchte, schon ziemlich warm anziehen muß. Und auch dann könnte es am Ende so ausgehen wie der kürzlich verabschiedete kümmerliche Kompromiß für Bahnhöfe und Flughäfen – da hat die FDP leider keinen besonderen Mut bewiesen.

Weltweit wurden 2,2 Prozent Rohstahl weniger produziert

Die Staaten der EG verzeichneten die stärksten Einbußen

AP, Brüssel

In der ersten Jahreshälfte 1986 haben die wichtigsten Stahlproduzenten der westlichen Welt mit 215,65 Mill. Tonnen Rohstahl 2,2 Prozent weniger produziert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wie das internationale Institut für Eisen und Stahl am Dienstag in Brüssel berichtete. Im Juni 1986 habe der Produktionsrückgang in diesen Ländern mit 34,4 Mill. Tonnen Stahl gegenüber dem Juni 1985 sogar bei 6,7 Prozent gelegen, hieß es.

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft waren dem Bericht zufolge hiervon am stärksten betroffen. Der Ausstoß von Stahl sank im vergangenen Monat um elf Prozent auf 10,47 Mill. Tonnen. Nach Angaben des Instituts verzeichneten die Stahlproduzenten in Großbritannien, Portugal, Belgien und der Bundesrepublik die stärksten Einbußen. In den USA verließen im Juni 1986 6,07 Mill. Tonnen Stahl die Hüttenwerke, acht Prozent weniger als im im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit 8,25 Mill. Tonnen lag der Rückgang in Japan bei sechs Prozent. Im Gegensatz zum weltweiten Trend konnte Südkorea seine Stahlproduktion um sechs Prozent auf 1,2 Mill. Tonnnen im Juni steigern. Das Institut gab an, daß auf die von ihr untersuchten Stahlproduzenten 97 Prozent der Weltstahlproduktion des vergangenen Jahres entfallen sei, wobei die Staaten des Ostblocks, China und Nordkorea nicht berücksichtigt wurden.

Holtzmann: Plus im Papierexport

nl. Stuttgart

Ein „insgesamt positives Geschäftsjahr 1986" prognostiziert der renommierte Papierhersteller E. Holtzmann & Cie. AG, Weisenbach im Murgtal. Der Umsatz lag im ersten Quartal mit 162 Mill. DM auf Vorjahresniveau. Zwar habe sich die unbefriedigende Lage beim Zellstoff fortgesetzt, doch habe man dies durch Mehrumsätze in anderen Bereichen nahezu ausgeglichen.

Im Geschäftsjahr 1985 war bei Holtzmann die Produktion von Papier, Karton, Papierverarbeitungsprodukten und Zellstoff leicht um 1,3 Prozent auf 539 000 Tonnen zurückgegangen. Demgegenüber verbesserte sich jedoch der Außenumsatz in Folge gestiegener durchschnittlicher Verkaufserlöse um 4,8 Prozent auf 663 Mill. DM. Während das Inlandsgeschäft nur leicht über dem Stand des Vorjahres lag, weitete sich das Exportgeschäft auf einen Umsatzanteil von 31,8 (28,9) Prozent aus.

Der Absatz von Zeitungsdruckpapier sei unter dem Vorjahreswert geblieben, habe sich bei Zeitschriftenpapiere aber auf hohem Niveau gehalten. Eine gute Auslastung zeigten die *drei Bereiche Karton,* Spezialpapiere und Tapetenrohstoffe.

Ausgewiesen wird ein auf 8,5 (7,7) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß, aus dem 4,2 (3,8) Mill. DM den Rücklagen zugeführt und eine Dividende von acht Prozent auf das überwiegend in Familienbesitz befindliche Aktienkapital von 52 Mill. DM ausgeschüttet werden. Das Unternehmen arbeitet *mit einer Eigenmittelquote* von 21,0 (21,6) Prozent. Beschäftigt werden über 1800 Mitarbeiter.

„Beteiligung an Zukunftsprojekten ist unverzichtbar"

MBB will die Raumfahrt zu einem Schwerpunkt ausbauen – Hoffnung auf weitere Exportaufträge für den Tornado

DANKWARD SEITZ, München

„Wir haben theoretisch schon alle Fähigkeiten verfügbar, die für die übernächste Antriebsgeneration im Rahmen von Hyperschallprogrammen erforderlich sind." Der Blick in die Zukunft von Hanns Arnt Vogels, Vorsitzender der Geschäftsführung der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH in Ottobrunn, umfaßt nicht einen Zeitraum von 20 oder 50 Jahren, sondern geht weit ins nächste Jahrtausend hinein. Und damit wird wohl am besten charakterisiert, in welcher Größenordnung heute bereits beim größten deutschen Luft- und Raumfahrtkonzern gedacht wird.

Eine Zukunft, in der junge und neue Technologien zu neuen Produktansätzen führen und schon in einer überschaubaren Zeit große, attraktive Märkte eröffnen werden. Darauf muß sich MBB, so Vogels, einstellen und die notwendigen Konsequenzen ziehen. Dabei wird „der Weltraum rasch zu einer neuen Dimension für alle Aktivitäten". Damit jedoch die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie den Anschluß an diese Entwicklung nicht verpaßt, ist es nach Ansicht des MBB-Chefs eine „unverzichtbare" Voraussetzung, daß die Bundesrepublik an allen kommenden *oder sich abzeichnenden* Programmen (Hermes, Columbus, Eureka, Jäger 90, Sänger oder Hotol) eine „substantielle Beteiligung von mindestens 30 Prozent" eingeht. Das erklärte Ziel von MBB jedenfalls sei es, an all diesen Projekten als deutscher Systemführer mitzuarbeiten und technisch anspruchsvolle Arbeitspakete zu übernehmen.

Der Unternehmensbereich Raumfahrt dürfte vor diesem Hintergrund in den nächsten Jahren wohl zu einem Schwerpunkt bei MBB werden. Schon 1990 soll er rund 3 Mrd. DM zum Gesamtumsatz der Gruppe von annähernd 10 Mrd. DM beitragen. Das enorme Wachstum im vergangenen Jahr sei allerdings nur auf vorzeitige Auftragsabrechnungen zurückzuführen; 1986 werde daher der Umsatz wieder auf rund 400 Mill. DM zurückfallen. Weder finanziell noch in der Produktion beeinträchtigt worden sei MBB, so Vogels, von den bedauerlichen Unfällen des Space Shuttles und der Ariane 4.

Recht zuversichtlich beurteilte Vogels auch den zivilen und militärischen Flugzeugbau bei MBB. Mit der Erteilung des 7. Loses für das Kampfflugzeug Tornado, das bis 1991 läuft, sei schon die drohende Beschäftigungslücke bis zum Serien-Anlaufen *des Jägers 90 im Jahr 1985 deutlich* reduziert worden. Und, so Vogels, warum sollten keine neuen Exportaufträge wie aus Saudi-Arabien und Oman hereinkommen? Ebenso sei es doch möglich, daß auch andere NATO-Staaten noch weitere Tornados benötigten. Die Grunddefinition für den Jäger 90 soll Ende 1986 abgeschlossen werden; mit dem Erstflug wird für 1990 gerechnet.

„Erfreuliche" Erfolge könne man bereits beim Airbus 320 verbuchen, dessen Erstflug für das Frühjahr 1987 vorgesehen ist. Insgesamt seien von *diesem Typ* bereits 134 Flugzeuge verkauft und 133 Optionen hereingenommen worden. Weiter gedrosselt werden mußte dagegen die Produktion der A 300 und A 310, von denen bisher 408 Stück verkauft und 350 ausgeliefert sind. Aus seiner Airbus-Beteiligung mußte MBB schon Anlaufverluste von rund 1,6 Mrd. DM verkraften; davon 135 (110) Mill. DM im vergangenen Jahr. 1986 dürften noch einmal 60 Mill. DM hinzukommen.

Nicht akzeptiert werden konnte, so Vogels, ein Kooperations-Angebot des amerikanischen Flugzeugherstellers McDonnell-Douglas. Dies hätte bedeutet, daß Airbus zugunsten einer DC 11 auf die Entwicklung einer A 340 hätten verzichten müssen. Im *Gegenzug* habe man nun seinerseits den Amerikanern angeboten, die DC 11 zurückzustellen und dafür an der A 330 und A 340 mitzuarbeiten. Eine Reaktion dazu liege noch nicht vor, jedoch sei kaum mit einer positiven Antwort zu rechnen.

Als aussichtsreich bewertete Vogels hingegen die Pläne von MBB, zum einen mit der Volksrepublik China und zum anderen mit der indonesischen Fluggesellschaft IPTN sowie Boeing jeweils ein Regionalflugzeug zu bauen. Wenn das Vorhaben mit China bis Ende 1987 zu positiven Studienergebnissen führe, dann könnte 1990 mit der Entwicklung eines 75- bis 80sitzigen Flugzeuges begonnen werden.

MBB-Konzern	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	6911	+ 5,1
dav. Flugzeugbau	3181	+ 4,9
militärisch	1586	+ 3,6
zivil	1595	+ 6,3
Wehrtechnik	1520	- 12,2
Hubschrauber	334	- 19,1
Raumfahrt	757	+101,3
Sonstiges	219	+ 30,4
Gesamtleistung	5870	+ 0,6
Mitarbeiter ¹)	36 915	+ 4,0
Sachinvestitionen	320	+ 17,2
Abschreibungen	261	+ 6,5
Brutto-Cash-flow ²)	536	- 7,1
Netto-Cash-flow ²)	402	+ 1,0
Jahresüberschuß	109	+ 11,2
Bilanzsumme	6438	+ 3,5
Eigenkapital	871	+ 9,1

¹)Zum Jahresende; ²)nach eigenen Angaben.

Umsatzsteigerung bei Miele

Umweltfreundliche Waschmaschinen waren die Renner

H. HILDEBRANDT, Gütersloh

Um 11,6 Prozent auf 2,013 (1,80) Milliarden DM konnte Haushaltsgerätehersteller Miele und Cie, Gütersloh, seinen Umsatz im Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) ausbauen, der damit erstmalig die Zwei-Mrd.-DM-Schwelle überschritt. Wie schon im Vorjahr trugen vor allem die Auslandserlöse zu dieser positiven Entwicklung bei. Sie erhöhten sich um 19 (11,4) Prozent auf 1,07 Mrd. DM, obwohl Wechselkursveränderungen die Absatzchancen *negativ beeinflußten.* Die Schwerpunkte der Exportaktivitäten lagen wiederum in den westeuropäischen Ländern wie Frankreich, den Beneluxstaaten, der Schweiz und Österreich sowie in Übersee, wo das Unternehmen mit eigenen Vertriebsgesellschaften präsent ist.

Die Entwicklung im Inland hat mit der im Ausland zwar nicht Schritt gehalten, die Miele-Gruppe erzielte hier jedoch trotz harten Wettbewerbs ein Umsatzplus von 4,2 Prozent, nachdem im Vorjahr noch ein Minus von sechs Prozent verzeichnet wurde. Da im zurückliegenden Jahr keine Preisanhebungen erfolgten, entspricht dieser Zuwachs einer realen Erhöhung.

Hauptumsatzträger mit mehr als 80 Prozent waren wiederum die Hausgeräte. Hier gab es vor allem für neue umweltfreundliche Waschmaschinen einen Nachfrageschub, der den Umsatz in diesem Bereich um 20 Prozent ansteigen ließ. Besonders gut im Rennen lagen weiterhin Mikrowellengeräte, hier stieg der Umsatz sogar um 50 Prozent. Eine leicht steigende Tendenz zeigten Kücheneinbaugeräte, während die schwache Bautätigkeit das Geschäft mit kompletten Einbauküchen nicht expandieren ließ. Im Bereich Landtechnik mit Melk- und Milchkühlanlagen ergaben sich Zuwächse vor allem aus Auslandsaufträgen.

Bei befriedigender bis voller Auslastung der einzelnen Betriebsstätten stieg die Zahl der Mitarbeiter leicht auf 11 648 (11 271), von denen 20 Prozent im Ausland beschäftigt waren. Miele investierte 86 (66) Mill. DM, vorwiegend im Ausbau der Produktionsanlagen.

Im neuen Geschäftsjahr wird eine Verbesserung des Konsumklimas im Inland erwartet, die sich günstig auf die Nachfrage auswirken sollte. Nicht so positiv wie in jüngster Vergangenheit wird dagegen das Auslandsgeschäft beurteilt, da hier Valutaänderungen und protektionistische Maßnahmen greifen könnten.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Bosch verkauft Resicoat

Stuttgart (dpa/VWD) – Die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, verkauft ihre Tochterfirma Resicoat Beschichtungspulver GmbH, Reutlingen, zum 1. September 1986 an die niederländische DSM Resins B. V. Wie Bosch auf Anfrage erklärte, beschäftigt die Firma 75 Mitarbeiter, die von DSM übernommen werden.

Stabile Konjunktur

Tokio (dpa/VWD) – Japan kann nach dem Jahresbericht 1986 des Tokioter Instituts für Wirtschaftsforschung in den nächsten zehn Jahren mit einem stabilen Wirtschaftswachstum zwischen vier und fünf Prozent rechnen. Die verstärkte Errichtung von Produktionsstätten im Ausland werde die heimische Wirtschaft nicht schwächen. Bis 1995 werde der Dollar sich voraussichtlich auf einen Wert von 120 bis 130 Yen hinentwickeln. Dies werde jedoch den Exportüberschuß Japans nicht mindern, da auch der Kapitalexport unvermindert anhalten werde.

Manila verstaatlicht

Manila (dpa/VWD) – Die philippinische Regierung hat die größte Werft des Landes, Bataan Shipyard and Engineering Corp (Mariveles), samt ihren Tochterfirmen verstaatlicht. Die Gruppe gehörte bisher mehrheitlich Alfredo Romauldez, einem Schwager des gestürzten Präsidenten Ferdinand Marcos. Romauldez floh während des Machtwechsels nach Guam. Seitdem wurden rund 40 Firmen aus dem Besitz von Marcos und seinen Günstlingen verstaatlicht.

Plus bei Traub

Reichenbach/Fils (dpa/VWD) – Der Werkzeugmaschinenhersteller Traub AG, Reichenbach/Fils, wird ab 1987 über seine Tochtergesellschaft Traubomatic, São Paulo, die Präzisionsfräsmaschinen der Maho KG, Pfronten, in Brasilien vertreiben. Wie Traub mitteilte, wird Traubomatic zudem Maho-CSC-Fräsmaschinen in Lizenz fertigen. Im Geschäftsjahr 1986 will die Traub-Gruppe die Gesamtleistung auf 340 (1985: 308) Mill. DM steigern. Die AG erwartet eine Leistung von 250 (207) Mill. DM und eine Dividende von 7 DM je Aktie.

Hohe Investitionen

Warburg (hdt.) – Rund 4,3 Mill. DM investiert die Warburger Nahrungsmittelwerke Kurt Hollbach GmbH & Co. KG, Warburg, derzeit in den Ausbau ihrer Produktionslager und ihrer Lagerkapazität. An der 100 bis 110 Mill. Kilogramm betragenden bundesdeutschen Jahresproduktion von Gemüsekonserven ist das Unternehmen mit etwa 25 Prozent beteiligt. Es erzielte 1985 einen Umsatz von rund 36 Mill. DM, die Planzahlen für 1986 liegen bei 40 Mill. DM.

Mann + Hummel gut ausgelastet

dpa/VWD, Ludwigsburg

Die Filterwerk Mann + Hummel GmbH, Ludwigsburg, ein maßgeblicher *Kfz-Zulieferant,* erwartet in den kommenden Monaten – abgesehen vom immer noch schwachen Erstausrüstungsgeschäft für Nutzfahrzeuge – eine zufriedenstellende Auslastung und für 1986 einen bescheidenen realen Umsatzzuwachs. Wie es im Geschäftsbericht 1985 heißt, war das Unternehmen in nahezu allen Bereichen gut beschäftigt.

Der Umsatz der GmbH nahm um 7,7 Prozent auf 636,7 (591,3) Mill. DM zu. Der Jahresüberschuß wird mit 13,6 (13,7) Mill. DM ausgewiesen. Die Gruppe erzielte 1985 eine Umsatzsteigerung auf 823,3 (741) Mill. DM und beschäftigte im Jahresdurchschnitt 7419 (7062) Mitarbeiter, davon 4884 (4750) im Inland. Das Stammkapital von 56 Mill. DM wird nach früheren Angaben je zur Hälfte von den Familien Mann und Hummel gehalten.

Mehr ausländische Aussteller

KölnMesse zieht für 1986 eine gute Halbzeit-Bilanz

Py. Köln

Die KölnMesse erwartet nach einem günstigen ersten Halbjahr für das Gesamtjahr 1986 angesichts elf internationaler Messen und Fachausstellungen einen Umsatz von über 180 Mill. DM (davon 15 Mill. DM Auslandsumsatz), was im Vergleich zum Jahr 1984 (wegen des Zweijahresturnus vieler Veranstaltungen) eine Steigerung um 23 Prozent bedeutet. Das betriebswirtschaftliche Ergebnis soll mit Sicherheit positiv ausfallen. Nach den Worten des Hauptgeschäftsführers der Kölner Messe- und Ausstellungs-GmbH, Dieter Ebert, werden zu den 24 Messeveranstaltungen dieses Jahres über 16 000 Aussteller sowie 900 000 Fachbesucher und Interessenten erwartet.

Im ersten Halbjahr 1986 hat sich im Vergleich zu den vorangegangenen Veranstaltungen die Zahl der Aussteller aus dem Ausland um sechs Prozent auf 9000, die benötigte Fläche um elf Prozent auf 466 000 qm erhöht. Während die Zahl der Auslandsbesucher um 26 Prozent zunahm, blieb der Inlandsbesuch konstant. Ebert begründete das mit dem Hinweis, daß – abgesehen vom ohnehin erreichten Höchstniveau – zu bestimmten Messen statt mehrerer Fachleute eines Unternehmens jetzt gleich die Entscheider kommen.

Inzwischen hat sich die Attraktivität Kölns als Messeplatz für multilaterale *Geschäftschancen etabliert:* Jeder zweite Aussteller und jeder dritte Fachbesucher kommt mittlerweile aus dem Ausland.

Nach der Organisation von Messebeteiligungen für 1600 Aussteller an 39 Messen in elf Staaten – Höhepunkt war die Expo '86 in Vancouver – erwartet die Auslandstochter ISC International Center KölnMesse weitere Beteiligungen an 26 Messen in 14 Staaten bis zum Jahresende.

„Das ist Schizophrenie"

Kohlenimporteure zerren an den Protektionismus-Fesseln

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Harte Worte wie „unsinnig" und „Schizophrenie" fand der Hamburger Verein Deutscher Kohlenimporteure anläßlich der Vorlage seines 1985er Jahresberichts in Düsseldorf zu einer besonderen Variante des zum Schutz des heimischen Steinkohlenbergbaus seit langem praktizierten Kohlenzollkontingent-Gesetzes. Der Ölpreisverfall zeitige für den im Gesetz formulierten „Bestandsschutz" der Positionen heimischer Steinkohle im Wärmemarkt jetzt groteske Folgen.

Verbraucher, die bislang heimische Steinkohle verfeuerten, dürfen zwar ungehindert auf Heizöl oder Erdgas umstellen, die im Vergleich zu Öl/Gas immer noch billigere Importkohle aber dürfen sie nicht nehmen. Also stellen sie mit dem Resultat um, daß sie dem Kohlenabsatz überhaupt verlorengehen, obwohl in der Mischkalkulation aus billiger Importquelle und teurer deutscher Zeche auch für den heimischen Steinkohlenbergbau da noch Absatzchancen wären.

„Dieser Bestandsschutz sollte weg", fordert Vereinsvorsitzender Günter Winkelmann. Und fügt realistischerweise hinzu, daß auch diese mögliche Lockerung des Protektionismus bestenfalls erst in der nächsten Legislaturperiode zu erhoffen sei. Hier wie bei sonst noch geforderten Lockerungen der Einfuhrfessel könnte die Importkohle vom Ölpreisverfall bedrohte Absatzpositionen des heimischen Bergbaus festigen.

Denn sie ist durch Preissenkung der Übersee-Produzenten und zusätzlich durch Dollarkursabfall die billigste Primärenergiequelle. Als Kraftwerkskohle kam sie in Hamburg im zweiten Quartal 1986 für 120 DM/t an, auch ohne die allerbilligsten Mengen von nur 29 Dollar/t. Das ist weniger als die Hälfte des heimischen Kohlenpreises und auch 50 DM/t SKE billiger als das schwere Heizöl.

Der Preisvorteil bleibt langfristig, meint der Verein. Er begründet das mit der intensiven Konkurrenz unter den weltweit 4000 Kohlenproduzenten, mit dem Ausbau von Förder- und Transportkapazitäten auf ein Übersee-Kohlenhandelsvolumen von 440 Mill. Jahrestonnen bis 1990, während die tatsächlich gehandelte Tonnage bis dahin bei 5 Prozent Jahreswachstumsrate erst auf 345 Mill. t steigen werde, und nicht zuletzt mit dem noch riesigen Reichtum wirtschaftlich gewinnbarer Kohlenreserven in Übersee.

An diesem Segen konnten die deutschen Importeure auch 1985 erst mit 8,8 (7,9) Mill. t Drittlandkohle teilnehmen. Aber auch für sie arbeite die Zeit. Denn die 1985er Steinkohlenförderung von knapp 89 (85) Mill. t daheim kostete (ohne die Milliarden Staatszuschüsse für die Knappschaftsversicherung) 5,1 (5,5) Mrd. DM Subventionen, woraus 1986 mehr als 7 Mrd. DM werden. Da komme man nun in Größenordnungen, meint Vorsitzender Winkelmann, mit denen die Belastbarkeit der Volkswirtschaft überschritten werde.

Starke Position in Spanien ausgebaut

Bertelsmann-Druck- und Industriebetriebe haben neue Ambitionen in USA und China

H. HILDEBRANDT, Barcelona

Einen Umsatz von rund 1,9 Mrd. DM erzielte der Unternehmensbereich Druck- und Industriebetriebe (UDI) der Bertelsmann AG, Gütersloh, im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.), 5 Prozent mehr als im Vorjahr. Ursprünglich vorwiegend mit der Produktion für eigene Buchclubs und Verlage befaßt, werden jetzt mit 1,4 Mrd. DM schon fast 75 Prozent des Umsatzes mit fremden Auftraggebern getätigt. Der Bereich umfaßt außer Dienstleistungsfirmen 17 eigene Druckereien und eine Papierfabrik in insgesamt acht Ländern. Er beschäftigte Ende des Geschäftsjahres 8 300 Mitarbeiter und erzielte eine Rendite von 6 Prozent vor Steuern.

Größter Umsatzträger war der Produktionsbereich Werbemittel und Zeitschriften mit etwa 770 Mill. DM, gefolgt von der Produktion Buch mit rund 550 Mill. DM. Auf Spezialwerbemittel wie Plastikkartensysteme und Print-Promotionen entfielen 230 Mill. DM und auf die Papierfabrik weitere 300 Mill. DM.

Die Papierfabrik Cartiere del Garda in Italien erwies sich dabei als besonders rentabel. Innerhalb von vier Jahren verdreifachte sie ihre Produktion auf 150 000 Tonnen, die ursprünglichen Veräußerungsabsichten bestehen nicht mehr.

Ganz oben in der Rangfolge der Erträge steht auch das Kernunternehmen des Bereichs, die Mohndruck GmbH, Gütersloh, die 650 Mill. DM Jahresumsatz erwirtschaftete. Als gewinnbringend erwiesen sich auch die Druckerei Maul-Belser, Nürnberg, die italienische Druckerei in Bergamo und OPM, die Taschenbuch-Druckerei im amerikanischen Dallas. Neben kleineren Betrieben in Österreich und Portugal gehören schließlich auch noch zwei südamerikanische Druckereien zum Unternehmensbereich, deren Entwicklung wegen der dortigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse jedoch praktisch „eingefroren" ist.

Ganz anders sieht die Situation auf dem spanischen Markt aus. Hier gründete Bertelsmann bereits vor 25 Jahren seinen ersten ausländischen Buchclub und betreibt seit geraumer Zeit eine Offset-Druckerei in Barcelona. Die Liberalisierung im Lande ließ hier in den letzten Jahren eine Reihe guter Publikumszeitschriften entstehen und damit auch günstige Voraussetzungen für eine leistungsfähige Tiefdruck-Druckerei. Mit zwei spanischen Verlegern als Partner, die allerdings nur zehn Prozent des Gesellschaftskapitals halten, gründete Bertelsmann 1983 die Eurohueco S. A., Barcelona. Im Sommer 1985 wurde der Betrieb aufgenommen, seit dem Frühjahr 1986 läuft er planmäßig.

Rund 70 Mill. DM wurden in dieses Projekt investiert, dazu vier komplette Tiefdruck-Rotationen aus dem Stuttgarter Betrieb. Zusammen mit rund 300 spanischen Mitarbeitern, teilweise in der Bundesrepublik geschult, bilden 25 deutsche führende Mitarbeiter ein Team, das wohl bestens zusammenarbeitet. „Deutsche Ideen und spanischer Fleiß finden hier zusammen", sagt Gunter Thielen, Bertelsmann-Vorstandsmitglied und Leiter des Unternehmensbereichs UDI.

18 Mill. DM setzte Eurohueco noch im Geschäftsjahr 1985/86 um, etwa 50 bis 60 Mill. DM werden es im laufenden Jahr sein, womit der Break-even-Punkt früher als erwartet erreicht sein wird. Schon jetzt druckt man bis zu 700 000 Zeitschriften pro Tag und setzt einen neuen Qualitätsmaßstab auf dem spanischen Markt, auf dem es an kompetenten Wettbewerbern mangelt. Dabei profitiert Eurohueco nicht nur vom Know-how aus Deutschland, sondern steuert auch selbst zu solchem Transfer bei.

Zielrichtung für die nächste Bertelsmann-Ambition ist eindeutig der amerikanische Markt, „wenn der spanische Schluck aus der Pulle verkraftet ist", wie es Gunter Thielen ausdrückt. Dazu wären Investitionen von zumindest 50 Mill. Dollar erforderlich und daher ist kaum etwas vor Ende 1987 spruchreif. Auch in China haben Bertelsmänner inzwischen Kontakte aufgenommen, im Gespräch ist hier eine Druckerei auf Joint-venture-Basis. Der 45-Prozent-Anteil, den die ausländischen Produktionsstätten zum Gesamtumsatz des UDI-Bereichs beisteuern, dürfte sich mit Sicherheit bald ausweiten.

DKB: Weniger Kreditzusagen

Deutsche Bank erhält für 1985 keine Dividendenzahlung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Trotz der 1985 auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gesunkenen Zahl von Baugenehmigungen im Gefolge eingeschränkter steuerlicher Vorteile des Hausherrenmodells und geringerer Neigung, Eigentumswohnungen primär unter dem Aspekt der Geldwertsicherung zu sehen, wird sich nach Ansicht der deutschen Kreditbank für Baufinanzierung AG (DKB), Köln, erst ab 1987 eine leichte Erholung zeigen. Längerfristig hält das zur Deutschen Bank gehörende Institut die Größenordnung von 30 000 Wohnungen jährlich für realistisch.

Größeres Wachstumspotential sieht die DKB weniger im Neubaubereich als in der Altbauerneuerung, da die Nachfrage nach preiswertem und finanzierbarem Wohnraum zunehmen dürfte. Trotz anhaltend günstiger Baufinanzierungskonditionen bleibt die Zurückhaltung bei der Fremdfinanzierung bestehen. Entgegen früherer Erfahrungen ist die Fremdfinanzierungsquote trotz relativ niedriger Hypothekenzinsen gesunken. Daraus schließt die Bank, daß das Zinsniveau nicht mehr die dominierende Rolle spielt. Die sinkende Fremdfinanzierungsquote sei nicht in erster Linie in einer Verhaltensänderung der Investoren zu suchen. Vielmehr werde bei gleichem Kapitaleinsatz in geringerem Umfang Fremdkapital benötigt.

Bei steigendem Realeinkommen dürfte jedoch die Nachfrage nach Wohnraum zunehmen, sowohl was Quantität als auch Wohnqualität angeht. Möglichkeiten für eine stärkere Wohneigentumsbildung werde seitens der Politik zu wenig Augenmerk geschenkt. Allein zusätzliche Initiativen, die der Verbesserung der Eigentumsstruktur Rechnung tragen, seien erforderlich. Kurzfristige haushaltspolitische Kostenüberlegungen sollten hinter das gesellschaftspolitisch bedeutsame Ziel der privaten Vermögensbildung zurücktreten.

Vor diesem Hintergrund hat die DKB 1985 bewußt vorsichtig operiert. Das Volumen der neuzugesagten Kredite lag mit 1,9 (2,4) Mrd. DM unter dem Vorjahresniveau. Dieser Rückgang fällt allein in den Bereich des kurzfristigen Geschäfts mit 0,77 nach 1,14 Mrd. DM. Im mittel- und langfristigen Sektor wurde das Vorjahresergebnis mit 1,14 (1,21) Mrd. DM nahezu erreicht. Das gesamte Kreditvolumen verringerte sich von 2,9 auf fast 2,5 Mrd. DM, davon waren 1,87 nach 2,41 Mrd. DM kurz- und mittelfristige Forderungen. Ihnen standen 3,2 (4,08) Mrd. DM an fremden Geldern gegenüber.

Zum Ertrag aus dem Geschäftsvolumen, das von 104,3 auf 89,6 Mill. DM zurückging, kam ein Provisionsüberschuß von 11,3 (13,0) Mill. DM. Nach 68,8 (39,5) Mill. DM an Vorsorgemaßnahmen für Kreditrisiken schrumpfte der Jahresüberschuß von 12,7 Mill. DM auf ganze 73 000 DM und läßt keine Dividendenzahlung an die Deutsche Bank zu.



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Beratungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesking, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

FINANZANZEIGEN

HOCHTIEF Aktiengesellschaft · vorm. Gebr. Helfmann · Essen

Kurzfassung der Konzernbilanz in Mio. DM

AKTIVA	31. 12. 85	31. 12. 84
Sachanlagen	870,8	865,8
Finanzanlagen	497,5	418,9
Stoffe, Ersatzteile und Erzeugnisse	59,0	66,4
Nicht abgerechnete Bauarbeiten	2.280,7	2.308,4
Erhaltene Abschlagszahlungen	./. 2.176,4	./. 2.244,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und an Arbeitsgemeinschaften	590,0	713,9
Liquide Mittel	339,1	421,0
Wertpapiere und Schuldscheindarlehen	1.985,1	2.177,1
Übrige Gegenstände des Umlaufvermögens und Rechnungsabgrenzung	205,1	251,2
	4.650,9	4.978,6

PASSIVA	31. 12. 85	31. 12. 84
Grundkapital	200,0	200,0
Rücklagen und Sonderposten mit Rücklageanteil	1.029,6	879,6
Pensionsrückstellungen	480,3	452,3
Andere Rückstellungen, Wertberichtigung	1.460,2	1.356,0
Langfristige Verbindlichkeiten	61,6	67,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und gegenüber Arbeitsgemeinschaften	516,9	727,4
Erhaltene Anzahlungen	305,7	698,1
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung	497,7	465,7
Konzerngewinn	98,9	132,1
	4.650,9	4.978,6

Kurzfassung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. DM

	1985	1984
Außenumsatzerlöse	3.821,6	4.962,4
Umsatzsteuer	./. 359,7	./. 422,0
Innenumsatzerlöse, Bestandsveränderungen, andere aktivierte Eigenleistungen	+ 267,6	./. 126,1
Gesamtleistung	3.729,5	4.414,3
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.937,1	2.230,9
Rohertrag	1.792,4	2.183,4
Übrige Erträge	244,1	235,6
Personalaufwendungen	1.099,0	1.300,4
Anlageabschreibungen	232,7	207,7
Steuern	221,5	285,2
Übrige Aufwendungen	290,6	398,5
Jahresüberschuß	192,7	227,2
Davon Konzerngewinn	98,9	132,1

Die ordentliche Hauptversammlung am 17. Juli 1986 hat u. a. beschlossen, den Bilanzgewinn von DM 98.000.000,– wie folgt zu verwenden:

Zahlung einer Dividende von DM 10,– und eines Bonus von DM 2,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– auf das Grundkapital von DM 200.000.000,– DM 48.000.000,–

Zuführung zur freien Rücklage DM 50.000.000,–

Der Jahresabschluß und der Konzernabschluß mit den uneingeschränkten Bestätigungsvermerken der Westdeutschland Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Aktiengesellschaft, Essen, wurden in vollständiger Form im Bundesanzeiger Nr. 131 vom 22. Juli 1986 veröffentlicht.



Lufthansa

Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft Köln

Dividenden-Bekanntmachung

– Wertpapier-Kenn-Nummer 823 210/823 211 und 823 213/823 214 –

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft am 16. Juli 1986 wurde beschlossen, für das Geschäftsjahr 1985

auf jede Vorzugsaktie ohne Stimmrecht über nom. DM 50,–, Wertpapier-Kenn-Nr. 823 213/823 214, gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 17 dieser Aktien und auf jede Stammaktie über nom. DM 50,–, Wertpapier-Kenn-Nr. 823 210/823 211, gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 16 dieser Aktien

eine Dividende von DM 3,50 (7%)

auszuschütten.

Die Dividende wird ab sofort unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer ausgezahlt.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende – das sind DM 1,97 bei einer Aktie von nom. DM 50,– verbunden; es entspricht der von unserer Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer inländischer Aktionäre angerechnet.

Das Steuerguthaben wird mit der nicht um Kapitalertragsteuer gekürzten Dividende ausgezahlt, wenn ein inländischer Aktionär seiner Depotbank eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung seines Finanzamtes eingereicht hat.

Zahlstellen sind unsere Gesellschaftskasse in 5000 Köln 21, Von-Gablenz-Straße 2-6 sowie sämtliche Niederlassungen der nachstehend genannten Kreditinstitute:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Delbrück & Co.
Dresdner Bank AG
Hamburgische Landesbank Girozentrale
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Simonbank AG
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Schweizerische Bankgesellschaft (Deutschland) AG
Schweizerische Kreditanstalt (Deutschland) AG

Köln, den 17. Juli 1986

Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft
Der Vorstand

HENNINGER-BRÄU
AKTIENGESELLSCHAFT
FRANKFURT AM MAIN

Jahresabschluß zum 31. Dezember 1985 (in Mio. DM) (Kurzform)

Aktiva	
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	100,5
Finanzanlagen	71,4
Vorräte	18,6
Flüssige Mittel	4,2
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	51,2
	245,9

Passiva	
Grundkapital und Rücklagen	83,8
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	1,2
Rückstellungen	62,8
Langfristige Verbindlichkeiten	41,0
Andere Verbindlichkeiten	50,7
Bilanzgewinn	6,4
	245,9

Gewinn- und Verlustrechnung	
Gesamtleistung	237,0
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	93,0
Rohertrag	144,0
Personalaufwand	61,5
Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen	26,4
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen und sonstige Steuern	29,4
Sonstige Erträge und Aufwendungen	13,9
Jahresüberschuß	12,8
Gewinnvortrag	–
	12,8
Einstellung in die freie Rücklagen	6,4
Bilanzgewinn	6,4

Der vollständige Jahresabschluß mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, wird im Bundesanzeiger Nr. 138 vom 31. Juli 1986 veröffentlicht.

Die in der Hauptversammlung vom 9. Juli 1986 beschlossene Dividende von DM 2,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,–, unter Verzicht des Hauptaktionärs, der Deutsche Brau GmbH, Hamburg, kann gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 30 von den Minderheitsaktionären sofort erhoben werden.

Frankfurt am Main, im Juli 1986

Der Vorstand

Dortmunder Union - Schultheiss Brauerei AG

Berlin und Dortmund

Zusammengefaßter Jahresabschluß

Bilanz zum 31. Dezember 1985

Aktiva	31.12.1985 TDM	31.12.1984 TDM
Sachanlagen	193.946	183.221
Beteiligungen	119.877	109.140
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	69.678	72.627
Vorräte	37.099	39.423
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.318	33.141
Flüssige Mittel, Wertpapiere	44.443	59.586
Forderungen an verbundene Unternehmen	76.987	64.782
Sonstige Aktiva	58.064	62.888
	632.412	624.808

Passiva	31.12.1985 TDM	31.12.1984 TDM
Grundkapital	151.000	151.000
Gesetzliche Rücklage	139.970	139.970
Sonderposten mit Rücklageanteil	5.782	6.505
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	2.806	2.933
Pensionsrückstellungen	193.940	191.020
Andere Rückstellungen	42.392	36.539
Langfristige Verbindlichkeiten	20.987	22.638
Kurzfristige Verbindlichkeiten	51.887	50.621
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.472	2.408
Bilanzgewinn	21.176	21.174
	632.412	624.808

Gewinn- und Verlustrechnung für 1985

	1985 TDM	1984 TDM
Umsatzerlöse	600.090	612.146
Bestandsverminderung	1.439	1.680
Andere aktivierte Eigenleistungen	122	224
Gesamtleistung	598.773	610.690
Materialeinsatz	177.123	181.425
Rohertrag	421.650	429.265
Erträge aus Beteiligungen	24.014	18.858
Andere Erträge	68.355	79.779
	514.019	527.902
Personalaufwendungen	197.173	197.577
Abschreibungen	59.473	69.626
Steuern vom Einkommen, Ertrag, Vermögen	22.792	25.223
Sonstige Steuern	49.407	52.013
Andere Aufwendungen	164.031	162.323
	492.876	506.762
Jahresüberschuß	21.143	21.140
Gewinnvortrag	33	34
Bilanzgewinn	21.176	21.174

Der vollständige Jahresabschluß, versehen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsgesellschaften, wird im Juli 1986 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die in der Hauptversammlung vom 17. Juli 1986 genehmigte Dividende von DM 7,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– kann gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 14 sofort erhoben werden.

Berlin und Dortmund, den 17. Juli 1986

Der Vorstand

Abwärtstempo verlangsamt

Auf ermäßigter Kursbasis einige Meinungskäufe

DW. – Die Tendenz auf dem Aktienmarkt war am Dienstag uneinheitlich. Ein Teil der anfänglich eingetretenen Kurseinbußen wurde im Verlaufe wieder aufgeholt. Auf der ermäßigten Kursbasis sollen vor allem inländische institutionelle Investoren Material aufgenommen haben. Insgesamt wird jedoch weiterhin sehr vorsichtig disponiert. Dies sicherlich im eigenen Interesse, um an den hochbeliehenen Beständen so wenig Geld wie möglich zu verlieren. Aus dieser Sachlage heraus sollen sich manche Sonderbewegungen erklären.

Zu größeren Schwankungen kam es bei den Daimler-Aktien, die nach einem Rückgang von 35 DM diese Einbuße bis auf einen kleinen Rest wieder aufholten. Im übrigen lagen Autoaktien als Folge des gesunkenen Dollars noch überwiegend schwächer. Besser behauptet haben sich die Papiere der Großchemie, bei denen nennenswerte Einbußen nicht mehr eintraten, Schering gaben aber noch einmal deutlich nach. Kleinere Verluste bei den Bankaktien, obwohl ihnen die freundliche Tendenz am Rentenmarkt entgegenkommen sollte. Von den Instituten wird beobachtet, daß am Bankenmarkt – wie auch bei anderen Standard-Aktien – zur Zeit Verkäufe aus der Privatkundschaft die Notierungen unter Druck halten. Puma-Aktien, zum Kurs von 310 DM inzwischen zugeteilt, wurden außerbörslich mit 400 DM gehandelt. Der Spitzenkurs hatte in der Vorwoche bei 460 DM gelegen.

Frankfurt: Didier und Gehe verloren jeweils 11 DM. Deckel gaben um 9 DM nach. Rosenthal sanken um 10 DM. Aesculap konnten sich um 5 DM erholen und Hutschenreuther verbesserten sich um 20 DM.

Düsseldorf: DAT gaben um 20 DM nach, Gildemeister sanken um 2 DM und Hagen Batterei um 5,50 DM. Conc. Chemie erholten sich um 6 DM und Dyckerhoff Vz. befestigten sich um 5 DM.

Hamburg: Beiersdorf und Haller und Meurer gaben jeweils um 4 DM nach. Phoenix Gummi lagen um 2,50 DM leichter. Reichelt waren mit minus 1 DM und Bremer Vulkan mit minus 0,50 DM knapp gehalten.

Berlin: Berliner Elektro erhöhten sich um 16 DM, Dt. Hypobank Berlin und Orenstein zogen je um 5 DM an. Rheinmetall St. ermäßigten sich um 10 DM, Berliner Kindl um 5 DM, Herlitz St. und Schering um je 4 DM.

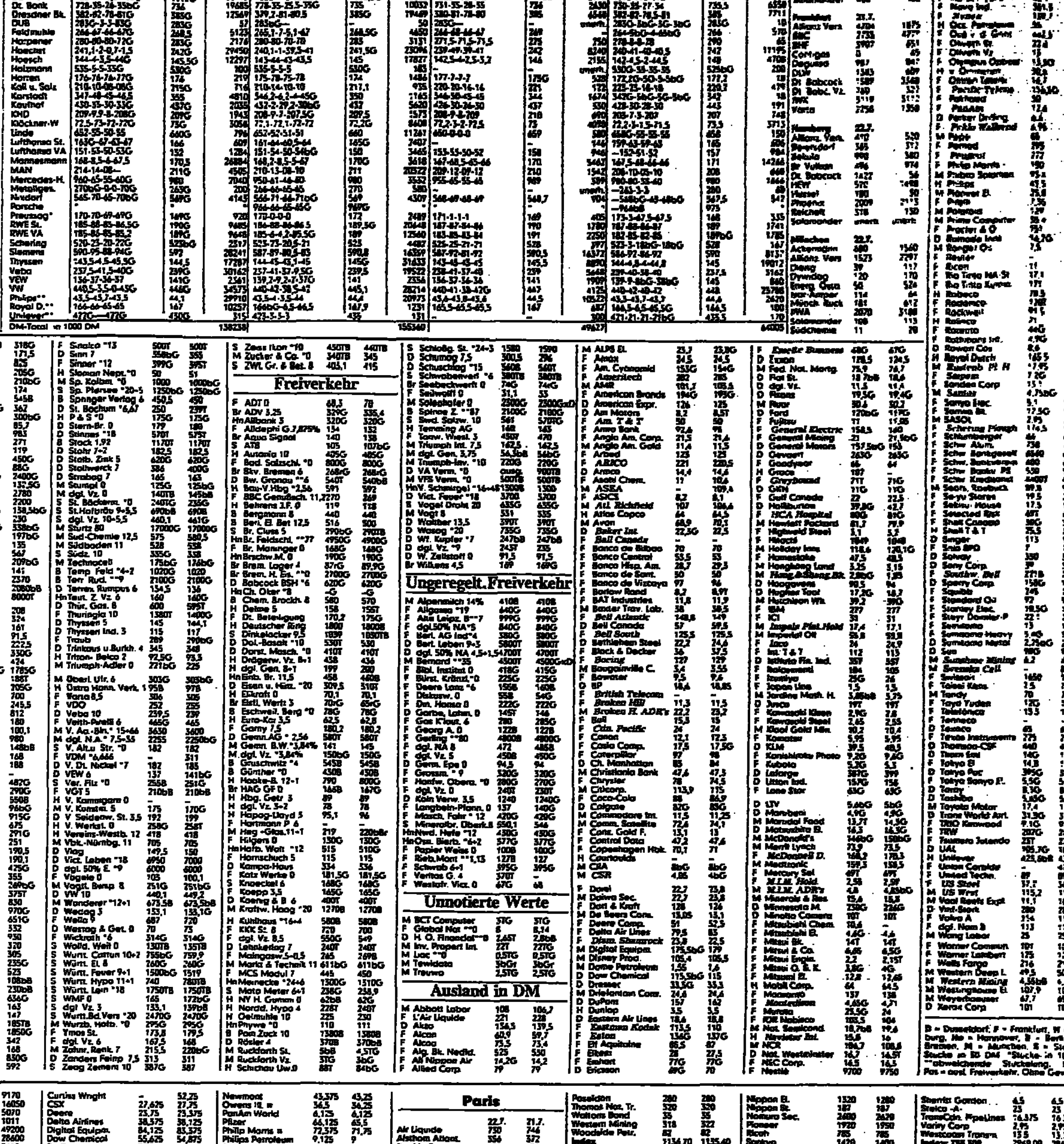
München: Agrob St. ermäßigten sich um 4,50 DM, Audi gaben um 15 DM und Dywidag um 4 DM nach. AKS erhöhte sich um 1,80 DM. Fränk. Überlandwerke verbesserten sich um 10 DM.

Stuttgart: Daimler wurden um 15 DM zurückgenommen, Gebe waren um 10 DM gedrückt. Boss verminderten sich um 10 DM. WMF St. verloren 7 DM und die Vorzüge 5,90 DM.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 241,64 (243,50)
WELT-Umsatzindex: 3117 (2275)
Advance-decline-Zahl: 68 (58)
38-Tage-Linie: 267,19 (268,02)
200-Tage-Linie: 270,82 (270,74)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland

		22.7.	21.7.
H	Aach M Betl. 17,5	1905	1975
H	Aach. M. Vers. 7	1470B	1470bG
D	Aach. Rück. 9	2500T	2380T
D	Aseag *4	409G	409G
M	Ack-Gögg. 8	156,2	158
H	Adca 3	150G	157
D	Adler 12+16	290G	290G
F	AEG 0	277,5	280,5
D	AEG KABEL 9	390G	390G
S	Aesculap 9	380bG	385bG
F	AGAB 5	155,5	158,5
D	Agrippina *0	3349	3400

		22.7.	21.7.
F	Cobl.Genußsch.	117,75	118
D	Conc. Chem. 4,5	225bB	219bB
B	Conc. Spinne *0	460T	480T
D	Contigas 8	307G	305bG
D	Conti Gummi 5	281,1	276,5
D	Dahlb. St. 7,65	245,5	248,5
D	dgl. Vz. 14,55	425B	425
S	Daimler 12+2,5	1115	1130
M	Deckel AG 6	200,5	200,5
D	Dt. Atl. Tel.10	730T	750T
H	Doag 5	429,5	450bB
D	Dt. Babcock St. 3	166	166,5
D	dgl. Vz. 3,5	160	161
F	Dt. Bank 12	733	736
D	Dt. Centrboden 12	650	670

		22.7.	21.7.
H	Hdl. Lüb. 9	555	550
Hn	Hann. Papier 6	201	210
H	Hamstorf 0	40	42
D	Harpener 11	275	285
F	Hartm. & B.St. 6	2120G	2100G
F	dgl. Vz. 6	1380B	1390B
M	Hasen-Bräu 9	930bG	950G
S	Heidelb. Zem. 7	565	555
M	Heilit & W. 5	275G	275G
D	Hein, Lehm. *0	300G	305
D	Heinr. Ind. *16+2	650	672
D	Henkel 3	405	405
F	Henninger 2	150bB	154
B	Herlitz 7	155	161
B	dgl. Vz. 7,8	148	149,5
B	Hermes 7	820T	820T

F	dgl. Vz. 6,5
D	Mannesmann 6
F	Mannh. Vers. 8
H	Markt & K. 8
F	MAN St. 2
F	dgl. Vz. 6
F	MAN-Rol. 20,2
F	Massa
S	M.Mull.Weing. *0
D	Mauser 0
F	Mercedes 10,5
F	Metallges. 6
S	Met. u. Lack 0
S	Mücg 6,5
F	Moenus 0
F	Monachia 5

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Oslo

Paris

Johannesburg

Toronto

Stockholm

Singapur

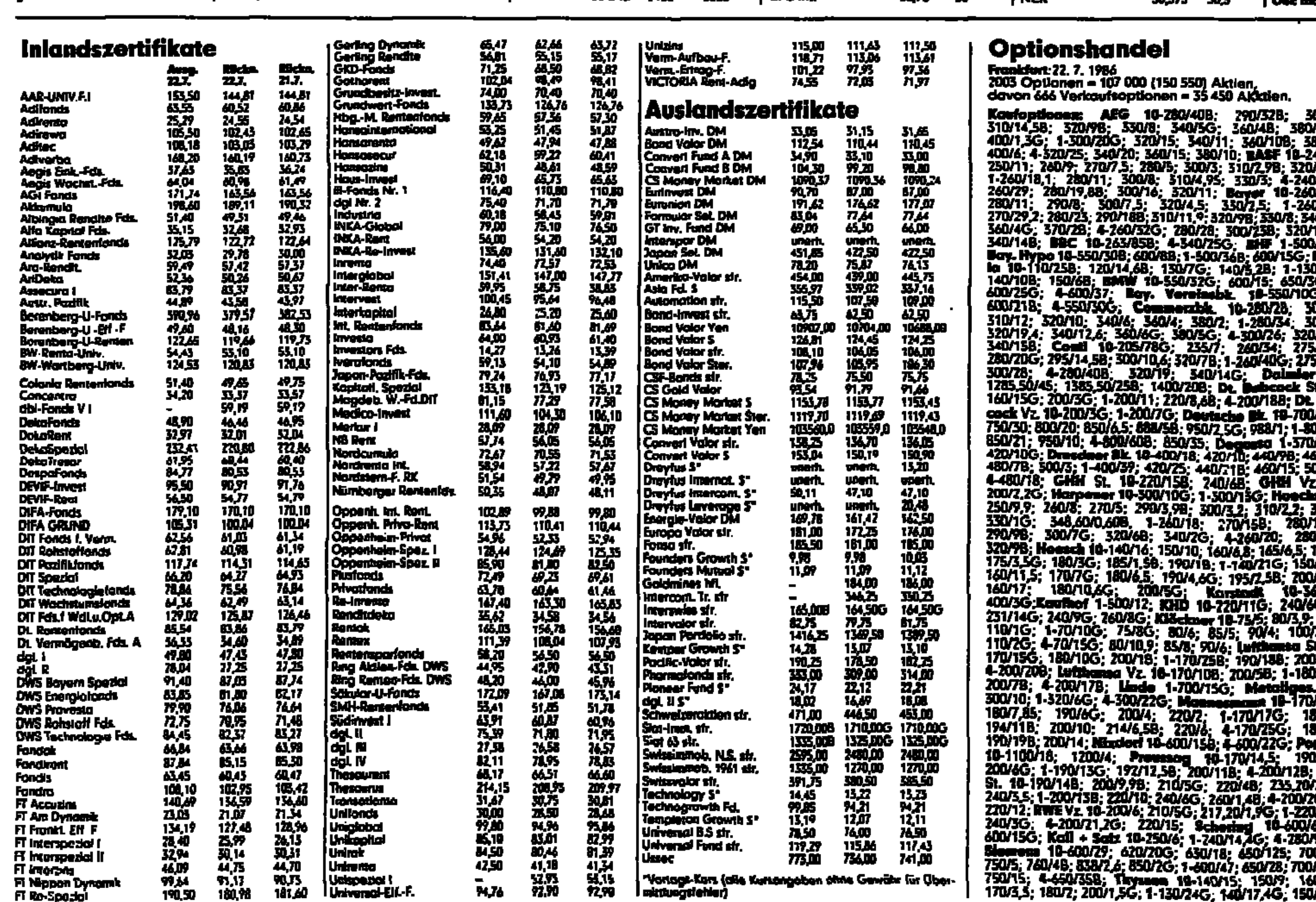
Tokio

Sydney

Wien

Zürich

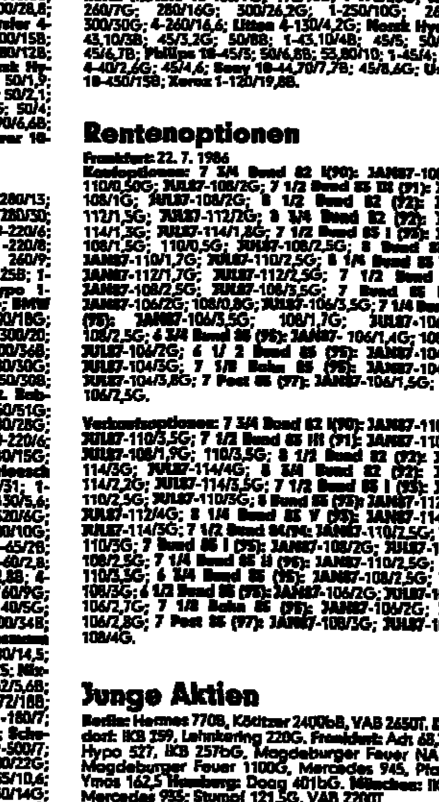
Inlandszertifikate



Auslandszertifikate

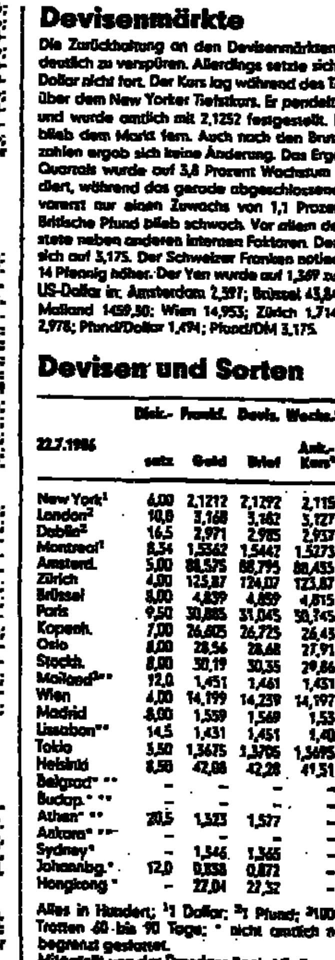
Optionshandel





Rentenoptionen

Devisenmärkte



Devisen und Sorten

Junge Aktien

Bundesanleihen

Bundesbahn

Industrieanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

F	6 dgl. 78 II	7/88 102,1	102,15G
F	6¾ dgl. 77	5/89 103,35	103,3G
F	8 dgl. 79 I	7/89 107,5	107,5
F	6 dgl. 78 I	2/90 102,65	102,5
F	8 dgl. 80 II	7/90 108,75	108,65
F	9 dgl. 81	3/91 113,7	113,5G
F	10¾ dgl. 81	9/91 120,9G	120,8
F	10¾ dgl. 81	11/1 120,4G	120,3G
F	8 dgl. 82 I	2/92 110	109,9G
F	10 dgl. 82	2/92 119,15	119,05
F	9¾ dgl. 82	7/92 117,75G	117,65G
F	8 dgl. 82	11/92 110,5G	110,35
F	7¾ dgl. 85	1/95 108,4	108,2G

F	6¾ dgl. 86/94	99,6	99,6
F	6 Landw.Rent.Bk.RS15	100,05	100,05
F	6 dgl. RS 16	100,2G	100,2G
F	6½ dgl. RS 60	101,05G	101,05G
F	7 dgl. 94	105,6G	105,6G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,4G	105,4G
F	7½ dgl. 102	105,1G	105,1G
F	9¾ dgl. 126	102G	102G
D	6¾ Dt.Ausgl.Bk. 77	101,55	101,55
D	5¾ dgl. 78	100,6	100,6
D	7 dgl. 79	101,35	101,35
D	6 dgl. 86	–	–

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Ausländer kaufen wieder

In Erwartung einer Zinssenkung und Spekulation auf eine Befestigung der DM nahmen die Ausländer im Bereich der öffentlichen Anleihen und öffentlich-rechtlicher Pfandbriefe ihre Käufe wieder auf. Dabei wurde die 30 Jahre laufende 6prozentige Bundesanleihe um mehr als einen halben Punkt heraufgesetzt und notiert nunmehr über pari. Gehandelt werden zu diesem Preis jedoch nur in „nicht bonifizierte" Stücke. Käufer, die sich verpflichten, die einjährige Bonifikationssperre zu beachten, können diese Emissionen ebenso wie andere Bundesanleihen billiger erhalten.

F 4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	300T	304G
F 4½ dgl. 78 o. O. S	97,25G	97,25G
F 6¾ dgl. 83 m. O.	235	231T
F 6¾ dgl. 83 o. O.	94,5G	94,5
F 3¾ dgl. 85 m. O.	217T	217T
F 5¾ dgl. 85 o. O.	93,5bG	93,5bG
F 6¾ dgl. 86 m. O.	131	131,25
F 6¾ dgl. 86 o. O.	99,5	99,45
F 3¾ Didier 85 m. O.	128G	128
F 3¾ Didier 85 o. O.	78,5	77,5G
F 4 Dresdn.Bk. 83 m. O	178T	178
F 4 dgl. o. O.	95	95,5
F 8 dgl. 84 m. O.	205G	208G
F 8 dgl. 84 o. O.	108bG	107,5
F 6½ dgl. 86 m. O.	162,5	164

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	22.7.	21.7.
8 Afr. Entwicklbk. 79/87	101G	101
10 dgl. 82/89	109,5G	109,5
8 dgl. 84/91	106,3	106bG
9 Air Canada 82/92	111,25G	112,25
7¾ dgl. 85/93	105,25	105G
9¾ Akzo 82/89	105bG	105bG
7¾ Allied Chem. 84/94	105,5G	105,5
8¼ AMCA Ltd. 85/91	104,25	105

8¾ E.D.F. 82/92	106,85bG	107,25T
8¾ dgl. 83/93	108,25	108,1
7 Electrobras 77/87	100,5G	100,5G
7 dgl. 79/87	100,1	100,25
5¾ ELF Aquit. 78/88	100	100T
6¾ Enhan Corp. 85/95	102,25G	102G
6¾ Ericsson LM 72/87	101	101,5
6¾ Eurom 73/83	99,75G	99,75
7 dgl. 73/88	99,25G	99,25G
9¾ dgl. 80/87	100,25	99
9¼ dgl. 82/90	101	101,5
8¾ dgl. 83/90	98,6	99
8 dgl. 84/92	93,75	94
8¼ dgl. 84/92	96,25	96T
7¾ Estel 73/88	102	101,5

7¾ dgl. 83/88	104,25	104,25
8 dgl. 83/90	107,48	107,45
7½ dgl. 84/91	105,5	105,5
7 dgl. 85/92	104T	104,15G
6½ dgl. 85/95	100,8	100,75
5¾ Forsmarks 78/90	100bG	100G
9¾ G.D.F. 82/92	111,1G	111,1G
6 G. Zbk. Wien 77/87	100T	100G
8¾ GMAC Ov. 82/87	103,5T	103,4T
8¾ Gould Int. 82/89	102,25	102,15G
7¾ dgl. 84/91	103,25	103G
8¾ GKN Finance 82/89	104,5T	104,35
8 Heindl 84/91	106,25G	106,25G
7 dgl. 85/97	104,15	104G
8¾ Helsinki 82/92	108,75	108
7 Hoesch I. NL. 85/95	102,5	102,25
8¾ Honeywell 80/90	104,5T	104,5T
7¾ Hoogovens 85/95	106bG	106,75
9 Iberduero 80/90	–	–
6½ ICI 72/92	101,75T	101,5T
7¾ Ind.Bk.Iran 77/87	100G	100,5
4½ Ind.Bk.Japan 85/95	98,75G	98,75
6¾ Int.Am.Enter.Bk.72/87 II	101G	101G
7 dgl. 77/87	100,25	100,5G
6¾ dgl. 78/88	100,6	100,75T
8 dgl. 80/88	101,6	101,6bG
10 dgl. 81/91	117T	117T

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Die Gold- und Silbernotierungen gaben zum Wochenanfang an der New Yorker Comex in sämtlichen Sichten nach. Kupfer konnte sich in allen Positionen befestigen. Kaffee und Kakao gingen mit höheren Notierungen aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	21.7.	18.7.
Juli	265,00	261,50
Sept.	255,50	254,75
Dez.	259,50	258,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

21.7.	18.7.
25,50	24,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

17,62	17,50

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

New Yorker Metallbörse

Westd. Metallnotierungen

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumwolle

Zinn-Preis Penang

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

Euro-Yen

ECU

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

NACHRICHTEN

Sieg für Anatas

Ostende (dpa) – Gestüt Ittlingens sechsjähriger Hengst Anatas gewann mit Georg Bocskai im Sattel das bedeutendste Galopprennen Belgiens, den mit 150 000 Mark für den Sieger dotierten Grand Prix Prince Rose über 2200 Meter in Ostende.

Nationaltrainer-Wechsel

Budapest (sid) – Der 46jährige Imre Komora ist neuer Trainer der ungarischen Fußball-Nationalmannschaft. Der frühere Nationalspieler tritt die Nachfolge von György Mezey an, der nach dem Scheitern in der WM-Vorrunde in Mexiko zurückgetreten war.

Keine Besserung

Düsseldorf (sid) – Unverändert ernst ist der Zustand der 17 Jahre alten Amateur-Rennreiterin Veronika Szemes, die am Sonntag bei der Veranstaltung auf der Galopprennbahn in *Düsseldorf gestürzt* war und eine schwere Gehrinerschütterung erlitt. Sie liegt weiterhin auf der Intensivstation der Uniklinik.

Maminski gesperrt

Warschau (sid) – Der Pole Boguslaw Maminski (31), fünfmaliger Landesmeister im 3000-Meter-Hindernislauf, wurde vom polnischen Leichtathletik-Verband für ein Jahr gesperrt. Er hatte nicht am Länderkampf am 5./6. Juli in Monaco teilgenommen, sondern war am 7. Juli beim Meeting in Helsinki gestartet.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: SSV Ulm – 1. FC Nürnberg 4:0, Wattenscheid – Bochum 1:1, TV 1860 Weißenburg – Blau-Weiß 90 Berlin 0:9, Homburg – Dukla Prag 0:5, TuS Ergenzingen – Eintracht Frankfurt 1:9.

TENNIS

Internationale Schwedische Meisterschaften in Bastad, erste Runde, Herren: Jelen (Deutschland) – Henricsson (Schweden) 6:3, 6:0, Keretic (Deutschland) – Lundgren (Schweden) 6:3, 0:6, 6:3, De Miguel (Spanien) – Moraing (Deutschland) 7:6, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 580 583,30 Mark, 2: 105 372,20, 3: 7962,60, 4: 137,40, 10,20. – **Elferwette:** 1: 1785,60, 2: 94,90, 3: 11,70. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: 1: unbesetzt, Jackpot: 766 519,90, 2: 163 611,60, 3: 6991,00, 4: 102,90, 5: 7,30. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 1145,20, 2: 216,00. – Rennen B: 1: 2290,50, 2: 286,30. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 11 452,60. (Ohne Gewähr)

FEDERATION-CUP / Pflichtsieg über Belgierinnen – Jubel um Navratilova

Ein guter Einstand von Steffi Graf, leichte Probleme für Claudia Kohde

sid/dpa, **Prag**

Eine brillante Steffi Graf ließ Claudia Kohdes matte Vorstellung schnell vergessen: Deutschlands Tennis-Damen erreichten erwartungsgemäß durch einen Sieg über Belgien die zweite Runde der 24. Mannschafts-Weltmeisterschaft um den Federation-Cup in Prag. Im Mittelpunkt des Tages stand jedoch erneut die im Vorort Revnice geborene US-Staatsbürgerin Martina Navratilova, die beim 6:1, 6:0 über die Chinesin Xinyi Li 42 Minuten lang auf dem Platz eins des Stvanice-Stadion einen wahren Volksauflauf verursachte.

Teamchef Klaus Hofsäß zog dieses Fazit: „Ein guter Einstand für Steffi und leichte Probleme für Claudia, alles in allem ein geglückter Start." Aber er sagte auch dies nach dem Pflichtsieg über die drittklassigen Belgierinnen: „Wir werden uns zusammensetzen und uns einiges überlegen müssen." Anlaß zur Nachdenklichkeit in der für rund 100 000 Mark an die Moldau gereisten DTB-Expedition war die Leistung der 22 Jahre alten Weltranglisten-Fünften Claudia Kohde gegen die erst 16jährige Sandra Wasserman, Nummer drei ihres Landes.

Nachdem Teamarzt Hartmut Krahl gegen einen Start der am Knie verletzten Claudia Kohde-Kilsch keine Bedenken erhoben hatte, gelang es der als aufschlagstark bekannten Saarbrückerin gegen die kleine Belgierin immerhin, einen Satz lang kein einziges Service durchzubringen. Die Quittung war ein 4:6 nach 51 Minuten, wobei eine sinnlose Diskussion mit dem französischen Oberschiedsrichter Jacques Dorfmann gleich acht Minuten in Anspruch nahm.

Clauida Kohde fand derweil gegen die nun konditionell stark nachlassenden Sandra Wasserman doch noch zu ihrem Rhythmus und siegte schließlich nach einer Stunde und 53 *Minuten mit 4:6, 6:1, 6:1.* „Vor dem Spiel war ich 37 Jahre alt, jetzt bin ich 38", kommentierte Teamchef Hofsäss, der seinen völlig verunsicherten Schützling immer wieder nach vorne treiben mußte.

„Gewonnen ist gewonnen," lautete das Urteil der Saarbrückerin. „Mein Knie ist wieder völlig in Ordnung," wehrte sie alle Fragen danach ab, ob die Verletzung der Patella-Sehne Ursache für ihre anfänglichen Schwächen gewesen sei. Allerdings gestand sie auch, daß ihr bei der Behandlung mit mehreren Spritzen „richtig schwindlig" geworden sei. Da die Wirkung jedoch positiv war, wolle sie noch so eine Prozedur über sich ergehen lassen, bemerkte die Saarbrückerin tapfer.

Vor dem einseitigen Match von Steffi Graf gegen die mit 16 noch ein Jahr jüngere Anne de Vries hatte Belgiens Teamchef Jose Craenhals bereits gesagt, daß er und seine unbekümmerte Truppe schon bei einem einzigen Satzgewinn „einen Grund zum Feiern" hätten. Den gab es dann auch schon nach dem ersten Match.

Steffi Graf machte es gnädig. Nach *50 Minuten und dem 6:3, 6:1 gegen* Anne de Vries waren die Deutschen im Achtelfinale am Mittwoch (12.00 Uhr). Das Doppel gegen Belgien war ohne Wert. "Vorher müssen wir uns wirklich noch etwas einfallen lassen", atmete Temachef Hofsäss nochmals tief durch, „denn gegen Brasilien mit Pat Medrado und Niege Dias wird es in jedem Fall weitaus schwerer."

STAND ● PUNKT / *Verwirrspiel*

Sie können die Blütenblätter einer Blume nehmen, oder die Knöpfe Ihrer Jacke oder die Bäume einer Allee – eine Lösung werden Sie auch mit Hilfe dieses Abzählspiels nicht finden. Lemond vor Hinault. Oder doch Hinault vor Lemond? Wer wird sie nun gewinnen, diese 73. Tour de France, die so langweilig zu werden drohte wie selten zuvor und sich nun als eine Veranstaltung mit außergewöhnlicher Dramatik entpuppt?

Fünf Tage und 876,5 Kilometer vor dem Ziel in Paris ist die Frage spannender als je zuvor. Das Interesse gilt allein dem Amerikaner Greg Le*mond (26) und dem Franzosen Ber*nard Hinault (31). Unter der Regie des Multi-Millionärs Bernard Tapie und sportlichen Leitung von Paul Köchli haben sie ein Spektakel inszeniert, dessen Dramaturgie das Ende noch völlig offen läßt.

Verwirrung haben sie bislang genug gestiftet. Lemond und Hinault spielen nicht nur ihre sportlichen Hauptrollen grandios, sie spielen nun auch mit ihrem Publikum. Als sie nach der schweren Bergetappe nach Alpe d'Huez Hand in Hand, lachend und feixend ins Ziel fuhren und Lemond dem großen Konkurrenten mit einem Schub den Tagessieg schenkte, haben sie auf die allgemeine Verwirrung noch eins drauf gesetzt.

Sie haben damit aber auch bewiesen, daß sie Vollprofis sind. Sie wekken Neugier und neues Interesse an diesem Sport, der trotz seiner professionellen Vergangenheit in den letzten Jahren an Popularität verloren hatte. Lemond und Hinault handeln eigenwillig, undurchschaubar, und sie schweigen zu den entscheidenden Aktionen. Sie informieren nicht, sie deuten an – und tun dann doch genau das Gegenteil. Sie verraten nicht die genaue Stallregie und nicht die persönlichen Ziele.

Zuschauer wie Gegner tappen im Dunkeln. Beide scheinen noch über ungeheure Kraftreserven zu verfügen – oder haben sie doch zu hoch gepokert, als sie in den Bergen das Tempo so verschärften wie nie zuvor? Verhilft Hinault dem Amerikaner zum ersten Sieg oder zeigt Lemond sich noch einmal eine ähnliche Geste wie in Alpe d'Huez und verhilft seinerseits Hinault zum sechsten Tour-de-France-Sieg, der ihn zu einer unsterblichen Größe im Radsport machen würde? Beiden ist alles zuzutrauen.

ULLA HOLTHOFF

FUSSBALL

Neu: „Spiel der Woche"

sid, **Düsseldorf**

Mit einem Novum startet die Fußball-Bundesliga in die Saison 1986/87: Mindestens alle zwei Wochen soll das sogenannte „Spiel der Woche" live und in *voller* Länge im Fernsehen übertragen werden. „Ich gehe davon aus, daß in der Saison 16 bis 18 Bundesliga-Spitzenspiele original ausgestrahlt werden können", bestätigte Hermann Neuberger, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), gestern in Frankfurt. Künftiger Fußball-Fernsehabend soll der Montag sein.

Der DFB hat das offizielle 12,5-Millionen-Angebot des Privatsenders SAT 1 für alle Übertragungen zunächst abgelehnt. Das Spiel soll vielmehr meistbietend an die Privatsender SAT 1 und RTL plus sowie die öffentlich-rechtlichen Anstalten ARD und ZDF vergeben werden. Das Honorar für eine Sendung soll bei rund 400 000 Mark liegen. 30 Prozent sind für den gastgebenden Verein vorgesehen, der Rest soll unter den übrigen 17 Klubs der ersten Bundesliga aufgeteilt werden. Ein Verein darf höchstens fünfmal pro Saison live auf dem Bildschirm erscheinen.

Danner: „Ich habe kein Einkommen – aber das zahlt sich bestimmt aus"

Wenn am Sonntag auf dem Hockenheim-Ring der Große Preis von Deutschland, der zehnte von 16 Läufen zur diesjährigen Formel-1-Weltmeisterschaft, startet, wird auch ein *deutscher Fahrer dabeisein:* Christian Danner, Münchner, 28 Jahre alt. Im vorigen Jahr war er Europameister der Aufsteigerklasse Formel 3000, seit Anfang der Saison gehört er zum exklusiven Kreis der Formel-1-Piloten. Hier fuhr er zunächst für das drittklassige Osella-Team aus Italien, ehe er beim englischen Arrows-BMW-Rennstall den Platz des verletzten Marc Surer einnahm. Mit Christian Danner sprach WELT-Mitarbeiter Leo Wieland.

WELT: Am Sonntag starten Sie in Hockenheim zu Ihrem ersten Großen Preis von Deutschland. Ist das für Sie ein besonderes Rennen?

Danner: Auf jeden Fall, denn im Rahmenprogramm des deutschen Grand Prix bin ich schon oft gefahren. Es ist deshalb besonders schön, jetzt endlich einmal richtig dabeizusein. Ich bin ja schließlich Deutscher und fahre gern vor eigenem Publikum.

WELT: In dieser Saison sind Sie fünf Rennen für Osella gefahren, bisher drei für Arrows-BMW, Ihr neues Team. Was unterscheidet diese beiden Rennställe?

Danner: Beide Teams lassen sich eigentlich schlecht miteinander vergleichen. Es sind ganz einfach zwei verschiedene Welten, in denen sich beide bewegen. Osella ist ein italienisches Team, das sich mit einem großen Maß an Selbstüberlistung und einem frappierenden Glauben an sich selbst am Leben erhält. Arrows hingegen ist ein realistischer, professioneller englischer Rennstall, in dem vernünftig auf ein Ziel hingearbeitet werden kann.

WELT: Ihr Ziel ist es ja, Weltmeister zu werden. *Der Osella* war dazu sicher das falsche Auto. Doch mit einem Arrows haben Sie derzeit auch keine Titelchance.

Danner: In der Formel 1 gilt es, auf der Erfolgsleiter immer weiter nach oben zu kraxeln. Hätte ich Anfang des Jahres nicht den Osella gefahren, würde ich jetzt nicht im Arrows sitzen. Wie es weitergeht, weiß ich nicht. Ich fahre jetzt bei Arrows, und ich bin unheimlich froh darüber.

WELT: Werden Sie in Hockenheim mit dem neuen Arrows A 9 an den Start gehen?

Danner: Nein, mein Teamkollege Thierry Boutsen wird ihn fahren. Er ist die Nummer eins bei Arrows, und das Team hat beschlossen, daß er die ersten Testfahrten macht und den ersten Renn-Einsatz bestreitet. Mein Auto sollte vor dem nächsten Rennen in Ungarn fertig sein.

WELT: Die Erfolgsleiter in der Formel 1 besteht bekanntlich aus diesen drei Stufen: Reinkommen, Etablieren und dann Gewinnen. Was glauben Sie: Wo stehen Sie momentan?

Danner: Ich habe ja gerade erst angefangen. Außerdem sehe ich das ein wenig anders: Das wichtigste ist zunächst einmal, hineinzukommen. Sicher, jeder muß sich dann erst einmal etablieren, aber danach kommt nicht gleich das Gewinnen. Dazu gehört viel mehr. Die Kunst ist es, im richtigen Moment im richtigen Auto zu sitzen. Team, Fahrer, Chassis, Motor und Reifen – alles muß stimmen.

WELT: Das BMW-Werk hat Ihnen auf Ihrem Weg in die Formel 1 doch sehr geholfen. Glauben Sie, daß der Rückzug des Werks aus der Formel 1 für Sie negative Folgen haben wird?

Danner: Die Sache ist für mich schon sehr problematisch. Denn jeder Fahrer, der in der Formel 1 weiterkommen will, braucht eine Lobby. Dies war bei mir bislang durch BMW gewährleistet. Für mich wird es 1987 wesentlich schwerer, mich ohne einen *großen Motorenhersteller* im Rücken im Grand-Prix-Geschäft weiter *durchzusetzen. Auf der anderen* Seite hatte ich aber das Glück, durch BMW wenigstens in diesem Jahr bei Arrows eine Chance zu bekommen. Diese Chance muß und werde ich auf alle Fälle nutzen. Wie es weitergeht, das wird erst die Zukunft zeigen.

WELT: Seitdem die BMW-Entscheidung, keine Motoren mehr für die Formel 1 zu liefern, bekannt ist, wurden bei Arrows nur noch wenig gute Worte von Ihren Fürsprechern laut. Hatte die Entscheidung für Sie persönlich bislang schon negative Konsequenzen? Wurden Sie innerhalb des Teams benachteiligt?

Danner: Nein, warum? Ich habe damit doch überhaupt nichts zu tun. Ich bin ja immerhin noch der Christian Danner, ein Rennfahrer, der aufgrund der Tatsache verpflichtet wurde, daß er vernünftig ein Formel-1-Auto bewegen kann. Natürlich, mit Hilfe von BMW. *Ohne diese Lobby* wäre es sicherlich sehr *hart* geworden. Damit bin ich aber noch lange nicht für die Entscheidungen des BMW-Vorstands verantwortlich.

WELT: Hat die Formel 1 bislang das gehalten, was Sie sich erhofft hatten?

Danner: Sie ist eine große Herausforderung. Da ich sehr ehrgeizig bin, will ich mich nicht nur betätigen, sondern auch bestätigen.

WELT: ... und viel Geld verdienen.

Danner: Es ist nicht einfach, sich immer über Wasser zu halten. Meine finanzielle Situation in diesem Jahr ist katastrophal. Der Einstieg bei Osella hat mich eine Stange Geld gekostet. Dann kam der Wechsel zu Arrows-BMW. Alles, was mir meine Sponsoren zukommen ließen, habe ich an die Teams weitergegeben. Erstmals in meiner Profikarriere werde ich kein Einkommen haben. Aber eines Tages wird sich bestimmt alles auszahlen.

Sie machen die Tour de France zum Spektakel: Kameraleute auf Motorrädern

Bergab sind Fahrräder aber schneller

Seit einigen Tagen begeistert sich *Frankreich, wie jedes Jahr im Ju*li, wieder für seine „TV-Cowboys". So nennt man jenseits des Rheins die Sportreporter und Kameraleute, die auf schweren Motorrädern in halsbrecherischem Slalom die Horde der Tour de France verfolgen – und das Geschehen dank eines minutiös vorbereiteten technischen Schlachtplans live auf 20 Millionen gallische Mattscheiben zaubern.

Bei der Jagd über die Landstraßen und Bergpässe müssen sie sich durch das Feld der Fahrer schlängeln, möglichst dicht rangehen, aber verhindern, daß sie einen Sturz verursachen – oder selbst stürzen. Mehrere schwere Unfälle hat es in den letzten Jahren bereits gegeben. Denn bei der Fahrt bergab sind die Fahrräder schneller als Motorräder, die von ihrem Gewicht in den Kurven nach außen getragen werden.

Diese „TV-Cowboys" – rund 20 junge Männer – sind nur die Spitze eines rollenden elektronischen Eisbergs, der knapp einen Monat lang über 4000 Kilometer Landstraßen jagt. Und der es geschafft hat, daß die Tour de France in der Gunst des Fernseh*publikums in Frankreich* sowohl Tennis als auch Fußball übertrifft.

Der technische Aufwand ist atemberaubend. Ein Dutzend Übertragungs- und Regie-Laster, zwei Hubschrauber, vier mobile Antennen, fahrbare Computer, die Motorräder, sechs Kamera-Teams – kurz, rund acht Millionen Mark allein an technischer und elektronischer Ausrüstung. Insgesamt fünfzig Personen sorgen jeden Tag neu für ein sogenanntes „Tour-Wunder". Ein „Wunder", um *das Frankreich im* Ausland beneidet wird. Schon haben andere Länder die Franzosen für ähnliche Veranstaltungen engagiert. Die TV-Übertragung der Spanien-Rundfahrt – für das spanische Fernsehen – wird von den Franzosen organisiert. Und im kommenden Jahr werden die Gallier wahrscheinlich die Weltmeisterschaft in Österreich „covern".

Sport extra – ARD, 17.15 Uhr

Basis der TV-Übertragungskette ist das BMW-Motorrad. Vom Regie-Laster aus wird der Fahrer mal an die *Spitze, mal ans Ende des „Pelotons"* (die 200 Rennfahrer) geordert. Der Kameramann auf dem Rücksitz der Maschine filmt pausenlos, halsbrecherisch stehend oder sich zur Seite beugend. Die Aufnahmen werden – in diesem Jahr zum ersten Mal – direkt an einen darüber „hängenden" Hubschrauber gefunkt. Dieser dient als Relais für eine mobile Sendestation, die ihrerseits die Bilder an die Hauptregie in Paris übermittelt. Die Empfangs-Antenne im Helikopter wird durch ein elektronisches Zielgerät auf den unter ihr fahrenden Motorrad-Mini-Sender gerichtet.

„Unser einziger Feind ist das Wetter", sagt Jacques Bernardini, der Chef der „TV-Cowboys". Denn wenn Nebel herrscht oder wenn der Regen zu dicht fällt, können die Hubschrauber nicht aufsteigen. Und dann muß sich das verwöhnte Radsport-Publikum mit einem TV-Programm begnügen, wie man es zuvor zwanzig Jahre praktizierte: zwei oder drei festinstallierte Kameras, die nur die letzten dreihundert Meter vor dem Ziel im Blickfeld haben. JOCHEN LEIBEL



Zu Gast bei Frank Laufenberg: Chris Rea FOTO: TB

Vertonte Seerosen des Frauentyps

Seine „Medien-Biographie" muß schon die eines Naturtalents sein, bedenkt man, daß der muntere Frank Laufenberg (41) in den 70er Jahren aus dem Stand in den Südwestfunk geriet, in dessen drittem Programm, dem wohl besten der Republik, er die Jugend zwischen Basel und Bonn mit aufgeräumter Conférence und Hits begeisterte. 1980 öffnete der WDR ihm in seiner Heimatstadt die Mikrofone für den „WWF-Club". So hat Laufenberg den Sprung vom Hörfunk ins Fernsehen geschafft mit den Prachtreferenzen, nichts weniger als

Ohne Filter – ARD, 23 Uhr

ein hochbegabtes Jugendidol zu sein – wo Kollegen wie Peter Illmann oder Tommi Ohrner immerzu am Peinli*chen vorbeijonglieren, da hat Laufen*berg sich auf höherem Niveau einen sicheren Programmplatz gepachtet.

Ein deutscher Ron Williams ist er zwar noch nicht, aber das machen seine Gast-Stars wett, zum Beispiel Chris Rea (35): als „Rock-Poet" oder „Balladen-Rocker" bezeichnet. Er ist *Sänger und begabter Bottleneck-Gi*tarrist, der sich eine Anhängergemeinde auch hierzulande mit stilistischer Vielfarbigkeit gesichert hat.

Er empfiehlt den Designern seiner Plattenhüllen gescheite Motive statt stumpfsinnigem Starkult, rangiert als „Frauentyp" des gehobeneren Gusto *und interessiert sich für Literatur und* Kunst; beschäftigt sich in seinen Songs auch schon mal mit Monets Seerosen in Giverny.

1978 kam sein Debüt-Album heraus, dem er regelmäßig jedes Jahr ein neues folgen ließ. Das 1980er „Tennis"-Album wies den Rockpo*eten als glänzenden* Instrumentalisten aus und nicht nur als akkordeschlagenden Kulissenschieber fürs eigene Vokale. A. SCHMITZ

KRITIK

Unversöhnliche Lager

Selten ist ein so vielschichtiges Thema wie das des seit zehn Jahren gültigen reformierten § 218 (**Der ungeliebte Kompromiß**, ZDF) so sachlich dargestellt worden. Als Bestandsaufnahme hatten die Autoren Brigitte Weissmann, Monika Hoffmann und Bernhard Töpper ihren Beitrag angekündigt, und folgerichtig enthielten sie sich in jeder Wertung. Das tat dem Thema gut, das die Menschen in zwei unversöhnliche Lager spaltet: Den einen geht die heutige Regelung zu weit, den anderen nicht weit genug.

So kamen alle zu Wort, die mit der Praxis des geltenden Rechts konfrontiert sind: Mitarbeiter der umstrittenen Beratungsstelle pro familia, des Diakonischen Werks, der Caritas, der Bundesstiftung Mutter und Kind, Ärzte – und natürlich Frauen.

Aus ihren Erfahrungen wurde deutlich, daß die Indikationslösung einen „Kompromiß" darstellt, mit dem 55 Prozent der Bundesbürger nicht zufrieden sind. „Frauen, die abtreiben wollen, finden in jedem Fall einen Weg", lautet ein Resümee dieses Beitrags, das auch ein bayerischer Arzt bestätigen konnte: „Selbst ein generelles Verbot würde die Zahl der Abtreibungen nicht verringern." Daß die „Notlage" einer Frau auch mit finanzieller Unterstützung nicht zu verringern ist, berichteten die Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen. Denn nach ihren Beobachtungen sind die Probleme der Frauen, die vor der Entscheidung für oder gegen ein Kind stehen, *weitaus vielschichtiger*, als daß sie mit Geld aus der Welt zu schaffen wären.

Eine Lösung des Problems hatten die Autoren nicht angekündigt. So blieb am Ende die Aussicht, daß man sich mit dem „ungeliebten Kompromiß" weiterhin arrangieren wird, denn eine Änderung des Paragraphen 218 StGB ist nicht in Sicht.

MARIA GROHME

Todestrio im Feinkostladen

Auch Feinkosthändler haben jede Menge Privatprobleme. Zum Beispiel der in der Nähe Münchens tätige Alfred Brand, ein Muttersöhnchen par excellence. Um ihn herum hat Diethard Klante den von Haßliebe triefenden Film **Betrogene Liebe** (ZDF) inszeniert, in dessen kinoreifer Schlußphase Hitchcock mit „Psycho"-Gruseln grüßte.

Das in einem glaubhaften kleinbürgerlichen Milieu spielende familiäre Schauerstück fesselte vor allem durch seine Darsteller. Agnes Fink als exzentrische Mutter, die ihren feinnervigen, saft- und kraftlosen Sohn (Harald Kuhlmann) nicht vollends an ihre angeblich todkranke Schwiegertochter (Rosel Zech) verlieren will, schockte mit einem Selbst*mordversuch, der Sohn mit einem* teuflisch eingefädelten Mordplan an seiner Frau.

Die in ihrem Gefühls-Labyrinth verstrickte, an Liebesunfähigkeit leidende Kaufmannsfamilie bot trefflichen Anschauungsunterricht über die Aussichtslosigkeit ehelicher Harmonie, wenn die Voraussetzung dafür fehlt. Schon in den ersten Spielminuten machte Klante dies deutlich. Die egoistisch-innige Beziehung der Mutter zu ihrem Sohn trieb die Schwiegertochter in Aggressionen, die ihr Vorgaukeln einer unheilbaren Krankheit erleichterten.

Aus falsch verstandener Liebe betrügen sich Mutter, Sohn und Schwiegertochter gegenseitig – bis zur Katastrophe. Klante fädelt sie mit den Mitteln eines Krimis ein, bei dem – wie könnte es anders sein? – das zum Sterben bestimmte Opfer über den Täter triumphiert. Versöhnliches Schußbild: Mutter und Schwiegertochter bedienen die verwöhnte Feinkostkundschaft, als sei nichts geschehen. GÜNTER RUDORF

ARD Sonntag 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber: Kochbuch
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Agenten auf dem Pulverfaß
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.20 Klamottenkiste
Honolulu-Abenteuer
14.35 Unsere kleine Farm
Der Großvater
15.20 Tagesschau
15.30 Tauchfahrzeuge, Atom-U-Boote
Film von Jonathan Cane, BBC
16.15 Die Spielbude
Gina Stephan aus Mallorca
17.15 Sport extra
Tour de France, 19. Etappe:
Villard–St. Etienne
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Hochzeit von Prinz Andrew und Sarah Ferguson
Ausschnitte
21.00 Kassensturz
Film von Rolf Silber
Koproduktion mit der Filmwerkstatt Frankfurt
Der Bankangestellte Erich Bauermann lernt ein Mädchen kennen, das nicht in sein Weltbild paßt: Franzi ist dabei, ein Theater aufzubauen. Erich verliebt sich in sie. Seiner Karriere ist das wenig zuträglich.
Silber, geb. 1953, absolvierte die Berliner Akademie. „Kassensturz" ist sein erster Spielfilm.
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter
Gäste bei Frank Laufenberg: Chris Rea, die Percussionisten Airto und *Flora Purim aus Brasilien*, Gospelsänger Jessy Dixon, Blues- und Boogie-Pianist Little Willie Littlefield, Götz Afsmann
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

11.50 Hochzeit im Königshaus
Prinz Andrew und Sarah Ferguson
15.00 heute
15.03 Grisu, der kleine Drache
15.30 Ferienkalender
16.05 Mickys Trickparade
16.30 Väter der Klamotte
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Aus London: Die Hochzeit
17.45 Robin Hood (1)
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.10 Lotto am Mittwoch (A)
18.20 Robin Hood (2)
18.55 Lotto am Mittwoch (B)
19.00 heute
19.30 Achtung Rotlicht!
Kanadischer Jugendfilm (1980)
Regie: Graham Parker
Einem Fernsehjournalisten entgeht bei einem Bericht über randalierende Jugendliche, daß sein Sohn zur Bande gehört.
20.15 ZDF-Magazin
Themen: SED-Professor enthüllt Stasi-Praktiken. „DDR"-Billigwaren. Pakistan leidet unter Afghanistan-Krieg. Fünf Jahre Hilfe für Afghanistan
21.00 Die Profis
Operation Susie
21.45 heute-journal
22.10 Ein Traum vom normalen Leben
Der Arbeitslose Peter P.
Beobachtungen von Florian Dirks und Uwe Schwedler
22.40 Donauwalzer
Österreichischer Spielfilm (1984)
Mit C. Hörbiger, H. Gottschlich, J. Tilden, H. Rehberg
Regie: Xaver Schwarzenberger
0.15 heute

III.

WEST
18.30 Familie mit Bommel
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Stunde der Fenster
21.15 Peters Bastelstunde
Von und mit Peter Frankenfeld
21.45 off-off
Tele-Tennis. Gymnastik im Auto.
22.30 Augen ohne Gesicht
Französischer Spielfilm (1959)
Regie: Georges Franju
Bei einem Autounfall verstümmelt der Chirurg Professor Genessier seine Tochter Christiane. Um ihr helfen zu können, braucht er Gesichtshaut anderer Mädchen.
23.55 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 *Vorsicht, Bauernfänger!*
Haarige Geschäfte mit Pelztieren
Film von Peter Joseph
19.40 Japanische Gärten
19.45 Der Mittellandkanal
20.00 Tagesschau
20.15 Hamburger Journal Spezial
21.00 Offerte
21.15 Erbe der Väter (4)
22.10 Augenblick der Wahrheit
Der Stierkampf
Reportage von 1965
23.55 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau
20.00 Tagesschau
20.15 Von Fidelio bis Datterich
Lia Wöhr erzählt
Ab 21 Uhr wie NORD

SÜDWEST
16.00 Laurel und Hardy im Flegelalter
17.30 Englisch für Anfänger (25)
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
Nürburgring contra Hockenheim
20.05 Detektei Blunt (7)
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Der magische Ruf ...
22.00 Output
22.15 Rache aus dem Knast
Amerikanischer Spielfilm (1970)
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Showgeschichten
19.45 Der Forellenhof (1)
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Hollywood (5)
22.35 Lese-Zeichen
23.05 Z. E. N.
23.10 Das zweite Herz
23.55 Rundschau

SAT 1

15.00 Captain Future
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche Musicbox
17.00 Der Magier
Der Trick mit dem Spielzeug
Anschl.: Heiße Ware Swing
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Charlie Chaplin
Anschließend: Dick Tracy
18.30 APF-blick
18.45 Sport
19.45 Viva Cangaceiro
Italien.-span. Film (1969)
Brasilianische Regierungstruppen starten im Nordosten des Landes eine Strafexpedition gegen aufsässige Dorfbewohner. Nur Espedito überlebt das Massaker. Nach seiner Genesung versucht er, die Zustände in seinem Land gewaltlos zu ändern.
21.30 APF-blick
22.15 M – Ein Männermagazin
22.45 Tennisschläger und Kanonen
Anschließend: APF-blick



19.00 Nachbar Europa
Reisewege zur Kunst
19.45 Follow me (16)
20.00 Tagesschau
20.15 Jean Christophe
Der Jüngling
21.05 MS Franziska
22.05 Die Fischer von Louisiana
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit K. Grayson, M. Lanza, D. Niven
Regie: Norman Taurog
Jacques Riboudeaux, ein Operndirektor, ist hingerissen, als er den jungen Fischer Pepe singen hört. Er engagiert ihn, doch Pepes Manieren lassen zu wünschen übrig.
23.40 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
Ostberliner Ansichtssachen
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Rund ums Eggishorn
20.35 Naturjodel
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Terra-X
Auf der Fährte des Jaguars
Entdeckungen in Mittelamerika
22.30 Begegnungen
Ruth Pfau, Lepraärztin in Pakistan
23.15 Nachrichten



18.15 Da-Da-Damals oder Regional 7
18.35 Brigitte zu Besuch
Schauspieler – ein Traumberuf?
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Der Tod fährt mit
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der letzte Zug nach Durango
Italien.-span. Western (1967)
22.00 RTL-Spiel
22.05 Popeye
22.10 Wer bin ich?
22.35 Geheimauftrag für John Drake
22.57 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Vertrauen verbraten

P. F. R. – Hessen wird im nächsten Schuljahr neue „Handreichungen" zur Drogen-Bekämpfung in den Klassen einsetzen. Kultusminister Karl Schneider (SPD) hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß „die bloße Sachinformation" nicht nur nicht genüge, sie habe „nachweisbar vor allem bei Jugendlichen eher zur Vergrößerung der Konsumbereitschaft geführt, anstatt sie abzubauen". Des Ministers Fazit: „Die Flucht in die Droge ist ein Ausweichen vor alltäglichen Lebensproblemen. Die Kinder und Jugendlichen müssen daher lernen und üben, mit den Belastungen des Alltags fertig zu werden."

Ein wahres Wort – mit Konsequenzen freilich, die weit über den von Schneider vorgezeichneten Rahmen hinausreichen. Hessen hat in den letzten 15 Jahren die Konfliktpädagogik zum Wert an sich hochstilisiert. Vor den Augen der Schüler wurde ein Szenario ausgebreitet, das einen Kampf aller gegen alle vorführte. Interessenstandpunkte wurden zum Einmaleins der gesellschaftlichen Wirklichkeit erklärt, und nur zu oft wurde das Bemühen um Konsens als Roßtäuschertrick hingestellt, dazu bestimmt, den Schwachen noch schwächer zu machen.

In Hessen weitverbreitete Politik-Lehrbücher haben das „garstig Lied" mit besonderer Hingabe gepflegt. Kurt Gerhard Fischer etwa stimmte die Halbwüchsigen auf die Intentionen seines Bandes „Gesellschaft und Politik" mit den Worten ein: „Wir möchten Euch dazu verhelfen, daß Ihr nicht jetzt oder eines Tages ... ‚in die Pfanne gehauen', ‚verbraten' ... werdet, und wir hoffen, daß Ihr rechtzeitig lernt und übt, Euch Eurer Haut zu wehren ..." Rolf Grix und Wilhelm Knöll entdeckten als Lernziel die Einsicht, „daß auch Sie jederzeit zu einer verfolgten Minderheit gehören können".

Die Schule kann Defizite der Gesellschaft nicht allein ausgleichen. Aber sie muß mit dazu beitragen, ein Klima des Vertrauens zu schaffen. Die Eltern nicht „hinterfragen", sondern mit ihnen zusammenarbeiten: ein weites, zu weites Feld für Hessen?



Als die Grandes Decorations entstanden: Claude Monet vor Teilen des Nymphéas-Zyklus in seinem Atelier in Giverny um 1920
FOTO: HENRI MANUEL/KATALOG

Der schnelle Blick erfaßt die Schönheit nicht: Das Basler Kunstmuseum zeigt Monets Seerosenbilder

Schatten über der japanischen Brücke

Monet ist nur Auge, aber, mein Gott, was für ein Auge." Was dieser eigenartige Ausspruch Cézannes, der oft als Beleg für Cézannes Mißbehagen an Monets Malerei genommen wird, eigentlich besagt, lehrt derzeit die Ausstellung „Claude Monet: Nymphéas Impression-Vision" im Kunstmuseum Basel.

Nymphéas sind uns als Seerosen vertraut. Zur Gartenzier gehören sie allerdings erst ein gutes Jahrhundert. Im Zuge des Japonismus entdeckte Europa den Wassergarten. Und um die künstlichen Teiche vielfältig füllen zu können, begannen die Gärtner vor der Jahrhundertwende allerhand Varietäten der eigentlich nur weißen Seerose in rosa, gelb, rot, sogar dunkelrot zu züchten. Bald tauchten diese Blumen, eher in Seide nachgebildet als echt, auf Ballkleidern auf. Und die Seerosengirlanden entwickelten sich zu einem Lieblingsmotiv des Jugendstils.

Die Seerose war also „aktuell", als Claude Monet 1893 begann, in Giverny, wo er seit zehn Jahren wohnte und für den Rest seines Lebens eine Heimstatt gefunden hatte, einen Wassergarten anzulegen. Dessen Hauptbestandteil war der von einer „japanischen Brücke" überspannte, 1901 nochmals erheblich erweiterte Seerosenteich. Aber Aktualität hatte der Maler damit nicht im Sinn.

Monet brauchte immer einige Zeit, um sich an eine neue Umgebung zu gewöhnen, sie als Motiv aufzunehmen. So malte er die Brücke erst 1895, die Seerosen 1897. Doch 1899/1900 entsteht dann eine ganze Serie über die „Japanische Brücke". Und die Seerosen lassen ihn von 1903 an bis zu seinem Lebensende nicht mehr los. Rund 50 Gemälde mit der Brücke und etwa 150 mit den Nymphéas hat er hinterlassen. 64 davon sind in Basel zu sehen, ein Lehrstück für das, was Cézanne mit seinem Ausspruch gemeint hat – und eine faszinierende Bildersammlung zugleich.

Obwohl sich die Ausstellung auf diese beiden Themen beschränkt, ist sie von jeglicher Monotonie weit entfernt. Monet hat diese beiden Sujets stets zu verschiedenen Tages- und Jahreszeiten, bei ganz unterschiedlichem Licht gemalt. Denn er besaß, was auch für einen Maler keineswegs selbstverständlich ist, sozusagen ein „absolutes Auge" (entsprechend dem „absoluten Gehör", mit dem mancher Musiker ohne Vergleichsmöglichkeit die genaue Tonhöhe zu erkennen vermag).

Während das ungeübte Auge nur die Eigenfarbe eines Gegenstandes registriert, vermochte Monet die Abweichungen zu sehen und zu malen, die sich bei wechselndem Sonnenstand ergeben. Mit Farbfotos lassen sich diese Veränderungen heutzutage leicht dokumentieren. Doch zu Monets Zeiten war man sich dieses Phänomens kaum bewußt. Und bewußtzumachen waren sie nur in einer Serie. Monet hat das mit den Heuhaufen, der Kathedrale von Rouen und mit den Seerosenbildern vorgeführt. Während die Blüten und Blattinseln des Morgens in einem gelblich hellgrünen See schwimmen, sättigen sich die Farben im Laufe des Tages immer mehr, bis sie des Abends dunkle, grüne Blätter auf blauviolettem Wasser zeigen.

Ähnlich sind die Farbspiele bei der „Japanischen Brücke". Zu Tagesbeginn herrschen die hellen, lichten Grüntöne vor. Sonnenschein fällt auf den vorderen Teil des Teiches und auf das weiße Geländer des geschwungenen Steges, der als Doppelbogen das Bild gliedert. Später dann treten Vordergrund und Brücke mit dunkleren Farbtönen in den Schatten, während nur das Wasser hinter der Brücke das Licht reflektiert. Im Laufe der Jahre verliert die Brücke außerdem immer mehr ihre Realität (was auch damit zusammenhing, daß sie, wie ein Gang mit einem Metallgitter überspannt, von Glyzinien überwuchert wurde). Auf den späten Bildern ist sie nur noch ein Schemen, der sich von der Folie der Bäume und des Teiches durch eine etwas dunklere Tönung abhebt. Den Schritt zur Abstraktion ist Monet damit gegangen, jedoch nicht den zur Gegenstandslosigkeit.

Ähnlich entwickeln sich die Nymphéas. Anfangs setzt der Maler zwei offene, helle Blüten mitten in eine rechteckige Tafel. Dreißig Jahre später bei den „Grandes Décorations" für die Orangerie in den Tuilerien werden es nur noch die Reflexe der Bäume und des Himmels sein, die mit den angedeuteten Blättern und Blüten der Seerosen zu einem breiten, spannungsreichen Band nuancierter Farben verschmelzen. Und während bei den frühen Gemälden noch ein schmaler Uferstreifen die Grenzen des Teiches markiert oder ein Zweig der Trauerweide als Orientierungspunkt von oben ins Bild ragt, verzichtet Monet schon bald auf solche Sehhilfen für den Betrachter. Die Seeroseninseln schwimmen nun über den Spiegelungen im Wasser, die nicht als Abbild, sondern als eine vibrierende Farbfläche erscheinen.

Auch die Bildformate gewinnen eine besondere Bedeutung. Morgens, wenn die Schatten nur kurz sind, wählt Monet ein Querformat, gegen Abend, wenn sie länger werden, entscheidet er sich für hohe Rechtecke. Oft greift er auch zu quadratischen Malflächen (und gelegentlich zu Rundbildern, die in Basel allerdings fehlen), einem Format ohne Richtungspräferenz, das in sich ruht und damit jenem „interesselosen Wohlgefallen" Kants, das kein anderes Interesse meint als das des Bildes selbst, entgegenkommt. Und es ist gewiß kein Zufall, daß Gustav Klimt zur selben Zeit ebenfalls stets quadratische Leinwände für seine Landschaften wählte (obwohl sich eine gegenseitige Kenntnis nicht nachweisen läßt).

Die Basler Ausstellung ist eine Schule des Sehens. Sie fordert allerdings vom Betrachter Konzentration und Geduld. Mit einem schnellen Blick ist es hier nicht getan. Sonst entgehen ihm der Reichtum der Bilder, die Varianten der Gestaltung, die Feinheiten der Farbgebung (die zu bezeichnen unser Wortschatz nicht ausreicht), fühlt er nichts von den Stimmungen, die sie reflektieren und zugleich hervorrufen.

Dieser Zusammenklang ist allein vor den Bildern zu genießen, im Nebeneinander der Gemälde, die sonst über die Welt in Museen und Privatsammlungen verstreut sind. Reproduktionen und Bildbände können das nicht ersetzen, weil die Feinheiten, auf die es dabei ankommt, nur das Original preisgibt: allein dem Auge.

PETER DITTMAR

Bis 19. Okt.; Katalog 35 sfr, im Buchhandel, SV international, 65 sfr.

Münchner Opernfest: „Hoffmanns Erzählungen"

Wie man ein Säufer wird

Das ging schief. „Hoffmanns Erzählungen", die zweite Premiere der diesjährigen Münchner Opernfestspiele, ist aufwendig mißglückt. Man wird des Abends nur momentweise froh. Es ist eine jener Produktionen, in denen Fahrlässigkeit und Denkfaulheit bequeme Kompromisse eingehen. Kunst wird nicht ernst genommen. Schlamperei aus Tradition.

Dabei sieht die Aufführung der Welt heute wohl besten Hoffmann: Neil Shicoff. Wenn der knickebeinig die Bühne betritt, der Kneifer auf der spitzen Nase rutscht, er sich mit fahrigen Gesten in der Luft festhalten möchte, dann ist schon klar, daß es ihm nicht um einen tenoralen Singhelden geht. Woody Allen als Schnapsneurotiker in Lutters Keller – das ist eher die Gleichung, die auf Shicoff paßt.

Was in der Oper so schwer und so nötig ist, einen präzisen, doch vielschichtigen Charakter aufzuschlüsseln, gelingt Shicoff ganz fabelhaft.



Szene mit Neil Shicoff (Hoffmann) und Birgit Calm (Niklaus)
FOTO: RABANUS

Sein Hoffmann ist ein grimmiger Intellektueller. Die Welt ist ihm zum Kotzen. Er betrinkt sich vorsätzlich. Er randaliert. Doch diese Attitüde fällt in sich zusammen, er wird ganz jung und schüchtern, wenn ihm im Lied von Klein Zack bloß die Erinnerung aufflackert an eine Frau, an eine Liebe. Mit einem Mal ist er der träumerische, romantische Poet. Als solcher darf er in die drei großen Akte der Oper wiederkehren, um zu erzählen, wie mies ihm diese Welt mitgespielt hat.

Shicoff überdies singt diesen so fordernden Part mit einer Strahlkraft, einer hochgespannten Stimme, daß einem zuweilen bange wird um sein Durchstehvermögen. Denn Shicoff schont sich nicht. Er ist Hoffmann mit selbstvergessener Intensität, und so singt er ihn: wie im Fieber, wie im Rausch. Über Shicoff geht zum Schluß der Aufführung ein Jubel von Orkanstärke nieder. Zu Recht.

Aber ein einziger grandioser Sänger, selbst wenn er Neil Shicoff heißt, ist denn doch erheblich zu wenig für einen vierstündigen Opernabend, erst recht, wenn er zu Münchner Festspielpreisen daherkommt. Schon um Shicoff herum nichts als pure Besetzungsverlegenheit. Die Münchner Rechnung, daß man jene Partien, für die man nicht einmal einen treffenden Sänger hat, am besten gleich mit deren vier besetzt, kann natürlich auch nicht aufgehen. Was für ein Unsinn ist das, die Bariton-Partie des Hoffmannschen Widersachers aufzuteilen! Was für eine Idee, die Dienergestalten auseinanderzureißen! Eine Rolle mit Fleisch bleibt dann nur für Ferry Gruber als Frantz übrig. Bei den anderen hat man, wie überhaupt bei der Lektüre des Besetzungszettels, den Verdacht, daß es hier um nichts anderes gegangen ist, als einigen Staatsopernveteranen die vertraglich garantierte Premiere zukommen zu lassen. Bei einigen aber reicht die Stimme nicht einmal mehr für Stichworte.

Die drei Damen sind herzlich schlecht allemal. Die Olympia gibt Cyndia Sieden mit einer zwar hohen, aber piepsigen Koloraturstimme, bei der es leider mit der Treffsicherheit der Töne arg hapert. Sie, vor zwei Wochen in der Reimann-Uraufführung als Helena triumphierend, war nun doch eine arge Enttäuschung. Man sieht wieder: um Stimmen richtig einzuschätzen, braucht es eben immer noch die klassischen Rollen.

Trudeliese Schmidt unternimmt mit ihrem üppigen Mezzosopran als Giulietta einen Ausflug ins Sopranfach, und der bekommt ihr nicht. Die Stimme klingt überanstrengt. Die lyrische Antonia fällt Pamela Coburn zu, die zwar eine intelligente Musikerin ist, aber für ein solches Haus, eine solche Partie einfach stimmlich nicht ausreicht.

Die musikalischen Fäden hält Riccardo Chailly in sicheren Händen. Zuweilen schlägt er sogar Funken aus der Musik, aber dann sehen die Sänger so schlecht aus, daß er es besser gleich wieder läßt. Ohnehin erlaubt die breiige Choudens-Fassung, auf der der Regisseur Otto Schenk bestanden hatte, nicht viel Verve.

Diese Werkfassung und diese Regie Schenks sind die eigentlichen Fatalitäten der Aufführung. Es ist doch schlechthin ein Aberwitz, daß ein Haus wie das Münchner Nationaltheater, dem mit Wolfgang Sawallisch sogar ein Musiker als Direktor vorsteht, eine zusammengestümperte Werkfassung aufführt, die mit Offenbachs Intentionen nachweislich nichts zu tun hat. Eine Fassung, in der halbe Akte gar nicht von Offenbach stammen. Natürlich, die authentische Dialogfassung hätte einiges mehr an Detailarbeit des Regisseurs verlangt. Sie hätte jene Opern-Pauschalarrangements auf der Bühne verboten, die allenfalls pittoresk aussehen, aber Sinn nie ergeben. Früher einmal waren Schenks Regien zwar konventionelles, aber gutes Theater. Nicht einmal dazu gibt er sich heute noch Mühe, auch nicht für die Münchner Festspiele. Wo man hinschaut, stimmt diese Regie nicht. Ein einziger Krampf.

Daß dies nicht gar so auffällt, können sich Monika von Zallinger (Kostüme) und Günther Schneider-Siemssen (Bühnenbild) anrechnen. So ist wenigstens die Ausstattung üppig und bühnenfüllend geworden.

REINHARD BEUTH

Brühler Schloßkonzerte mit Werken von Mozart

Geliebter Amadeus '86

Am 5. Dezember 1991 jährt sich Mozarts Todestag zum 200. Mal. Die Musikwelt wird dann vielleicht einen Augenblick den Atem anhalten im Gedenken an ihren unbegreiflichsten Genius. Aber sie wird sicher auch rechtzeitig Luft holen, um diesen in seiner Musik laut zu feiern – und natürlich auch sich selbst.

Das ist legitim. Im Schloß Brühl bei Köln hat man sogar schon jetzt damit angefangen und in einer Festwoche „Amadeus '86" die aus dem Jahr 1786 stammenden Mozart-Werke aufgeführt. Jedes Jahr sollen nun bis 1991 die jeweils 200 Jahre zuvor entstandenen Kompositionen gespielt werden.

Ein Großprojekt in Sachen Mozart des für seine Schloßkonzerte selten um Ideen verlegenen Helmut Müller-Brühl. Mozarts Musik aus seinen letzten Lebensjahren komplett in der Barockpracht des gerade ein Vierteljahrhundert vorher vollendeten kurfürstlichen Schlosses. Und den auch anderswo nicht immer tiefschürfenden Programmüberlegungen wird ein biographischer Faden in der Hoffnung eingezogen, daß es ja vielleicht doch miteinander zu tun hat, was in direkter Lebensnähe zueinander entstand. Nur daß Mozart solche Hoffnung meist am wenigsten einlöst. Gewiß wird man dem Klavierkonzert KV 488 A-Dur seine „Figaro"-Nähe nicht absprechen, aber gleich daneben das c-Moll-Konzert KV 491 reißt doch den bittersten, tragischsten Kontrast auf.

„Amadeus '86" hatte keine komplikationslose Geburt, wird aber deshalb kein Sorgenkind werden. Mozart fand wie immer sein Publikum. Und solch Unternehmen mit dem Titel „Amadeus" hält zwar auf Distanz, aber profitiert möglicherweise doch vom neu aufgelebten Mozart-Rummel unter dem von Shaffer und Forman ein bißchen fahrlässig umgedrehten Vorzeichen. Daß statt Entremont Christian Zacharias das C-Dur-Klavierkonzert KV 503 spielen würde, wußte man seit längerem: Seine Anschlagskünste nahmen dem Konzert das Pompöse und ließen den Bösendorfer wundervoll klingen. Immerhin konnte Müller-Brühl hier seinen „Amadeus" noch selbst aus der Taufe heben.

Aber schon beim Festkonzert mit konzertanten „Figaro"-Szenen, Hornkonzert Es-Dur KV 495 (prächtig: Andrew Joy) und der „Prager Sinfonie", das Ministerpräsident Johannes Rau kurzerhand in eine Feier zum 40. Geburtstag von Nordrhein-Westfalen umfunktionierte, lag Müller-Brühl mit durchgebrochenem Magengeschwür im Krankenhaus. Statt seiner dirigierte der Bielefelder GMD Rainer Koch das Kölner Kammerorchester.

Naturgemäß geriet dieses Konzert ein bißchen ad hoc nach nur kurzer Verständigungsprobe. Auch Barbara Schlick mußte als Susanna für Maria Venuti einspringen. Aber sie war keinesfalls bloß eine Notlösung. Darüber hinaus sang sie ebenso stilverständig wie schön klingend auch später noch die Ergänzungsstücke aus dem Jahre 1786 zum „Idomeneo". Hier war Alexander Stevenson ihr Partner, dort waren es Sue Patchell und Manfred Hemm.

Daß „Amadeus '86" und folgende nicht wörtlich alles und jedes Gelegenheitsstückchen bringen kann, versteht sich von selbst. Auch daß dem Veranstalter schon mal Kompromisse aufgegeben sind. Für das einzige Streichquartett von 1786 ließ man natürlich nicht eigens ein Quartett anreisen. Man hatte es in einem vorgezogenen Konzert dem Joachim Quartett unter anderem anvertraut.

Klavierwerke spielten Jörg Demus plus Partner François Verry, die Klaviertrios von 1786 das Trio Fontenay, die Duos für Bassetthörner Wolfgang Meyer und Matthias Höfele. Beim Abschlußprogramm mit Karl Engel und den Klavierkonzerten KV 488 und 491 war dann Rainer Koch endgültig aus der Ersatzrolle herausgewachsen zu mustergültigem Umgang mit dem Kammerorchester. Das c-Moll-Konzert geriet zur fast unerwarteten Sternstunde.

Aber man sollte sich auch nicht darüber wundern, daß Balthasar Neumanns berühmt-schönes Treppenhaus dergleichen befördern kann: Die jungen Bläser aus Müller-Brühls Orchester, allen voran das erste Fagott, wuchsen schier über sich hinaus. Den Klavier-Bläser-Dialog hört man nicht oft so delikat. Mozart, wie man ihn liebt.

DIETER SCHÜREN

Robert Altman verfilmt Shepards „Fool for Love"

Alles ist böse und schrill

Wer sich seine Liebe zu Amerika aus dem Herzen reißen möchte, der schaue sich Robert Altmans Film „Fool for Love" („Verrückt vor Liebe") an. Wie dieser erbarmungslose Zivilisationskritiker seinen Hauptspielplatz, das Motel „El Royal" irgendwo in den Weiten des Landesinneren, mit dem Kamera-Auge abtastet, ist von unglaublich starker Wirkung. Eine Anzahl jämmerlicher, mit bunten Neonröhren aufgeputzte Häuser stehen in halbhohem Buschwerk herum: Rummelplatz oder halb aufgebrochener Wanderzirkus?

Die junge Frau, die man bei hauswirtschaftlicher Tätigkeit beobachten kann, scheint ihres Lebens nicht besonders froh zu sein. Vor wem fürchtet sie sich? Vor dem Cowboy, der auf einem Transporter voller Pferde auf den eintönigen breiten Straßen heranrollt? Vor ihm versteckt sie sich in ihrer erbarmungswürdigen Behausung, doch er spürt sie auf, mit einem Fußtritt läßt er die Sperrholztür zersplittern und wirft sich über sie auf das zerwühlte Doppelbett.

Sie sind ein von Haßliebe zerrissenes Paar. Daß sie obendrein Halbgeschwister sind, wie man allmählich erfährt, braucht nicht die Ursache ihrer Unverträglichkeit zu sein. Sie ist eine Städterin, er möchte gern auf einer Ranch mit lauter Kühen leben. Im Interesse der Einheit von Handlung, Ort und Zeit ganz im Sinne der klassischen Tragödie ist auch der Urheber des ganzen Mißgeschicks zur Stelle, der bigamistische Vater der beiden, ein Trunkenbold, der im Office des Motels tatenlos herumhängt.

An dieser Besonderheit erkennt man die Herkunft des Stückes von der Bühne. Es ist ein an Strindberg wie an der griechischen Tragödie geschulter Psychothriller, der am Broadway ein Riesenerfolg war und auch an deutschen Bühnen schon ausprobiert wurde. Geschrieben hat ihn Sam Shepard, der Darsteller des Eddie, der auch das Drehbuch zu „Paris, Texas" verfaßt hat. Im Atmosphärischen, in der ungeheuerlichen Weite und Einsamkeit des amerikanischen Lebens, haben die beiden Filme etwas Gemeinsames. Noch hervorstechender aber ist hier die Häßlichkeit und Banalität der von Menschen gestalteten Umwelt.

So schön und frisch Kim Basinger als May auch ist, so jämmerlich ist alles, was sie umgibt, am schrecklichsten wohl in der Szene, in der sich der sanfte junge Mann, den sie sich als Nachfolger für ihren Cowboy ausgesucht hat, ihr zertrümmertes Bett wieder herrichtet und dessen zerrissene und beschmutzte Innereien zu Tage fördert. Es gibt innerhalb der Mauern des Motels keinen einzigen Gegenstand, auf dem das Auge wohlgefällig ruhen könnte. Und ebenso ist alles, was diese paar Menschen zu sagen haben, böse und schrill. Um so höher muß man die Leistungen der Darsteller bei der Enthüllung eines von keinerlei göttlichen Gnade erleuchteten Inneren einschätzen.

HELLMUT JAESRICH



Von Haßliebe zerrissen: Kim Basinger und Sam Shepard
FOTO: SCOTIA

KULTURNOTIZEN

Bergische Volkskunst zeigt bis 7. September das Bergische Museum in Schloß Burg an der Wupper.

An den Maler Heinrich von Zügel erinnert die neue Galerie im Alten Rathaus von Wörth am Rhein.

Das erste albanische Lexikon ist in Tirana erschienen. Das von der Albanischen Akademie der Wissenschaften herausgegebene einbändige Werk umfaßt 5000 Stichworte.

Das 20. Jazzfestival von Montreux hat in diesem Jahr mit über 60 000 Besuchern und einem Reingewinn von 300 000 Schweizer Franken seine eigenen Rekorde gebrochen.

In Münster findet vom 24. August bis zum 5. September die „1. Internationale Tanztheater-Werkstatt" statt.

Das Moskauer Bolschoi-Ballett kommt vom 27. September bis 27. Oktober nach sechsjähriger Pause nach Paris.

Die polnische Sopranistin Jolanta Wrozyna hat den mit 50 000 Schilling dotierten 1. Preis des Internationalen Belvedere-Wettbewerbs in der Wiener Kammeroper gewonnen.

JOURNAL

„Iberoamericana" an der Alster

DW. **Hamburg**

Mehr als 15 Konzerte sind während der Iberoamerikanischen Wochen vom 10. September bis zum 13. Oktober in Hamburg vorgesehen. Aus Uruguay kommt die Pianistin Elida Gencarelli zur „Iberoamericana" an die Alster. Der brasilianische Pianist Marco de Almeida – er lebt seit 1980 in Hamburg – wird Werke von Komponisten seiner Heimat sowie von Schubert spielen. Bei einem Gitarrenabend sind Atahualpa Yupanqui und Pedro Soler zu hören.

Originalpartitur Rossinis gefunden

dpa, **Pesaro**

Musikfreunde können ab 1988 erstmals Gioacchino Rossinis Oper die „Die seidene Leiter" in voller Länge hören. Die in Pesaro, dem Geburtsort des Komponisten, beheimatete Rossini-Stiftung hat in einer schwedischen Sammlung die verschollene Originalpartitur von „La scala di seta" aufgestöbert. Das Werk soll nun beim „Rossini Opera Festival" in Pesaro in zwei Jahren aufgeführt werden.

Bottrop zeigt das Werk Vantongerloos

DW. **Bottrop**

Die Geometrie war für ihn da, „um die Beziehungen einer neuen Bildschöpfung, einer Komposition zu formulieren". Folgerichtig entwarf der Antwerpener Georges Vantongerloo in den 30er und 40er Jahren „Kurven"-Bilder mit geschwungenen Parabelbögen. Die Ausstellung zum 100. Geburtstag Vantongerloos in der Modernen Galerie Bottrop vom 4. September bis 12. Oktober – sie war bereits in Berlin zu sehen (vgl. WELT v. 20. 5.) – umfaßt je 30 Gemälde und Plastiken. (Katalog mit zahlreichen Abbildungen 24 Mark)

Von-der-Heydt-Museum drei Jahre geschlossen

dpa, **Wuppertal**

Wuppertals Von-der-Heydt-Museum wird seine Kunstschätze künftig auf mehr als einem Kilometer Hängefläche zeigen können. Für fast 23 Millionen Mark soll das um 1840 errichtete ehemalige Elberfelder Rathaus modernisiert werden. Zu diesem „Jahrhundertumbau" ist die städtische Gemäldegalerie jetzt für die kommenden drei Jahre geschlossen worden. Ein Drittel der reinen Kosten für die Museumserneuerung übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen.

Archäologen entdecken slawisches Familiengrab

dpa, **Berlin**

Durch die Ausgrabung eines Totenhauses in einer Kiesgrube haben „DDR"-Wissenschaftler Erkenntnisse über Bestattungssitten der Slawen erhalten. Bisher wurde angenommen, daß die Slawen ihre Toten in die Erde betteten. Bei dem im Bezirk Neubrandenburg entdeckten Totenhaus, das aus dem 9. bis 11. Jahrhundert n. Chr. stammt, handelt es sich wahrscheinlich um ein slawisches Familiengrab. In ihm wurden die Überreste eines Erwachsenen und eines etwa vierjährigen Kindes gefunden.

Kurt Henkels †

dpa, **Hamburg**

Kurt Henkels, einstiger Chef des Leipziger Tanzorchesters, ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am 12. Juli im Alter von 75 Jahren in Hamburg gestorben. Der gebürtige Solinger, der in Köln Musik studierte und ursprünglich Geiger war, befaßte sich zunächst überwiegend mit klassischer Musik. Über die Grenzen Deutschlands hinaus wurde Henkels bekannt als Leiter des Tanzorchesters des Senders Leipzig, das er nach dem Zweiten Weltkrieg aufbaute. 1959 floh er in die Bundesrepublik, weil er „in der DDR nicht die Musik machen durfte, die ich machen wollte". Als er nach einigen Jahren als Leiter des Tanzorchesters des Norddeutschen Rundfunks ausschied, war er als Lektor in Hamburger Musikverlagen tätig.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Eine Reise zwischen Himmel und Erde" unternahm der Arzt und Schriftsteller Alfred Döblin in den Jahren 1940 bis 1948, als er vor den Nationalsozialisten zuerst nach Frankreich und Spanien, schließlich nach Amerika fliehen mußte, wo er sich, wie viele Kollegen, in Hollywood erfolglos als Drehbuchautor versuchte. Besonders beeindruckend sind die letzten Kapitel der Autobiographie, in denen Döblin sein Wiedersehen mit Berlin nach dem Kriege beschreibt: sachlich, nüchtern, scheinbar emotionslos – und doch zutiefst erschüttert. „Ich habe nichts vergessen. Ich will nichts vergessen. Darum schreibe ich dieses Buch."

no

Alfred Döblin: „Schicksalsreise. Flucht und Exil 1940–1948", Piper, 326 S., 16,80 Mark.

Dem LKA in Stuttgart gelang ein großer Coup

Internationaler Rauschgiftring zerschlagen / 36 Festnahmen

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Ein bisher wohl einmaliger Schlag gegen das organisierte Verbrechen ist dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg geglückt: Im Verlauf ihrer gut einjährigen Ermittlungen konnte eine in Stuttgart eingesetzte Sonderkommission fünf internationale Rauschgiftbanden ausheben. 36 mutmaßliche Bandenmitglieder, darunter 13 Griechen und zwölf Türken, wurden im In- und Ausland verhaftet. 4,5 Kilogramm Heroin und 35 Kilogramm Haschisch sowie Hehlerware im Gesamtwert von über zwei Millionen Mark wurden sichergestellt. Weitere „Zugriffe" sind nicht ausgeschlossen.

Ausgangspunkt der Ermittlungsarbeit, die Beamte des Landeskriminalamtes (LKA) auch in die USA und den Vorderen Orient führte, war Stuttgart. Seit Mitte 1985 hatten sich Hinweise darauf verdichtet, daß internationale Rauschgiftringe versuchten, hier neue Absatzmärkte für Heroin und Haschisch zu erschließen. Auffallend dabei war die offenbar führende Rolle griechischer Händler in einer bislang hauptsächlich von Italienern und Türken beherrschten Szene. Außerdem kam es erstmals zu „deliktübergreifenden" Aktivitäten: Zusätzlich zum Transport und Vertrieb von Rauschgift unterhielten diese Banden auch florierende Hehlergeschäfte. Neben Schmuck und Uhren gehörten, wie sich bei späteren Festnahmen herausstellte, vor allem Nobellimousinen zu ihrer bevorzugten Handelsware.

Das Landeskriminalamt hatte daher eine „Sonderkommission Hellas" eingesetzt, die von Fall zu Fall durch mehrere Mobile Einsatzkommandos (MEK) und das Spezialeinsatzkommando (SEK) Baden-Württembergs sowie verschiedene Zoll- und Grenzpolizeidienststellen unterstützt wurde. Besonders bewährt, so LKA-Chef Kuno Bux, haben sich im Verlauf der Fahndung nach den Hintermännern der Einsatz verdeckter Ermittler und die enge Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden.

Die erste Teilorganisation, eine vorwiegend türkische Rauschgifthandelsgruppe mit Sitz im Großraum Stuttgart, flog bereits Ende 1985 auf. Damals konnten insgesamt 14 Bandenmitglieder festgenommen und 2,3 Kilogramm hochprozentiges Heroin aus einem Labor in Anatolien, das über Griechenland und Budapest in die Bundesrepublik gekommen war, sichergestellt werden. Weitere Spuren führten von diesem Händlerring zu anderen Teilen des organisierten Verbrechernetzes. Wieder wurde die Sonderkommission fündig: Mitte Februar konnten in einem Stuttgarter Prominenten-Hotel zwei aus New York und Thessaloniki angereiste „Profis" verhaftet werden. Die Drogenhändler, beide Griechen, wollten sich mit drei in Köln lebenden Landsleuten treffen, um über die Ankurbelung des Heroinabsatzes in Süddeutschland zu reden. Statt des Trios aus der Domstadt wartete jedoch die Polizei.

Später, Ende April, gelang es der Sonderkommission, kriminelle Verbindungen nach Zypern und Syrien aufzurollen. Drei Araber gingen ihr, wieder in einem Stuttgarter Hotel, ins Netz. Im Reisegepäck: 520 Gramm Heroin zum Einführungspreis von 92 000 Mark. Auch sie sollten in Baden-Württemberg neue Märkte erschließen. Nach Erkenntnissen des Landeskriminalamts gibt es Verbindungen zwischen dieser Gruppe, die von Zypern aus operierte, und einem Ende Februar im Golf von Messina aufgebrachten Schiff, auf dem 5,5 Tonnen Haschisch, mehrere Kilogramm Heroin und ein kleines Waffenarsenal sichergestellt wurden.

Die letzte der fünf Banden, die alle untereinander subtile „Geschäftsverbindungen" unterhielten, ging am vergangenen Wochenende im Raum Karlsruhe/Bruchsal hoch. Sechs Händler und Kuriere, darunter vier *Griechen, kamen hinter Schloß und Riegel*, 21 Kilogramm Haschisch ins Polizeilabor. Das Rauschgift war in den Reservereifen zweier Personenwagen versteckt.

Kennzeichnend für alle Fälle war laut LKA-Chef Bux die professionelle Arbeitsweise der Banden. „Mit ihrer Zerschlagung konnten eingespielte Zufuhrwege unterbrochen und der weitere Ausbau von Rauschgiftabsatzmärkten verhindert werden", sagte Kuno Bux gestern vor Journalisten in Stuttgart.

Beim Predigtschreiben sollen Pfarrer künftig zum Computer statt zur Bibel greifen. Der Nürnberger Pfarrer Detlef Rose (Foto) ist zur Zeit dabei, die 4,5 Millionen Buchstaben der Heiligen Schrift auf 20 bis 25 Disketten zu überspielen. Bis Ende dieses Jahres soll die Arbeit abgeschlossen sein.



FOTO: KEMMETHER/DPA

Die Bibel kommt auf die Datenbank

Gottes Wort soll es künftig nicht nur auf Pergament oder wenigstens weißem Papier, sondern auch auf dem Bildschirm geben. Bei einem Probelauf mit dem Matthäus-Evangelium wird *jetzt erstmals in der Bundesrepublik geprüft*, ob die Bibel auch in „Computerfassung" gelesen wird. Wie der Leiter des interkonfessionellen Pilotprojektes „Pfarrer und PC (Personalcomputer)", der Nürnberger Geistliche Detlef Rose, erläuterte, kann das elektronische Hilfsmittel, sinnvoll eingesetzt, den Pfarrer bei seiner zeitaufwendigen seelsorgerlichen Arbeit entlasten.

Das Buch der Bücher auf Diskette erspart das Abschreiben oder Kopieren von Bibelstellen für die Predigt ebenso, wie die Suche von Zitaten erheblich verkürzt werden kann. Um beispielsweise das erste Evangelium, das über 150 000 Zeichen lang ist, einmal nach einem Stichwort „durchzulesen", braucht die Datenverarbeitungsanlage nur dreieinhalb Minuten. Es sei deshalb bedauerlich, daß die bayerische Landeskirche das Projekt bislang nicht fördere, so Rose, da offensichtlich bei manchen Theologen immer noch eine innere Sperre gegenüber der neuen Technik bestehe.

Bei der Deutschen Bibelgesellschaft in Stuttgart sind für die computergesteuerten Setzmaschinen längst das Alte und Neue Testament einschließlich Urtext und Konkordanz auf Datenspeicher vorhanden. Für die Anwendung am Heimcomputer müssen die etwa 4,5 Millionen Buchstaben der Bibel auf 20 bis 25 Disketten überspielt werden. Probleme bereiten der Arbeitsgemeinschaft der Pfarrer, die gemeinsam mit der Bibelgesellschaft und dem Presseverband der Evangelischen Landeskirche in Bayern die „Computerbibel" vorbereitet, lediglich die Versangaben und Querverweise auf andere Textstellen.

Um die Theologen mit den Anwendungsmöglichkeiten der neuen Technik, die von der Verwaltung der Pfarrgemeinde bis zum Abfassen von Predigten reichen, vertraut zu machen, erhalten alle der „Christlichen Interessengemeinschaft für Computeranwendung" (chric) angehörenden Pfarrämter regelmäßig einen eigenen „chric-Brief". Bis Ende dieses Jahres soll die gesamte Bibel für die Arbeit an modernen Bürogeräten zur Verfügung stehen, da bundesweit, so Rose, bereits rund 150 Pfarrer mit einem Computer arbeiten. In den Vereinigten Staaten und in Belgien ist die Heilige Schrift in englischen und französischen Übersetzungen, sowie die griechische und hebräische Urfassung, schon seit Jahren auf Datenbanken vorhanden.

DUNJA ULBRICHT (dpa)

Einem neuen Superklebstoff auf der Spur

dpa, New York

US-Forscher sind einem organischen Haftmittel von ungewöhnlicher Kraft und Beständigkeit auf der Spur, das bislang nur die blaue Miesmuschel produziert, um sich an Felsen zu verankern. Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Newsweek" ist es dem Meeresbiologen J. Herbert Waite von der Universität des US-Staates Connecticut gelungen, die chemische Formel des Klebers zu entschlüsseln.

Da der Kleber auch auf feuchter Unterlage in nur drei Minuten aushärte und von der salzhaltigen Flüssigkeit menschlicher Zellen nicht angegriffen werde, könne dieser Kleber von großem Nutzen in Medizin und Technik sein. So könnten Zahnärzte künftig zerbrochene Zähne leichter kleben, Chirurgen bei komplizierten Knochenbrüchen auf Nägel und Schrauben verzichten und Augenärzte abgelöste Netzhäute fixieren. Auch im Schiffbau wäre das Mittel als Grundlage für Anti-Rost-Anstriche unter Wasser verwendbar.

Familie bei Unfall getötet

AP, Graz

Bei einem schweren Verkehrsunfall auf der österreichischen Südautobahn bei Gleisdorf in der Steiermark sind am Montag sieben Menschen getötet und fünf verletzt worden. Bei den Todesopfern handelt es sich um Angehörige einer brasilianischen Großfamilie, die in einem Kombi-Wagen unterwegs waren. Nur die 17jährige Tochter überlebte den Unfall schwerverletzt.

Neues Beben in Kalifornien

AP, Bishop

In Mittelkalifornien hat sich am Montag erneut innerhalb von zwei Tagen ein Erdbeben ereignet. Das Epizentrum der Erschütterung mit einer Stärke von 6,2 auf der Richterskala lag in der Nähe der Stadt Bishop. Im Bebengebiet taten sich Erdspalten auf. Es entstand schwerer Sachschaden, Verletzte gab es nicht. Vor gut zwei Wochen hatte in Südkalifornien innerhalb von fünf Tagen zweimal die Erde gebebt (WELT vom 16. 7.)

Franzosen am beliebtesten

AP, München

Frankreich und Dänemark sind für die meisten Bundesbürger die beliebtesten europäischen Nationen. Nach einer Umfrage im Auftrag der Illustrierten „Quick" sind diese beiden Länder für 84 und 83 Prozent der 1530 Befragten am sympathischsten, unmittelbar gefolgt von Spanien, Italien, Österreich und Schweden. Weniger gut schnitten Jugoslawien mit 55, Irland mit 62 und die Niederlande mit 65 Prozent ab.

Ungewöhnliche Lichtquelle

AP, Bern

Der 110 Meter lange Summeregg-tunnel am Schweizer Grimselpaß wird als erster Tunnel der Welt mit Sonnenenergie beleuchtet. Der Betrieb der Sonnenenergie-Anlage sei im Vergleich zur konventionellen Stromversorgung bedeutend billiger, teilte das Amt für Information des Kantons Bern gestern mit.

Riesenhecht gefangen

AFP, Rostock

Ein 127 Zentimeter langer und 15 Kilogramm schwerer Hecht ist dieser Tage von einem Greifswalder Sportangler im Greifswalder Bodden in der „DDR" gefangen worden. In dem Brackgewässer, das als besonders fischreich gilt, kommen neben Hechten, Barschen und anderen Süßwasserfischen auch verschiedene Meeresfischarten vor.

Todesstrafe noch in Kraft

rtr, Tel Aviv

Eine 500 Jahre alte spanische Ausweisverfügung für Juden, auf deren Nichtbeachtung die Todesstrafe steht, ist nach wie vor in Kraft. In einem gestern in der israelischen Zeitung „Maariv" veröffentlichten Brief des spanischen Kulturministeriums an einen jüdischen Historiker wurde bestätigt, daß die am 31. März 1492 erlassene Verfügung nie annulliert wurde. Spanien hat im Januar Beziehungen zu Israel aufgenommen. Seitdem haben Tausende israelischer Juden das Land besucht, in dem es nur eine kleine jüdische Gemeinde gibt.

Die heikle Frage endlich in der Familie ansprechen

In den USA gibt es einen Drogen-Test für den Hausgebrauch

P. TAILLANDIER, Washington

Zum Preis von 24,95 Dollar können besorgte Eltern in den USA die Probe aufs Exempel machen, ob ihre Sprößlinge zu den Drogenkonsumenten gehören, deren Zahl unter den amerikanischen Schülern weiterhin wächst. „Wir geben den Eltern die Gelegenheit, nicht emotional sondern wissenschaftlich" auf das Drogenproblem zu reagieren, erläutert Howard Klubeck (28) das Verfahren des Drogen-Tests für den Hausgebrauch.

Das von dem Texaner angebotene Produkt „Aware" (Bewußt) besteht aus einem Fläschchen für eine Urinprobe und einer kleinen Röhre zum kostenlosen Versand an ein Labor in Chicago, das seine Analyse binnen zehn Tagen zurückschickt. Ist das Ergebnis positiv, so rät eine beigelegte Notiz den Eltern, bei einem Spezialisten genauere Untersuchungen vornehmen zu lassen.

Den Statistiken zufolge haben mehr als die Hälfte aller amerikanischen Oberschüler während ihrer Schulzeit mindestens einmal Marihuana oder Haschisch genommen. Bald schon wird jeder Fünfte Kokain probiert haben – vor allem als „crack", ein Kokain-Ableger, der schnell wirkt und genauso schnell Abhängigkeiten schafft.

„Aware" wird bereits in großem Maßstab bei der Personaleinstellung in Unternehmen, in Sportklubs und bei den amerikanischen Streitkräften angewendet. Kritiker des Verfahrens geben zu bedenken, daß es für einen jungen Süchtigen ein Leichtes sei, durch Beimischung anderen Stoffes das Ergebnis zu verfälschen oder ganz einfach eine Urinprobe eines Freundes einzusenden.

Demgegenüber ist Don Shattluck, der die „Aware"-Methode im „American Institute for Drug Detection" in Chicago anwendet, davon überzeugt, daß „unsere Tests, die die meisten Giftstoffe aufspüren, zu 95 bis 98 Prozent zuverlässig sind". Eltern jedenfalls begrüßen die Möglichkeit des Drogen-Tests als ein Mittel, die heikle Frage im Familienkreis endlich einmal zur Sprache zu bringen. (AFP)

LEUTE HEUTE



Die Schönsten der Welt

Der südamerikanische Charme hat sich in den Wahlen zur Miß Universum durchgesetzt. Die Venezolanerin **Barbara Palacios** (rechts im Bild) aus Caracas wurde in der Nacht zum Dienstag in Panama-Stadt zur schönsten Frau der Welt für die nächsten zwölf Monate gewählt. Auch Platz drei eroberte eine Lateinamerikanerin, die 18jährige **Maria Monica Urbina** aus Kolumbien. Miss USA, **Christy Fichtner**, erreichte zwischen den beiden Südamerikanerinnen Platz zwei. Den vierten Platz belegte die Polin **Brigida Bzulkiewicz**, fünfte wurde die Finnin **Tuula Inneli**.

Die Vorgängerin der neuen 22jährigen Miss Universum, **Deborah Carthy** (links im Bild), setzte Barbara Palacios die Krone auf. Als die begeisterten Familienangehörigen die Bühne stürmten, stolperte die Schönste der Welt – die Krone fiel und kullerte über den Boden.

Als immer mehr animierte Landsleute der neuen Miss Universum auf die Bühne sprangen, mußte die Polizei schließlich die Gemüter beruhigen. Der Präsident von Panama, **Erick del Valle**, gratulierte der Siegerin, die ihre anmutigen 173 Zentimeter und 54 Kilogramm in einem engen, langen, blauen Kleid präsentierte. Die Siegerin erhält Preise im Wert von mehr als 200 000 Dollar.

Für das Semifinale am Montag hatten sich zehn der 77 Kandidatinnen qualifiziert. Neben den fünf Erstplazierten waren dies **Evelyn Glauzmann** (Schweiz), **Elizabeth Robinson** (Puerto Rico), **Denise Nunes** (Brasilien), **Likoda Dobala** (Zaire) und **Mariana Billasante** (Chile).

Nur ein Scherz

Einen gehörigen Schrecken jagte der Bruder des Bräutigams den Zuschauern der letzten Probe für die Hochzeit des Jahres ein. Prinz **Edward**, der jüngere Bruder von Prinz **Andrew**, trug einen Arm in einer Schlinge. Als er nach der einstündigen Probe in der Westminster Abbey wieder herauskam, trug er die Schlinge immer noch. Schließlich bemerkte jemand, daß jetzt der andere Arm darin steckte: ein Streich, der den Sprecher des Buckingham-Palastes, **Michael Shae**, später zu der Erklärung nötigte: „Es war nur ein Jux."

„Gorch Fock" wird Parade der Windjammer anführen

ww. Bremen

„Bremerhaven ist der rechte Ort für solch ein Treffen", meint Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Schirmherr über die Windjammer-Parade „Sail '86". Vom 23. bis 27. Juli werden *260 Windjammer aus 18 Nationen* mit 5600 Besatzungsmitgliedern und Tausende Zuschauer zu diesem internationalen Treffen an der deutschen Nordseeküste erwartet.

Am Sonntag, dem 27., findet der Höhepunkt des Segelereignisses statt. Um 17 Uhr nimmt der Bundespräsident an Bord der Kutter-Ketsch „Nordwind" der Bundesmarine die Parade der Windjammer ab. Mit dabei ist die „Gorch Fock", das deutsche Segelschulschiff mit Heimathafen Kiel, die Drei- und Viermaster „Sedov" und „Krusenstern" aus der Sowjetunion, die „Dar Mlodzieży" aus Polen, Argentiniens „Libertad", Norwegens Drei-Mast-Bark „Staatsraad Lehmkuhl", die „Cuauhtemoc" der mexikanischen Kriegsmarine und das dänische Vollschiff „Georg Stage". Die „Gorch Fock" wird die Parade anführen.

Bernard Morgan, Rechtsanwalt in London, hatte 1955 die Idee, die letzten großen Rahsegler der Welt zusammenzurufen. Daraus wurde eine Regatta, aus dem Regatta-Komitee die Sail Training Association (STA). Die Flotte ist in vielen Häfen gefragt, dementsprechend gibt es schon Pläne bis 1992.

Das Regattafeld startet dieses Jahr im englischen Newcastle und muß spätestens *am 23. Juli um 12 Uhr* die Ziellinie westlich von Helgoland passieren, in Bremerhaven treffen sie dann mit 150 weiteren Segelschiffen zusammen, die wegen ihres fortgeschrittenen Alters oder ihrer Konstruktion nicht für sportliche Wettkämpfe geeignet sind.

Den Segelschiff-Freunden wird auch Information geboten: Jeder Windjammer soll im Detail vorgestellt werden. Dazu wurden zehn Kilometer Kabel verlegt, um 280 Hochleistungslautsprecher anzuschließen.

WETTER: Kühl

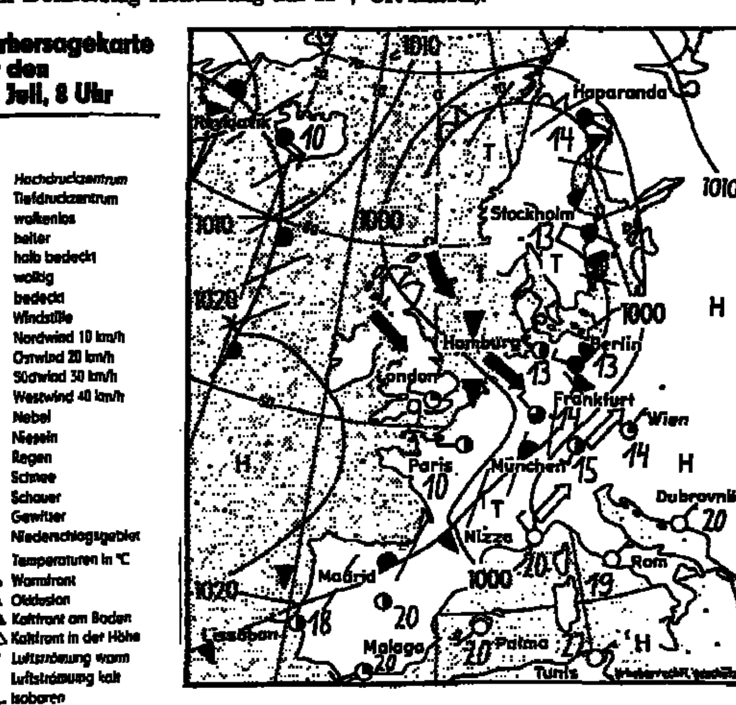
Lage: Hinter einer nach Südosten abziehenden Kaltfront fließt hochreichende kalte Meeresluft ein.

Vorhersage für Mittwoch: Im Alpenvorland sowie in Ost- und Südbayern meist bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen. Im übrigen Deutschland wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern, örtlich auch mit kurzen Gewittern. *Höchsttemperaturen 15 bis 20 Grad. In der Nacht zum Donnerstag Abkühlung auf 11 bis 7 Grad.* Schwacher bis mäßiger, in Schauernähe auch böig auffrischender Wind aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag wechselnd bewölkt und nachlassende Schauerneigung, kühl.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.34 Uhr*, Untergang: 21.22 Uhr; **Mondaufgang:** 23.11 Uhr, Untergang: 9.05 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 23. Juli, 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	25	bw
Bielefeld	21	bw
Braunlage	21	bw
Bremen	19	Rs
Dortmund	21	bw
Dresden	25	he
Düsseldorf	23	bw
Erfurt	23	bw
Essen	20	bw
Feldberg/S.	14	he
Flensburg	20	he
Frankfurt/M.	26	bw
Freiburg	26	he
Garmisch	23	he
Greifswald	20	bd
Hamburg	20	bw
Hannover	21	bw
Kahler Asten	17	bw
Kassel	23	bw
Kempten	22	he
Kiel	20	bw
Koblenz	24	bw
Köln-Bonn	23	bw
Konstanz	23	wl
Leipzig	25	he
List/Sylt	17	he
Lübeck	20	bw
Mannheim	27	he
München	23	he
Münster	18	R
Norderney	15	R
Nürnberg	24	bw
Oberstdorf	23	he
Passau	22	he
Saarbrücken	23	he
Stuttgart	24	he
Trier	24	bw
Zugspitze	3	he
Ausland:		
Algier	35	wl
Amsterdam	17	bd
Athen	29	he
Barcelona	26	he
Belgrad	20	bd
Bordeaux	30	he
Bozen	27	he
Brüssel	19	bw
Budapest	19	bw
Bukarest	27	he
Casablanca	31	he
Dublin	14	bd
Dubrovnik	26	he
Edinburgh	15	bw
Faro	24	he
Florenz	28	wl
Genf	25	he
Helsinki	20	bw
Hongkong	29	bw
Innsbruck	23	he
Istanbul	29	he
Kairo	32	he
Klagenfurt	24	he
Konstanza	29	he
Kopenhagen	16	bd
Korfu	29	he
Las Palmas	24	he
Leningrad	22	he
Lissabon	21	bw
Locarno	24	he
London	18	bw
Los Angeles	19	bd
Luxemburg	21	he
Madrid	25	he
Mailand	26	he
Malaga	26	he
Mallorca	28	he
Moskau	20	he
Neapel	28	he
New York	23	bw
Nizza	25	he
Oslo	16	bw
Ostende	17	bw
Palermo	25	he
Paris	23	bw
Peking	32	bw
Prag	22	he
Rhodos	27	wl
Rom	25	he
Salzburg	23	he
Singapur	32	he
Split	27	he
Stockholm	30	bw
Straßburg	27	he
Tel Aviv	30	he
Tokio	25	Rs
Tunis	28	he
Valencia	26	he
Varna	30	he
Venedig	25	he
Warschau	21	bw
Wien	23	he
Zürich	24	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Verkehrsunfälle im Mai auf dem Höchststand

AP, Wiesbaden

Die Verkehrsteilnehmer in der Bundesrepublik fahren offenbar immer unvorsichtiger, und auch die hohe Gurtanlegequote schützt sie nicht vor fatalen Folgen. Nach den gestern in Wiesbaden veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes wurden im Mai dieses Jahres 166 823 Verkehrsunfälle registriert, die höchste Mai-Zahl seit Bestehen der Statistik. Zwar starben mit 823 Menschen 41 (4,7 Prozent) weniger als im Mai des vergangenen Jahres, aber die Zahlen für die ersten fünf Monate dieses Jahres wiesen in allen Bereichen steigende Tendenz auf.

Das Mai-Ergebnis der von der Polizei aufgenommenen Verkehrsunfälle liegt den Angaben zufolge um fast 13 000 oder 8,3 Prozent über dem Vorjahresmonat. Den größten Anteil hatten mit 111 256 Unfällen (plus 9,7 Prozent) Bagatellunfälle mit weniger als 3000 Mark Sachschaden bei den Beteiligten. Bei 20 580 Unfällen (plus 6,5 Prozent) entstand höherer Sachschaden, und bei 34 987 Unfällen (plus 5,2 Prozent) wurden Personen verletzt oder getötet.

45 202 Personen erlitten Verletzungen, das sind 2900 oder 6,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Um 7,6 Prozent auf 3169 ist in den ersten fünf Monaten 1986 die Zahl der bei Verkehrsunfällen Getöteten gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen.

An der Nordsee droht eine Umweltkatastrophe

Gesunkener Frachter „Olaf" mit gefährlicher Fracht

HELMUT HETZEL, Den Haag

Fieberhaft arbeitet derzeit die etwa 50 Mann zählende Crew des Rotterdamer Bergungsunternehmens Smit Tak International mit mehreren Spezialschiffen daran, eine neue Umweltkatastrophe in der Nordsee zu verhindern. Denn nur 40 Kilometer nordwestlich vor der Küste des holländischen Hafenstädtchens Den Helder tickt eine „Giftbombe" auf dem Meeresgrund. Dort liegt seit nunmehr zwei Wochen der britische Frachter „Olaf". An Bord des leckgeschlagenen Schiffes befinden sich: 355 Tonnen Blei, 70 Tonnen Arsen und fünf Tonnen Cadmium. Eine Giftmenge, die ausreicht, große Teile der Nordsee sowie die deutsche und holländische Küste nachhaltig zu verseuchen und weite Teile des Fischbestandes zu gefährden.

Taucher müssen in 30 Meter Tiefe an etwa 24 Stellen der „Olaf" derzeit Stahlseile befestigen. Anschließend soll versucht werden, das Schiff langsam wieder an die Wasseroberfläche zu hieven und es mitsamt der Giftladung sicher in einen holländischen Hafen zu schleppen. Die Gefahr bei dieser komplizierten Bergungsoperation ist, daß der Rumpf des Schiffes in zwei Stücke auseinanderbricht und sich dann die gesamten Giftmassen in die Nordsee ergießen.

„Wir stehen vor einer äußerst schwierigen Aufgabe und können nur bei ruhiger See arbeiten", sagt Daan Kakebeen von Smit Tak International. Aber die Zeit drängt. Unterdessen hat auch das Haager Schiffahrtsministerium Alarm geschlagen und allen Fischern verboten, im Umkreis von zwei Meilen der „Olaf" ihre Netze auszuwerfen. Der Grund: Teile der Giftladung – es soll sich um 50 000 Kilogramm handeln – sind bereits in die Nordsee geströmt.

Die „Operation Olaf" kann noch Tage dauern und wurde deshalb länge hinausgezögert, weil aus den Frachtpapieren des Schiffes, das bereits vor zwei Wochen auf seiner Fahrt von der dänischen Hafenstadt Aalborg nach England gesunken war, nicht eindeutig hervorging, was der Frachter eigentlich geladen hatte. Erst aus den von Den Haag in Dänemark angeforderten Frachtpapieren ging dann eindeutig hervor, daß die „Olaf" solche großen Mengen Giftstoffe an Bord hatte. Unklar ist auch noch, wer für die horrenden Kosten der Bergungsoperation – sie werden auf 2 Millionen Mark geschätzt – aufkommen muß. Am schlimmsten aber ist wohl, daß die gesunkene „Giftbombe" derzeit in der Nordsee munter weitertickt. Sollten die Bergungsarbeiten – aus welchen Gründen auch immer – scheitern, kann sich eine neue Umweltkatastrophe anbahnen.

ZU GUTER LETZT

Ein ungewöhnlicher Weltrekord wurde jetzt auf Java eingestellt: Der 20jährige Student Sunardi stand 15 Stunden und 25 Sekunden still auf einem Fleck. Damit „überstand" er den Guinness-Rekord des Engländers Willi Nugent um zwei Stunden.